

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pfg., für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Maßnahmen gegen die Getreideteuerung!

Die Weizenpreise haben eine exorbitante Höhe erreicht. Die amtliche Notierung der Berliner Getreidebörse vom 8. Oktober ist 224,75 M. per Tonne. Damit ist bereits der Feuerungspreis von 1891, der Zeit der großen russischen Hungersnot, der in Berlin 224,2 betrug, der höchste Durchschnittspreis, den man in Deutschland überhaupt seit mehr als einem halben Jahrhundert kennt, übertroffen worden. Im Rheinland und in Süddeutschland stehen die Preise noch höher. Essen notiert (am 7. Oktober) 230—235 M. für inländischen Weizen, 255—265 M. für ausländischen; Stuttgart (am 7. Oktober): 235—245 M. für württembergischen und bayerischen, 260—265 M. für russischen und amerikanischen. Das sind alles Großhandelspreise.

Nach einer Zusammenfassung des „Berliner Tageblattes“ ist der Weizenpreis in Berlin vom 1. Juli bis 10. Oktober, also innerhalb 100 Tagen, um 15,59 M. per Tonne gestiegen, in Mannheim sogar um 26,74 M. Ähnliche Steigerungen auf allen Getreidemärkten der Welt: in Odessa um 30,58 M., in Liverpool 23,02 M., Buenos-Aires 15,14 M., Budapest 14,08 M. Die Steigerung hält an. Nach amtlicher Notierung sind in Berlin bereits Abschlässe gemacht worden:

per Oktober . . .	224,75 M.
per Dezember . . .	231,75 „
per Mai . . .	236,00 „

Diese Preissteigerung hat ihre allgemeinen und ihre besonderen Gründe. Die allgemeinen liegen in einer tief eingreifenden Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die seit Jahren eine steigende Tendenz des Getreidepreises auf dem Weltmarkt erzeugt. Diese Revolution auf dem Weltmarkt ist auf dieser Stelle bei der Besprechung des Buches von Parvus „Die Stolonialpolitik und der Zusammenbruch“, das ihre Zusammenhänge aufdeckt, erörtert worden. Die Zeit der sinkenden Getreidepreise, die etwa ein Vierteljahrhundert dauerte, ist vorbei, die Getreidepreise steigen wieder, wie vordem durch ein ganzes Jahrhundert. Nun hängen ja die Getreidepreise des einzelnen Jahres immer von der Ernte ab. Und die Weltkarte zeigt diesmal ein sehr erhebliches Manco.

Nach den Berechnungen des ungarischen Ackerbauministeriums, die als maßgebend gelten, war der Winterertrag der Weltternte an Getreide 174 Millionen Meterzentner. Da die Getreideproduktion im allgemeinen den Getreideverbrauch übersteigt, so wurde der eigentliche Fehlbetrag zur Deckung des Bedarfs mit 69 Millionen zentner angegeben und es wurde angenommen, daß ungefähr so viel vom vorigen Jahre noch vorrätig sein dürfte. Es zeigte sich also schon im August, als diese Berechnungen stattfanden, daß die Welt sich 1907/8 hart an einer Hungersnot befindet; das wäre ein Zustand, bei dem die Menschheit nicht so viel Brot hat, als sie braucht, mag sie noch so viel dafür zahlen wollen. Es ist leicht einzusehen, daß dieser Zustand nicht erst erreicht zu sein braucht, damit die Brotpreise so in die Höhe gehen, daß die Völker Hunger leiden.

Nun stellt sich aber heraus, daß diese Schätzungen des ungarischen Ackerbauministeriums noch viel zu günstig waren. Es ist vor allem die russische Getreidezufuhr, die sich bei weitem nicht in dem Maße einstellt, als erwartet wurde. Das findet seine Erklärung darin, daß die offiziellen russischen Ernteangaben übertrieben waren. Den amtlichen Angaben wurde denn auch in der russischen Presse von vornherein mit aller Entschiedenheit widersprochen. Ferner wurde der steigende Konsumbedarf Russlands zu wenig berücksichtigt. Schließlich wird durch die allgemeine Verwahrlosung der wirtschaftlichen und politischen Zustände Russlands auch sein Getreidehandel gehemmt.

Es zeigt sich auch, als Folge der industriellen Entwicklung, ein steigender Weizenbedarf Amerikas im Lande selbst, der ebenfalls seine Exportfähigkeit herabsetzt. Daher die Enttäuschung über die amerikanischen Getreideüberschüsse der letzten Zeit.

Als Folge von alledem gehen die Getreidepreise in die Höhe und werden von der Börsenspekulation erst recht emporgetrieben. Einmal auf die Preissteigerung gestimmt, reagiert die Börse äußerst empfindlich auf alles, was auf eine weitere Verschlechterung der Brotversorgung hindeutet.

Nun kommen auch tatsächliche Nachrichten, die eine geradezu verhängnisvolle weitere Verschlechterung der Verhältnisse befürchten lassen.

Man konnte hoffen, den Getreidemangel aus den Ländern mit späterer resp. früherer Ernte decken zu können: aus Australien und Argentinien, wo die Weizenernte im Januar stattfindet, aus Ostindien, wo im Februar und März geerntet wird. Aus Australien kommen Berichte über schlechten Saatenstand, Argentinien klagt über Regengüsse, Ostindien über Trockenheit. Es ist allerdings noch viel zu früh, über den Ausfall der Ernte in jenen Gebieten sich ein Urteil zu bilden, aber die Börse reagiert bereits durch Preissteigerungen. Es tritt auch immer mehr hervor, daß an der Preissteigerung ein mächtiger kapitalistischer Konzern mitarbeitet, der der gewaltigsten Mittel, eine Einschränkung der Verschiffungen, Unachtsammachung der Getreidevorräte und nicht zum mindesten der Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die Presse sich be-

diert. Sie schaffen nicht die Preisbewegung, aber sie benutzen sie, um sie über sich selbst hinaus zu treiben: sie wuchern mit den Hungerpreisen.

Die dem aber auch sei, so können doch die Dinge sich nur noch mehr oder weniger schlimm gestalten. Wir stehen vor einem Hungerjahre mit allen seinen bösen Folgen, wie Vermehrung der Kindersterblichkeit, der Verbrechen, der Prostitution usw. Es ist höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um der schrecklichen Not vorzubeugen.

Das kann und muß in Deutschland umso eher geschehen, als hier durch die Getreidezölle der Brotwucher von Staatswegen gefördert wird.

Die Maßnahmen, die zu ergreifen wären, sind ebenso einfach wie wirksam:

- Erstens die Suspendierung der Getreidezölle,
- Zweitens die Herabsetzung der Frachten für Getreide.

Auf diese Weise würde sich zunächst eine Differenz zwischen dem Inlandspreis und Auslandspreis bilden, die eine starke Getreidezufuhr bedingen würde. Infolgedessen müßte der Getreidepreis sinken. Bei der Lage des Weltmarktes würde er vermutlich nicht einmal um den ganzen Betrag des Zolls sinken. Ein Ausgleich würde sich bilden und der Preis wohl wieder in die Höhe gehen. Da aber indessen neue Getreidevorräte sich im Lande ansammeln würden, so könnte die Preisbewegung nicht mehr so exorbitant sein, wie gegenwärtig. Die Haussepekulation der Börse aber wäre damit platt zu Boden geworfen.

Die Antwort der Sozialdemokratie auf die Blockpolitik.

Gestern abend wurde Herrn Wassermann und seinem Inspirator Bölow die Antwort der Sozialdemokratie zuteil. Bebel sprach in Kellers Festsaal in einer großen Volksversammlung über den nationalliberalen Parteitag. Der stürmische Andrang der Massen bewies, mit welcher scharfer Aufmerksamkeit das Proletariat die Gestaltung der inneren Politik verfolgt und wie groß die politische Erregung der Massen geworden ist. Kurz nach 6 Uhr mußte der große Saal bereits von der Polizei abgesperrt werden und immer neue Menschenmassen strömten herbei. Die Frankfurterstraße und der Grüne Weg waren schwarz von Menschen, die stundenlang auf der Straße ausstiegen. Ein riesiges Polizeiaufgebot hielt die Koppensstraße abgesperrt. Als Bebel erschien, bereiteten ihm die Menschenmassen eine stürmische Ovation. Drinnen aber im Saale warteten Tausende mit Spannung, was ihnen Bebel zu sagen hatte. Bebels Rede, die 2 Stunden dauerte, war eine Abrechnung mit Wassermann und der Blockpolitik. Bebel brandmarkte zunächst die alte, von Herrn Wassermann wiederholte Unwahrheit, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Bündnis bestehe. Zentrum und Sozialdemokratie sind Todfeinde und wenn es einmal zu einem wirklichen Kulturkampf gegen Reaktion und Finsternis kommen werde, werden wir die Kämpfer sein, die Nationalliberalen aber die Verbündeten des Zentrums. Gerade die Nationalliberalen dürften am wenigsten irgend jemand ein Bündnis mit dem Zentrum vorwerfen. Sie hätten im Bunde mit Zentrum und Konservativen die ganze reaktionäre Politik des letzten Jahrzehnts gemacht. Jetzt noch seien sie das schlimmste Hindernis jeden Fortschritts, wie die geradezu skandalöse Haltung Wassermanns in der preussischen Wahlrechtsfrage zeige.

Mit grausamem Sarkasmus zerplückte Bebel, oft unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung, den demagogischen Schwindel, daß nunmehr eine neue liberale Ära hereinbreche. Die Blockpolitik bedeute in Wirklichkeit nicht mehr Liberalismus, sondern mehr Reaktion. Der Woch sei zu jeder für das Volk nützlichen Arbeit unfähig, nur eines werde er leisten, Erhöhung der Militär-, der Flotten- und Kolonialausgaben und damit eine neue Vermehrung des Steuerdrucks. In keinem Jahre seien die Flottenrüstungen in so gemaltigen Tempo gesteigert worden, als in diesem, wo man unaufhörlich von Fürstentumskünften zur Verstärkung des Friedens lesen konnte. Die Haager Konferenz habe bewiesen, daß die bürgerliche Gesellschaft gänzlich unfähig sei, die Kriegsgefahr zu bannen, die noch nie so drohend gewesen sei als eben jetzt. Die Völker Europas lägen sich auf Weisheit ihrer Regierungen längst in den Haaren, wenn nicht die Sozialdemokratie wäre, wenn man diese nicht fürchten müßte. Gerade diese Furcht aber treibe zu neuen Verfolgungen, von denen der Prozeß Liebknecht ein Beispiel gibt. Liebknecht sei verurteilt worden, weil es Männer gibt, die sich nicht mehr vorstellen können, daß auch andere als sie eine eheliche politische Überzeugung haben können. Aber Liebknecht selbst habe durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Richtern und vor allem dem Reichsanwalt gebietet habe, nicht nur bei seinen politischen Freunden, sondern auch bei seinen Gegnern an Achtung und Sympathie gewonnen. Verfolgungen haben der Sozialdemokratie nie schaden können. Der Woch der letzten Wahl sei vielleicht heute schon verfliegen. Hoffnungsreicher als je bliden wir in die Zukunft!

Bebels Referat wurde mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört und vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen. Am Ende seiner Ausführungen brach die Versammlung in minutenlangen Beifall aus. Bebels Ausführungen sind in der Resolution, die wir nachstehend folgen lassen, und die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, zusammengefaßt. Die Resolution lautet:

Die Versammlung legt entschieden Verwahrung ein gegen die Unterstellungen, die der Abgeordnete Wassermann und Ge-

nossen auf dem Parteitag der nationalliberalen Partei in Wiesbaden in bezug auf die politische Haltung der Sozialdemokratie sich erlaubten.

Die Ausführungen der erwähnten Redner und die Resolutionen, die der nationalliberale Parteitag annahm, zeigen, daß die nationalliberale Partei trotz aller Versicherungen ihres Liberalismus nach wie vor im reaktionären Fahrwasser steuert.

Insbesondere haben die Ausführungen der betreffenden Redner über die Wahlrechtsreform in Preußen gezeigt, daß die nationalliberale Partei dem preussischen Volke und speziell den preussischen Arbeitern ein politisches Recht vorenthalten will, das bereits die gesamten süddeutschen Arbeiter für die Wahl zu den Landtagen besitzen.

Die Versammlung brandmarkt dieses Verhalten der nationalliberalen Partei als völkisch- und arbeiterfeindlich, als eine schändliche Verkünderung des Grundgesetzes der politischen Gleichheit, auf die die Arbeiter Preußens genau dasselbe Anrecht haben, wie die Arbeiter jeden anderen Landes.

Da ferner die preussische Regierung und speziell der Ministerpräsident Preußens, der Reichskanzler, in bezug auf die preussische Wahlrechtsreform ähnliche Ansichten haben wie die Redner auf dem nationalliberalen Parteitag, erklärt die Versammlung: daß dieses Verhalten des Reichskanzlers in unzulässigem Widerspruch steht zu der feierlichen von ihm gebrauchten Redemendung: Preußen in Deutschland voran! Und ebenso in schneidendem Widerspruch steht mit seiner Aeußerung im sogenannten Silvesterbriefe an den Präsidenten des Reichstagesverbandes, wonach der deutsche Arbeiter der gebildetste der Welt sein soll, also auch der politisch reifste ist.

Die Versammlung muß also nach dem Verhalten des Reichskanzlers in der preussischen Wahlrechtsfrage annehmen, daß die erwähnten Aussprüche leere Redensarten sind, denen keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Die Versammlung verlangt nachdrücklich für die Wahlen zum preussischen Landtag die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen auf der Grundlage von Verhältniswahlen, wobei sie von dem Grundgesetz ausgeht, daß wo Pflichten sind, auch Rechte sein müssen und daß nur eine Regierung, die auf Klassenherrschaft beruht, den Staatsangehörigen die selbstverständlichsten Staatsbürgerrechte verweigern kann.

Nach Schluß der Versammlung standen noch immer große Menschenmassen auf der Straße, die Bebel wenigstens sehen wollten, nachdem sie ihn nicht hören konnten. Ein ungewöhnlich großes Aufgebot von Schulreuten zu Fuß und zu Fuß unter dem Kommando zahlreicher höherer Polizeioffiziere verstärkte noch den Eindruck dieser spontanen Straßendemonstration. Als Bebel erschien, bereiteten die Massen ihrem alten Vorläufer eine begeisterte Guldigung.

Einen ausführlichen Bericht über die Versammlung geben wir in der nächsten Nummer.

Der sächsische Landtag.

Dresden, 15. Oktober. (Fig. Ver.)

Am Dienstagabend ist der sächsische Landtag zusammengetreten, und zwar zum erstenmal in dem neuen „Ständehaus“. Die Tagung wird eine der wichtigsten werden. Im Vordergrund des Interesses steht natürlich die Wahlrechtsreform. Die Hohenthauser Vorlage liegt ja schon seit Monaten vor; wie die Mißgeburt aussieht, ist bekannt. Ein Wunder ist es nicht, daß keine Partei daran Gefaschad findet. Aber der Wechselhaug wird von den Konservativen und teilweise auch von den Nationalliberalen nur deshalb bekämpft, weil diese Reaktionen dem Volke noch nicht einmal die Vertreterzahl geben wollen, die nach der Regierungsvorlage zu erwarten ist (10—15). Die Konservativen wollen zudem auf die jetzige Wahlkreiseinteilung, die die Agrarier zu größerem Einfluß verhilft, nicht verzichten, und die Nationalliberalen haben sich bereits gegen die Wahl durch Kommunalverbände festgelegt, von denen die Hälfte der Abgeordneten gewählt werden soll.

Alles deutet indessen darauf hin, daß es im Landtage nicht zu einem Kampfe um die Wahlrechtsreform, sondern nur zu einem Schacher zwischen den maßgebenden bürgerlichen Parteien und der Regierung kommen wird. Herr v. Hohenthal zeigt das Bedürfnis, mit den Konservativen in Frieden zu leben. In dem Leipziger Regierungsorgan hat er sie kürzlich über das Votumlofen und gleichzeitig versichern lassen, daß die Regierung wünschen müsse, sich auch in Zukunft auf eine so bewährte Partei stützen zu können. Er will sich ausöhnen mit der Rehnert-Claque. Nur die Zähne hat er ihr etwas gezeigt, weil sie zu unbecommen wurde. Er wollte sich etwas vom Druck der Nebenregierung frei machen. Vielleicht ist ihm das gelungen. Aber überwunden ist die konservative Herrschaft noch lange nicht. Das lag ja auch nicht in Hohenthals Absicht. Die Verhältnisse liegen so, daß beide Faktoren: Regierung und Konservative, zum saulen Frieden förmlich gedrängt werden. Die Konservativen riskieren bei einem ersten Konflikt, der mit einer Landtagauflösung enden könnte, ihre Mehrheit gänzlich zu verlieren. Der Graf Hohenthal aber hat damit zu rechnen, daß die Gruppe um Rehnert und Opiß keinesfalls soweit reduziert werden kann, daß sie nicht noch über ein Drittel der Abgeordneten-zahl verfüge. Ein Drittel aber genügt, jede Verfassungsänderung unmöglich zu machen, und ohne eine solche kann die jetzige Wahlkreiseinteilung nicht aufgehoben werden. Zudem muß

der Graf v. Hohenhausen bedenklich, daß die Erste Kammer seinem Nachwerk umföhrer Widerstand entgegensteht, je mehr er mit den Konservativen in der Zweiten Kammer in Konflikt kommt. Im Falle eines ersten Zusammenstoßes wegen der Wahlrechtsreform hat der Minister keine Aussicht, seinen Plan durchzuführen, während die Konservativen ihre ganze jegliche Machtstellung dabei aufs Spiel setzen würden. Unter solchen Umständen ist für beide Teile der Schacher um die Wahlrechtsreform geradezu eine Lebensfrage.

Daß dabei nichts für das Volk herauskommt, ist klar. Das Endergebnis des Kuhhandels wird eine Verschlechterung der Wahlrechtsvorlage sein, soweit sie überhaupt noch verschlechtert werden kann.

Nur das entschulte sächsische Volk selbst könnte hier vorwärts-treibend eingreifen. Zweimal hat es das schon getan: durch die Reichstagswahl von 1903, deren „erschreckendes Ergebnis“ die Wahlrechtsreform überhaupt in Fluß brachte, und durch die Wahlrechtsdemonstrationen im Dezember 1905, durch die die Wahlrechtsreform dem reaktionären Sumpfe entrissen wurde, in dem man sie schon verschwinden lassen wollte. Hauptsächlich rückt sich die sächsische Arbeiterschaft zum dritten Male auf zur mächtigen Kundgebung für ein gleiches, direktes, allgemeines Landtagswahlgesetz. Nur dann kann man erwarten, daß dem Fortschritt eine Gasse gebahnt werde.

Außer den Beratungen über die Wahlrechtsreform wird den Landtag die Neuregelung des Wasserrechts noch längere Zeit beschäftigen. Auch das Einkommensteuergesetz muß Gegenstand der Gesetzgebung werden, denn die sieben Jahre, für die der 25prozentige Zuschlag bewilligt wurde, laufen ab. Vor der Reichstagswahl wurde verkündet, daß man werde ganz oder teilweise auf den Zuschlag verzichten können. Das war aber nichts als Wahllober, denn jetzt hört man's ganz anders. Da kann keine Rede von einer Steuerherabsetzung sein. Es wird deshalb voransichtlich der Zuschlag von 25 Prozent verweigert werden, bis — nun bis wieder eine Steuererhöhung nötig wird. Eine brennende Frage ist in Sachen die Gemeindesteuereform: die vorläufigen Gemeindefinanzierungen sind hier in vielen Gemeinden noch an der Tagesordnung. Sie bedrücken besonders die Armen. Dazu kommt, daß viele Kommunen unter den Schul-, Armen- und Begehrtaufgaben bald zusammenbrechen. Hier ist dringend, namentlich für ärmere Gemeinden, größere Staatsunterstützung erforderlich. Vor vier Jahren wurde die Sache schon in Angriff genommen, sie scheiterte aber an der kapitalistischen Interessenspolitik. Jetzt scheint die Regierung keine Lust mehr zu haben, sich die Finger an der brennlichen Sache zu verbrennen, denn man hört nichts von einer Vorlage über das Gemeindesteuertwesen. Man will also das jegliche Elend weiter bestehen lassen. — Es sollen allerdings noch 20 Vorlagen im Schoße der Regierung ruhen, doch das werden jedenfalls nur nebensächliche Angelegenheiten sein.

Verhinderung Arbeitswilliger.

Seinerzeit hatten wir den im „Reichsanzeiger“ vom 16. März veröffentlichten Erlaß des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten besprochen, der eine arge Benachteiligung der inländischen Arbeiter und insbesondere der ländlichen Arbeiter gegenüber den ausländischen Arbeitern bei den Kanalbauten enthält. Der ministerielle Erlaß ist dann vom Minister Dreitenbach am 19. April im Abgeordnetenhaus erläutert. Seine Rede beweist, daß der im Reichstag von sozialdemokratischer Seite gezeigte Erlaß durchaus in einer die inländischen Arbeiter zurückstellenden Weise gehandhabt werden soll. Sie, die alle Kosten zu tragen haben, sollen nach Möglichkeit gehindert werden, durch Arbeiten beim Kanalbau etwas zu verdienen. Der Minister führte damals u. a. aus:

„Es ist dafür Sorge zu treffen, daß die Heranziehung der großen Arbeitermengen, die der Bau der Kanäle erfordert wird, nicht dazu führen wird, daß den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben die Arbeiter entzogen werden. Es sind Vereinbarungen mit dem landwirtschaftlichen und dem gewerblichen Arbeiter zu treffen, um den Abzug landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter zu verhindern. Es ist dahin gewirkt worden, daß der Zuzug ausländischer Arbeiter gefördert wird. Die Baubehörden haben Anweisung erhalten, daß bei der Annahme sowohl der im eigenen Betriebe des Staates als der von Unternehmern zu beschäftigenden Arbeiter so weit wie möglich der Landwirtschaft und den gewerblichen Betrieben keine Arbeiter entzogen werden. Den Unternehmern wird bei Konventionstrafe untersagt werden, in Fällen von Arbeitermangel inländische landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeiter durch Anrufe zu ihren Arbeiten heranzuziehen. Durch Vermittelung der Arbeitsnachweise sollen Arbeiter aus allen Gegenden herangezogen werden, namentlich Italiener und Ruthenen. Ob auch die Heranziehung ausländischer Polen erfolgen wird oder erfolgen darf, darüber schweben zurzeit noch die Verhandlungen.“

Diese in Aussicht genommene Unterbindung der Arbeitsgelegenheit für deutsche Arbeiter ist nun tatsächlich erfolgt. So hat das Hauptbureau in Potsdam verfügt, daß bei dem Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin deutsche Arbeiter nicht angenommen werden dürfen, die in den letzten zwölf Monaten mindestens drei Monate in den Kreisen Teltow, Gaußberg, Riederbarnim, Osthavelland, Oberbarnim, Ruppiner, Templin, Rugermünde, Königsberg Nm., Lebus in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dessen Sitz nicht mindestens 25 Kilometer von der Linienführung der neuen Wasserstraße entfernt liegt; nicht betroffen sollten von dieser Beschränkung die Arbeiter sein, die in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und Spandau beschäftigt gewesen sind.

Diese Anordnung nimmt ebenso wie der erwähnte Erlaß des Ministers auf das einseitigste und unbilligste die Interessen der Unternehmern auf Kosten der inländischen Arbeiter wahr. — Wenn man unter Vaterland nicht allein das Vaterland der Reichen, unter Patriotismus nicht lediglich die einseitige Wahrnehmung der Interessen der Großgrundbesitzer verstanden wissen will, so ist der Erlaß und die auf ihm gegründete Anordnung eine der Vaterlandsfeindlichsten und antipatriotischsten Taten, die jemals Behörden irgend eines Landes begangen haben. Selbst der „National-Zeitung“ geht die durch ihn erfolgte Beschränkung, daß für den deutschen Arbeiter das Vaterland nur Lasten, Pladereien und Beeinträchtigungen seiner Rechte kennt, zu weit. Sie findet in dem Erlaß einen Verstoß gegen die reichsgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit der Arbeiter. Die „Krenz-Zeitung“ erwidert mit der Feststellung, daß im Abgeordnetenhaus bei den dort entwickelten Plänen der Regierung, in dieser Weise vorzugehen, niemand widersprochen habe. Diese Feststellung entspricht der Wahrheit: vom Freisinn bis zu den Konservativen hat im Abgeordnetenhaus und Reichstage gegen diese Beeinträchtigung der natürlichsten Rechte der Arbeiter, an den Staatsarbeiten in erster Linie beschäftigt zu werden, niemand protestiert. Lediglich von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstage der ungeheuerliche ministerielle Erlaß zur Einengung der Arbeitsgelegenheit für inländische Arbeiter gebührend behandelt.

Wird den Arbeitern, die noch bürgerlichen Parteien nachlaufen, als Anlaß dieser staatlichen Fürsorge für Behinderung ihrer Arbeitsgelegenheit der Star über den „Patriotismus“ und die „Vaterlandslandliebe“ der bürgerlichen Parteien endlich gestochen worden? Unsere Genossen sollten diese Erlasse als wertvolles Material zur Aufklärung über die Klassenherrschaft recht eifrig benutzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober 1907.

Der Oberreichsanwalt hat's eilig!

Der Oberreichsanwalt hat dem Genossen Liebknecht die Weisung gegeben lassen, seine Strafe am 24. Oktober in der Festung Mag anzutreten.

Definitiv hatte der Oberreichsanwalt gegen Liebknecht nicht nur zwei Jahre Zuchthaus, sondern auch sofortige Verhaftung beantragt. Das Reichsgericht lehnte beide Anträge ab. Der Oberreichsanwalt sorgt nun dafür, daß Liebknecht sich trotzdem nicht mehr lange der Freiheit erfreuen kann. Die zum Antritt gestellte Frist ist eine aufjfallend kurze!

Die Antwort des Proletariats auf das Urteil wider Liebknecht.

Eine Parteiversammlung zu Stuttgart nahm einstimmig eine herzliche Sympathie- und Anerkennungsresolution für den Genossen Liebknecht an. Zu Eingang wird nach einer scharfen Charakterisierung der Justizaktion erklärt, daß der Prozeß ein neuer Ansporn für die Sozialdemokratie ist, den Kampf gegen die Herrschaft der bestehenden Klasse und ihr Werkzeug, den Militarismus, mit rücksichtsloser Energie fortzusetzen. Die Versammelten geloben, an diesem Kampfe, der zugleich ein Kampf gegen die rohe Gewalt und für die Vernunft, gegen die Kriegsgesahr und für den ungestörten friedlichen Wettbewerb der Nationen ist, jederzeit mit allen Kräften teilzunehmen.

Eine ähnliche Resolution nahm eine Volksversammlung zu Galeshausen-Kassel an, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Scheidemann über politische Fragen gesprochen und dabei auch den Hochverratsprozeß behandelt hatte. Diese Resolution schließt: „Die Versammelten danken dem Verurteilten, wie für seine ganze bisherige Arbeit im Dienste der Partei, besonders für sein tapferes Auftreten vor Gericht. Sie geben ihm die Versicherung mit hinter die Festungsmauern, daß sie nun von neuem angepörrt durch seine Verurteilung, bestrebt sein werden, mit verdoppeltem Eifer das Proletariat aufzuklären und aufzurütteln zum Kampf gegen den Kapitalismus und seine Werke: den Klassenstaat mit seinen Klasseneinrichtungen.“

Die Kreisversammlung des 1. sächsischen Reichstagswahlkreises (Zittau) zu Zittau hat in gleicher Weise demonstriert.

Fraktion Drehscheibe.

Auf dem nationalliberalen Parteitage hatte Herr Wassermann pathetisch erklärt, daß der Reichstag an der Frage einer direkten Reichsteuer nicht vorbeikommen werde. Und Herr Djan erklärte, eine Finanzreform im früheren Sinne könne für die Deckung der neuen, wachsenden Bedürfnisse des Reiches nicht in Frage kommen, man brauche direkte Steuern des Reiches!

Die „Konservative Korresp.“ ist so boshaft, diesen Aeußerungen die Rede gegenüberzustellen, mit der sich am 18. Mai vorigen Jahres der nationalliberale Fraktionsredner, der Abgeordnete Wülfing, gegen die Einführung direkter Reichsteuern ausgesprochen hat. Der nationalliberale Fraktionsredner sagte damals:

„Wir leben — so erklärte er unter Zustimmung seiner Gefinnungsgenossen — nicht in einem Einheitsstaate, sondern in einem Föderativstaate und wir können die historisch gewordene föderative Grundlage des Reiches nicht ändern. Wir haben 25 Einzelstaaten. Jeder derselben hat seine besonderen Kultur- und sonstigen Aufgaben, zu deren Erfüllung er besonderer Mittel bedarf. Die Mittel dazu werden in allen Einzelstaaten im wesentlichen durch direkte Steuern aufgebracht. . . In mehreren Einzelstaaten haben diese direkten Steuern bereits eine solche Höhe erreicht, daß eine weitere Erhöhung kaum noch angängig erscheint. Bei dieser Verschiedenheit der Steuersysteme in den Einzelstaaten erscheint es ganz ausgeschlossen, auf die direkten Steuern der Einzelstaaten noch eine allgemeine Reichseinkommensteuer zu werfen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)“

Weiter bemerkte der Abgeordnete Wülfing, daß auch einer Reichsvermögenssteuer „jedenfalls zurzeit“ noch sehr erhebliche Bedenken gegenüberstünden. „In vier Einzelstaaten besteht bereits eine Vermögenssteuer. Sie bringt in Preußen ungefähr 88 Millionen Mark. Das würde für das Deutsche Reich vielleicht sechzig Millionen Mark ergeben. Sie würden also zur Deckung des Defizits von 200 Millionen Mark das 3/4fache der preussischen Ergänzungsteuersätze auferlegen müssen. . . Das würde ein schwer zu ertragender Zustand sein. Die Idealsteuern, Reichseinkommensteuer und Reichsvermögenssteuer, sehen beim ersten Anblick sehr schön und sehr verlockend aus. Wenn man sie aber näher bei Licht betrachtet, namentlich vom Gesichtspunkte des Föderativstaates aus, dann ist das Bild ein ganz anderes.“

Die „Konservative Korresp.“ meint, der plötzliche Ansichtswandel der Fraktion Drehscheibe sei wohl auf den Einfluß der „Jungen“ zurückzuführen. Näher liegt die Absicht der Herren Wassermann und Djan, mit der Parole „direkte Reichsteuern“ unter den Wählern Gauerfang zu treiben! Herr Wassermann meinte ja, daß in diesem Winter überhaupt noch keine neuen Steuervorlagen zu erwarten seien. Die Gefahr, beim Worte genommen zu werden, liegt noch fern, man kann also des Stimmfanges wegen Demagogie treiben. Kommt es später zur Entscheidung, so kann man sich inzwischen ja wieder anders besinnen haben. Denn wozu ist man die Fraktion Drehscheibe?

Uebrigens sucht bereits die „Nat. Kor.“ Wassermanns Ausführungen abzuschwächen. Die Nationalliberalen seien „keine Doktrinäer“ und wählten, daß auch die direkte Einkommensteuer keine „ideale Steuer“ sei! Also schon wieder eine halbe Drehung der Fraktion Drehscheibe!

Die Schule im Dienste der Junker.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt mit Befriedigung Kenntnis von folgender Meldung:

„Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen hatte in einer Eingabe an die zuständige Behörde angeregt, daß im Schulunterrichte noch mehr als bisher die Liebe zur Heimat und zur Beschäftigung in der Landwirtschaft gefördert werde. Auf diese Anregung ist man eingegangen. Es soll eine Verfügung erlassen worden sein, in der unter anderem ausgesprochen wird, man verleihe zwar nicht, daß die Lehrer sich im allgemeinen die Pflege der Liebe zur Heimat angelegen sein lassen, man gebe aber doch dem Wunsche Ausdruck, daß die Liebe zur engeren und engeren Heimat noch mehr gefördert werden könne. Gelegenheit hierzu sei u. a. im Rechenunterricht und bei der Erd- und Naturkunde gegeben. Im Rechen-

unterricht könne beispielweise durch Vergleichen der Preise der verschiedenen Lebensbedürfnisse und des ganzen Lebensunterhaltes in Stadt und Land dazu beigetragen werden, vor übermäßigem Verlassen der Heimat und vor Ueberfödung in die Stadt und Industriemittelpunkte zu warnen. Auch die Gesundheitslehre gebe reichliche Veranlassung, die Vorzüge des Landlebens und der ländlichen Beschäftigung hervorzuheben. Den Schullehrern, Schulleitern und Lehrern soll anheimgegeben worden sein, den in der Verfügung gegebenen Anregungen in zweckmäßiger Weise Rechnung zu tragen.“

Danach sollen also die Dorfschulen, um die es ohnehin traurig genug bestellt ist, dazu benutzt werden, den Schülern das ostelbische Dorado gegenüber dem Großstadtland in den lockendsten Farben zu schildern. Wäre die Sache nicht an sich großer Unfug — denn woher soll der Lehrer die Zeit nehmen, um sich objektiv über die einschlägigen ökonomischen, hygienischen usw. Verhältnisse zu unterrichten! — so hätten wir gegen die famose Methode, den Landproletariern ihr graues Elend rosenrot anzufärben, nicht viel einzusetzen. Denn wenn die Lehrer die Lage der Industriearbeiter als eine schlechtere schildern als die der Landproletarier, so wird die Landbevölkerung bedenklich den Kopf schütteln, wenn ihnen agrarische und ligenverbändlerische Flugblätter die Industriearbeiter als eine „begehrliche“ Rote hinstellen! Denn einmal muß doch geschwindelt worden sein!

Dabon abgesehen stellt freilich diese Verfügung an die Lehrer einen so ungeheuerlich reaktionären Liebedienst für die Agrarier dar, wie man ihn während der Aera Studi kaum erlebt hat! —

Max Lorenz

ist am Sonntag in Dresden gestorben. Er ist nur 36 Jahre alt geworden, hat aber während seiner kurzen politischen Laufbahn die erstaunlichsten Wandlungen durchgemacht. Der jugendliche Philologe schloß sich der Sozialdemokratie an und war der ersten Hälfte der neunziger Jahre an mehreren Parteiblättchen, so der „Sächs. Arbeiterzeitung“ und der „Leipz. Volkszeitung“ tätig. 1896 erklärte er seinen Austritt aus der Partei und schloß sich der jungen nationalsozialistischen Bewegung an. Schon jetzt verriet er einen fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie, der ihn immer weiter rechts trieb und schließlich beim wüsten Scharfschützentum landen ließ. Er gründete eine „Antisozialdemokratische Korrespondenz“, in der er die Partei, der er ebendem angehört, in der giftigsten Weise belämpfte und herunterschaltete!

Aber diese Sozialistenhölerei wurde trotz alledem noch mit zu viel politischem Verständnis ausgeübt, als daß sie bei den Scharfschützen viel Anklang gefunden hätte. Als vollends der Reichsligenverband gegründet wurde, bei dessen Kampfesweise die Stupidität mit der Skrupellosigkeit wetteiferte, war Max Lorenz mit seinem traurigen Gewerbe völlig aufs Trockene gesetzt. In moralischem und materiellem Elend ist er jetzt gestorben.

Max Lorenz war nicht unbegabt. Neben nicht ganz unbeträchtlichen literarischen Fähigkeiten besaß er eine glänzende Rednergabe. Einem Liebert gegenüber war er ein geistiger Heros. Daß ihn ein Liebert verdrängen konnte, ist ein Beweis der beispiellosen politischen und moralischen Entartung unserer Bourgeoisie.

Denunzianten!

Wie sehr unsere reaktionäre Presse in dem Leipziger Urteil eine politische Aktion erblickt, beweist auch folgende Denunziation der „Deutschen Tageszeitung“:

„Für uns und für das gesamte politische Leben hat die Verurteilung Liebknechts dadurch eine besondere Bedeutung, daß man nunmehr auch gegen alle diejenigen wird vorgehen müssen, welche ähnliche Aeußerungen, wie es Liebknecht getan hat, veröffentlichten. Dadurch wird die sozialdemokratische Presse zu einer größeren Vorsicht gezwungen; und das kann nur mit Befriedigung begrüßt werden.“

Sollte es das Reichsgericht nach weiteren Triumpfen gelassen, so mag es unsershalb den Order des Junterorgans befolgen! —

Dem Verdienste seine — Aemter.

Der Senat der Scharfmacher- und Blutrotatenrepublik Hamburg besteht aus je neun juristischen und kaufmännischen, auf Lebenszeit „gewählten“ Mitgliedern, die je 25 000 bzw. 12 000 Mk. Gehalt jährlich beziehen. Gewöhnlich geht aus der Wahl eines „Einachtzehntel-Landesvaters“ ein schwerreicher Patriziersprößling hervor; aber neuerdings hat man auch einige andere Herren, die sich besonders um das Wohl der Republik verdient gemacht haben, in den „Hohen Senat“ gewählt, so erst vor kurzem den Kaufmann Strauß, einen der Ueber des Wahlrechts umsturzes. Nun ist am Freitag der aus einem anderen Bundesstaate kommende frühere Landrechtsdirektor und spätere Senatspräsident, Dr. Schaefer, nachdem er bei früheren Senatswahlen zweimal durchgerutscht war, zum Senator gewählt worden. Herr Dr. Schaefer, der weiteren Kreisen durch seine verunglückte „Vordellebe“ im Reichstage — der Herr sagte als Vertreter Hamburgs im Bundesrat, — in Hamburg gebe es keine Vordelle in politisch-technischem Sinne“ — bekannt geworden ist, hat sich inzwischen das Wohlwollen derjenigen Leute erworben, die den „Rechtsgrundriss“ vertreten: „Nacht geht vor Recht.“ Er hat die Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet und sie durch ein ungeheures statistisches Material „gerechtfertigt“. Das ist das Verdienst des neuen Senators, das alle Wahlrechtsumstürzer am Freitag anerkannt haben. Aber auch Abgeordnete, die sich zu den „entschiedenen Liberalen“ zählen, sind für den „Verdienstvollen“ Mann eingetreten! Der geistige Vater des Wahlrechtsumsturzes ist für seine Tätigkeit belohnt worden. Selbst einige liberale Hamburger Blätter haben herausgefunden, daß der Senat immer „schwarzlicher“ wird. —

Eine neue Feseli der Tante Wof.

Tante Wof will auf ihre alten Tage witzig werden. Es geschieht ihr ganz recht, daß sie dabei hineinplumpst und sich lächerlich macht. Sie schilt, daß die beiden sozialdemokratischen Leidtragenden im Transerfolge des verstorbenen badischen Großherzogs Mißstüdige hätten an den sozialdemokratischen Stadtverordneten von Berlin mit Genosse Singer an der Spitze. Denn — o hör' es, Welt! — sie haben sich erhoben, als im Notenhause zu Berlin der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Langerhaus dem verstorbenen Großherzog einen Nachruf widmete.

Die Tante sagt wahrhaftig die Wahrheit, unsere Genossen haben sich erhoben. Sie haben daselbe nutzlose Verbrechen begangen, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beging, als sie sich bei der Verbindung vom Tode Wilhelms I. erhob! Ja, sie haben getan, was sie und wohl alle sozialdemokratischen Parlamentarier immer tun werden, wenn einem Verblödeten in einer Versammlung Gedächtnisworte gewidmet werden.

Wer den Unterschied zwischen dem Erben beim unfreiwilligen Anhören eines Nachrufs und der freiwilligen Beteiligung an einer monarchischen Demonstration nicht begreifen kann, der muß schon die Tante Wof oder einer ihrer unglücklichen Leser sein. —

Ein befreundetes Kriegsgerichtsurteil!

Vor dem Kriegsgericht der II. Gardebivision hatte sich der Leutnant v. Hake vom Kaiser Alexander-Garde-Regiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen unter Mißbrauch der Dienstwaffe zu verantworten. Der Angeklagte hatte während des Dienstes einen im zweiten Jahre dienenden Grenadier mißhandelt und bei der Ausübung der Miß-

Handlung von seiner Waffe Gebrauch gemacht. Auf Antrag des Vertreters der Anklage wurde während der Verhandlungen die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der militärischen Disziplin ausgeschlossen. Von den erschienenen Zeugen wurden nur der mißhandelte Grenadier und ein Lazarettgehilfe vernommen. Leutnant v. S. wurde für schuldig erachtet und wegen Mißhandlung eines Untergebenen unter Mißbrauch der Dienstwaffe zu zwölf Tagen Stubenarrest verurteilt.

Also ein Leutnant mißhandelt einen Soldaten mit der Dienstwaffe, also wohl mit dem Säbel, und zwar derart, daß er im Lazarett behandelt werden muß! Und er wird nicht etwa degradiert — das wäre nach dem Empfinden des Volkes neben einer Gefängnisstrafe die einzig mögliche Strafe gewesen! —, sondern zu zwölf Tagen Stubenarrest verurteilt!

So bestraft man die Soldatenhändereil —

Keine Amnestie in Baden.

Die Mannheimer „Volkstimme“ teilt mit: „Alle Andeutungen badischer Blätter oder Korrespondenzbüros über den Umfang einer zu erwartenden Amnestie sind gegenstandslos. Es kommt — keine Amnestie!

Allerdings wird ein größerer Gnadenakt vorbereitet. Aber er wird nur darin bestehen, daß eine größere Anzahl von Personen, insbesondere jugendlicher weiblicher oder besonders leichtbestrafter, nach den Spezialvorschriften der Staatsanwaltschaften vom Großherzog begnadigt werden. Außerdem werden noch in einigen besonders charakteristischen Fällen Begnadigungen auf Antrag der Beteiligten oder der Justizbehörden stattfinden.“

Ungarn.

Abfahrgeldzahlung.

Budapest, 16. Oktober. (W. Z. B.) Der Justizminister hat eine Verordnung erlassen, nach welcher die polizeiliche Beschlagnahme von Zeitungen vor ihrer Beförderung durch die Post, wie es jetzt üblich war, nicht mehr stattfinden darf, da dies mit der Pressefreiheit unvereinbar sei. Die Verordnung wurde allgemein mit Befriedigung aufgenommen.

Frankreich.

Anti-Antimilitarismus-Kera.

Paris, 16. Oktober. (W. Z. B.) Durch die Polizei wurden heute vormittag sechs Unterzeichner des jüngsten antimilitaristischen Manifestes verhaftet, in welchem den zum Militärdienst Ausgehobenen empfohlen wird, zu desertieren; auf die neun weiteren Unterzeichner wird gefahndet.

Italien.

Turin, 15. Oktober. Einen neuen Generalstreik bis Freitag verkündete die heute abend von der Arbeitskammer und der Sozialistischen Vereinigung einberufene Arbeiterversammlung. Nach den vom städtischen Polizeiamt mitgeteilten Nachrichten arbeiteten heute 19387 Arbeiter in 210 Werkstätten, während 203 Werkstätten geschlossen waren, und 28855 Arbeiter streikten.

Finnland.

Helsingfors, 16. Oktober. (Privatbesuche des „Vorwärts“). Der Achthundentag für die Bäcker wurde heute vom Landtag beschlossen. Zugleich ist eine Bestimmung angenommen worden, welche die Nachtarbeit in den Bäckereien verbietet!

Indien.

Englische Reaktion.

Im Mai dieses Jahres erließ der Gouverneur von Indien eine Verordnung, durch welche die Anmeldepflicht für politische Versammlungen in den Provinzen Punjab und Ost-Bengalen eingeführt wurde. Dieser Erlass läuft am 18. Oktober ab. Die englische Regierung will jetzt aber ein permanentes Gesetz einführen, das für ganz Indien gelten soll. Danach sind öffentliche Versammlungen den Behörden anzumelden. Als „öffentlich“ gilt eine Versammlung, an der mehr als 20 Personen teilnehmen, auch dann, wenn sie in einem Privatzimmer abgehalten wird. Der Gouverneur von Indien erhält die Vollmacht, dieses Gesetz bald für diese, bald für jene Provinz in Kraft treten zu lassen, je nachdem er dies für notwendig hält. Die Gouverneure der einzelnen Provinzen können das Gesetz dann wieder auf einzelne Bezirke der ihnen unterstehenden Provinzen beschränken.

Durch diese Maßnahmen, die mehr preussischem Polizeigeist entsprechen als dem „liberalen“ englischen Regierungssystem werden die Engländer erklärlicherweise nur noch mehr Haß und Erbitterung bei der indischen Bevölkerung hervorzurufen.

Die russische Revolution.

Bankrotterklärung.

Die russische Regierung erklärt sich für bankrott: Sie gibt zu, daß sie den „revolutionären Sozialdemokraten“ mit den gewöhnlichen, den in „zivilisierten“ Staaten üblichen, sagen wir: den alltäglichen Mitteln nicht mehr bezukommen vermag. Die Regierung des „allmächtigen“ Zaren scheut sich nicht, einzugestehen, daß sie gegen den „Umsturz“ nur noch anzukämpfen kann, indem sie sich der Korruption, des Verachteten und verächtlichen Mittels der Spionage bedient. Und zwar genügt es nicht einmal mehr, daß die bekannten ordinären Subjekte sich für Geld und mehr oder minder gute Worte in den schändlichen Dienst der russischen Polizei stellen, sondern die Elite der Gesellschaft, die „Blüte der Nation“, muß sich zum Handwerk der Schmutzungen degradieren lassen, wenn „Bätergen“ Nikolaus im Kampfe mit dem Drachen Revolution obliegen soll.

Das Bureau „Perold“ meldet:

Warschau, 16. Oktober. Gestern fanden wiederum in Warschau und Lodz Massenverhaftungen statt. Es ist als erwiesen anzunehmen, daß es den Polizeibehörden gelungen ist, durch ein weitverbreitetes Spionagesystem die Reihen der revolutionären Sozialdemokratie zu desorganisieren. Allgemeines Aufsehen erregen auch zahlreiche Revisionen, welche nachts bei den Häuptern der nationalen Intelligenz stattfanden und die nur auf Grund von gesellschaftlich hochgestellten Spionage vorgenommen werden konnten. Das Gefühl allgemeiner Unsicherheit greift um sich. Die Regierung beginnt mit Vorsehung vorzugehen, um einen Auflösungsprozess der sozialrevolutionären und nationalen Organisationen durchzuführen.

Die Plüte schlägt, der Kadel rollt. Nicht unmöglich, daß die russische Regierung in der ersten Zeit mit ihrer Korruptionstaktik Erfolge hat. Aber nicht lange und die Revolution, die schon ganz andere Kalküle zerrissen hat, sie wird auch für das allernennste „feine“ Gift der bankrotteten Regierung ein Gegenmittel zu finden wissen.

Aus dem Reiche der baltischen Zunker.

Man schreibt uns aus Riga:

Das zwieföpfige Scheusal, dessen einer Kopf die baltische Adelskronen und dessen anderer die Fehnen der russischen Selbstherrschers-

kronen trägt, würgt noch täglich die Bevölkerung der Ostseeprovinzen. Immer noch der alten Devise: „Für jeden v. Dittmar ein Duhend Kalnings und Osolings!“

Nach baltisch-deutschem Muster besorgen ihre Henkersarbeit jetzt auch die Satrapen von Kurland, Litzau, Odesa, Peterburg und Asten, in deren Atern meist ecktes baltisches Adelsblut fließt. Ein Beispiel dafür hat die „standrechtliche“ Erschießung der acht Arbeiter der Fabrik Silberstein in Lodz geliefert, die alle nach dreistündiger Behandlung mit Gummischlägern ein „offenes Geständnis“ abgelegt hatten und darauf ohne jegliches Gericht erschossen wurden. Nur das Erschießen „auf der Flucht“ scheint noch ein Privileg der heiligen „Ehrenpolizisten“ zu sein. Der Blutdurst dieser baltischen Revolutionsabhängigen ist aber noch lange nicht gestillt. Das Junkerorgan, die „Düna-Zig.“, schrieb noch in ihrer Nr. 102, als sie im Stillen schon das Todesurteil über Kurland gefällt hatte und er nur noch „auf der Flucht“ erschossen werden mußte, folgende blutrieufende Sätze: „So ist denn wenigstens etwas unter diesen Bestien aufgebracht worden; allein immer wieder liest man, daß verfolgte und mit den Waffen in der Hand ergriffene Räuber und Räuber verhaftet worden seien. Wozu das? Warum schießt man sie nicht auf der Stelle nieder?“ — Nun konnte aber selbst die „Düna-Zig.“ dem Studenten Kurland weder einen Raubmord anhängen, noch wurde er vom „Ehrenpolizisten“ v. Weidemann mit Waffen in der Hand ergriffen. Er lag in der Hand der Hauptung der „Düna-Zig.“ und des „Reichsboten“, als hätte E. Kurland auf dem Internationalen Sozialistenkongress zu Brüssel „zur Niedermetzelung der Deutschen und zur Niederbrennung der Landgüter seiner Heimat aufgefordert“. Ich als Schulkamerad Kurland muß diese niederträchtige Lüge energisch zurückweisen; denn Kurland zählt zu dieser Zeit etwa 15 Jahre und besucht fleißig das Gymnasium zu Riga. Wer so lügen kann, hat kein Recht über „sozialdemokratische Lügen“ des „Vorwärts“ zu sprechen, wie es die „Düna-Zig.“ in ihrem Rechtfertigungsartikel zum Fall Kurland (Nr. 212) tut. Das Geschimpfe dieses Blattes über die russischen Revolutionäre findet übrigens höchstens noch Gehör beim „Reichsboten“.

Eben finden die Wahlmännertwahlen auf dem Lande statt. Mit Ausnahme einiger Gemeinden Bialards und etwa 6 Gemeinden Estlands, wo die Wahlen boykottiert werden, nehmen die Wahlen ihren früheren Verlauf. Nur die Agitation von seiten der bürgerlich-demokratischen Parteien ist geringer, da alle progressiv-demokratischen Blätter seit Monaten stillstehen. Sozialdemokratische Flugblätter werden in den meisten Gemeinden angetroffen, und nicht ohne Grund fürchten die Barone, daß die Kleingrundbesitzer (das Landproletariat, das noch zur Zeit der ersten Wahlen wahlberechtigt war, ist jetzt gänzlich beseitigt) ihnen lauter Sozialdemokraten zur Auswahl stellen.

In Riga, das jetzt zwei Deputierte zu wählen hat, wird sich ein heißer Wahlkampf in der zweiten Kurie entspinnen; allem Anschein nach werden drei Gruppen auf dem Schlachtfeld erscheinen: 1. Angehörige der „Lettischen Reformpartei“ (lettische Oksobristen), die von den Deutschen der zweiten Wahlkurie unterstützt werden; 2. der „progressive Block“ (lettische Progressisten, jüdische und russische Kadetten) und 3. Sozialdemokraten. Bei den letzten Dumawahlen gingen die beiden letzten Gruppen zusammen und erwählten zum Deputierten Rigas einen Sozialdemokraten. Auch jetzt hegen die Sozialdemokraten gute Hoffnungen in der zweiten Kurie, dagegen wird die erste Kurie einen Anhänger der „baltisch-konstitutionellen Partei“, d. h. einen deutschen Oksobristen, in die Duma schicken. Unter diesem Vertreter der Rigaschen Großgrundbesitzer werden noch 5-6 baltische Barone aus der Großgrundbesitzerkurie gewählt werden, für die Herr Pariskewitsch schon Plätze an seiner linken Seite reserviert hat. — Einige lettische und estnische Kadetten wird als und Estland in die Duma senden. Die Sozialdemokraten Rigas fürchten, daß die Regierung ihre Kandidaten in der letzten Stunde in Anklagezustand versetzt und so ihren Sieg bereitet. Von dem „Blutkönig“ Möller-Salomelsh und seinen adligen Helfershelfern ist ja alles zu erwarten. Hat dieses Scheusal doch die Freiheit gehabt, lettischen Literaten, die sich um Herausgabe einiger Tagesblätter bewarben, zu antworten, daß während des Kriegszustandes kein progressives lettisches Blatt geduldet werden wird; augenblicklich genügt die zwei reaktionären: „Lattoija“ und „Rigas Awise“!

Die Aufregung, die während der Verhandlungen des Konterprozesses im Laufe der letzten Wochen hier herrschte, hat sich wieder gelegt. Wie bekannt, verurteilte das Kriegsgericht wegen Teilnahme am Iwlanbischen bewaffneten Aufstand anfangs 22 Personen zum Tode, von denen dann 16 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“ wurden. Die „Sandberge“ am Zentralgefängnis haben ein Massengrab mehr. — Die Flugandbägel, welche auf einer Fläche von etwa ¼ Quadratkilometer bis dato mehr als 300 Zeichen lettischer Freiheitskämpfer bergen, werden nach einigen Jahren in Blumenschmutz prangen, und am 26. Januar und am 18. März werden die Arbeiter Rigas hier ihrer gesonnenen Brüder gedenken. Augenblicklich wird jeder Blumenschmutz, jeder Kranz, der in der Nacht von lieben Händen auf die frischen Gräber gelegt worden ist, am Morgen von der Polizei und den Dragonern aufgefunden und verbrannt.

Aus der Partei.

Nochmals die Demonstration Frankfurt-Kob.

Aus Baden wird uns geschrieben: Am kommenden Sonntag werden Landesvorstand und Landtagsfraktion in Karlsruhe zusammentreten und sich mit der Beteiligung sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter am Reichsbegängnis des Großherzogs beschäftigen. Bekanntlich haben die beiden Abgeordneten ihre Beteiligung am Trauerzuge auch mit politischen Gründen zu rechtfertigen versucht, wofür ihnen in der liberalen Presse ein vollgerichtetes Maß des Lobes ob ihres politischen Weitblicks und ihres gesellschaftlichen Tastes zuteil wird. Mehr oder weniger deutlich sagt aber die bürgerliche Presse, daß ein Mann wie Wed., der formelle Bedenken vorbrachte, um der Familie des verstorbenen Großherzogs nicht zu kondolieren, nicht mehr getadelt werden könne. So schreibt die in Freiburg erscheinende nationalliberale „Freisigener Zig.“, daß Wed. gegen die Abmachungen, sich totköpfig mit seinen Pflichten als Vizepräsident abzufinden, verstoßen habe, und schreibt dann wörtlich:

„Damit entfällt die Möglichkeit, ihn ein zweites Mal mit einem Präsidentenposten zu betrauen, denn um es nochmal zu sagen, auf diesen Posten können und dürfen niemals Parteiprinzipien in einer Form hervorgehoben werden, die dem ganzen Landtag — andernfalls der Anhänger dieser Prinzipien — vor den Kopf stoßen.“

Eine weitere Frage ist nun die: Lann nach dem Vorgefallenen überhaupt noch ein Sozialdemokrat als Vizepräsident in Frage kommen? Diese Frage braucht nicht direkt verneint zu werden. Denn wie der Streik Wed.-Kob.-Frank zeigt, gibt es zweierlei Sorten von Sozialdemokraten: solche, die um des Parteiprogamas willen alles andere über den Haufen werfen, und solche, die trotz ihrer über allen Zweifel erhabenen parteitreuen Gesinnung den Menschen nicht vergessen und nach außen hin die Form zu wahren wissen. Letzteres wird ein Sozialdemokrat in allen Fällen können: er braucht sich nicht von einem Prinzen zu Füßen lassen zu lassen, aber er lann dem Landesherrn äußerlich so gut die schuldige Ehrerbietung als Staatsbürger — solcher ist auch

der Sozialdemokrat — erweisen, wie sich der anständige Mensch zum Beispiel erhebt bei einem Nachruf auf einen toten politischen Gegner. In dieser rein äußerlichen Ehrerbietungsbewegung wird natürlich dem Landesherrn nichts gelegen sein, aber das Haus, an dessen Spitze er steht, muß sie fordern. Freilich, ob die sozialdemokratische Fraktionwagen wird, einen anderen Abgeordneten als ihren Parteivorstand, der ja August den Allgewaltigen hinter sich hat, als Kandidaten für den Vizepräsidentenposten zu präsentieren, ist eine andere Frage. Präsentiert sie einen anderen Kandidaten, so wird man diesen Herrn liberalerfelds in aller Form auf seine Verpflichtungen — auch die dem Landesherrn gegenüber — festlegen müssen. Tut sie es nicht und bringt beim Zusammentritt des Hauses abermals Wed. in Vorschlag, so halten wir es für ausgeschlossen, daß die liberalen Parteien dem Genossen Wed. ihre Stimmen geben könnten. Was dann?

Nun wir halten es für ausgeschlossen, daß die Fraktion unter diesen Umständen einen anderen Vizepräsidenten, am allerwenigsten aber einen der beiden Teilnehmer am Trauerzug in Vorschlag bringen kann. Lehnen die Blockherren die Wahl Wed. ab, so wird die sozialdemokratische Fraktion im Präsidium unvertreten sein, ein Unglück, das sie mit Würde zu tragen wissen wird. Bezeichnend für die überholene revisionistische Politik der Genossen Frank und Kolb ist, daß durch ihre Beteiligung die Situation, die sie angelich reiten wollten, schlechter geworden ist und die wahrscheinliche Folge ihrer Taktik der Verlust des Vizepräsidentenpostens sein wird. Wird der Posten aber behauptet, so trotz ihrer Taktik, die es den Blockherren erleichtern wollte, für unseren Kandidaten zu stimmen, die es ihnen in Wirklichkeit aber erschwert. Hätten die Genossen von ihrer eigenen politischen Klugheit etwas befehlender gedacht, so würden sie doch wohl Zeit gefunden haben, sich mit ihren Fraktionskollegen zu besprechen.

In ihrer Verteidigung der Beteiligung findet die Frankfurter „Volkstimme“ Nachfolge von der Straßburger „Freien Presse“, die aus eigenem hinführt: „Verzigt man denn in jenen Kreisen ganz, daß unsere Presse zur Bekämpfung der Gegner da ist? Sind Vorkommnisse in unseren Reihen zu besprechen und befandern, wenn sie von so geringer Art sind, so sind doch wohl die Organisationen die beste Stelle.“

Daß die überwiegende Mehrheit der Parteipresse, die die Beteiligung verurteilt, nicht wisse, daß unsere Presse zur Bekämpfung der Gegner da sei, widerlegt ein Blick in die betreffenden Parteiblätter. Bisher galt es aber auch für selbstverständlich, daß die Parteipresse den Genossen das Material zu liefern habe zur selbstständigen Urteilsbildung in Parteifragen. Wie die Organisationen solche Fragen besprechen sollten, wenn die Parteipresse diese Pflicht vernachlässigt, das ist das Geheimnis des Straßburger Parteiblattes.

Eine liebliche Unterstellung leistet sich die „Reinische Zeitung“ zu Köln. Sie schreibt nach dem Abdruck der Ausrufung der Frankfurter „Volkstimme“: „Wir selbst halten die Teilnahme an dem Reichsbegängnis für eine rein badische Angelegenheit und es mag Sache der badischen Genossen sein, zu dem Verhalten Frank und Kolbs so oder so Stellung zu nehmen. In norddeutschen Staaten wäre eine solche Beteiligung selbstverständlich unmöglich. Mit unserem Frankfurter Parteiblatt stimmen wir völlig überein in der Beurteilung der maßlosen Aufschauung des Vorganges durch einige norddeutsche Parteiblätter, in deren Redaktionen offenbar so viel Arbeitsmangel herrscht, daß sie aus purer Langeweile wieder irgend einen Parteistank aufbräuen.“

Und solch ein Blatt, das bis jetzt sachlich geführte Polemik geradezu vergiftet durch seine niedrige Verächtlichkeit der großen Mehrheit der Parteipresse, beschwert sich über Aufschauung und Parteistank!

Die „Frankische Tagespost“ ist einem Irrtum zum Opfer gefallen. Ihr ist aus Berlin telegraphiert worden, daß wir sie als das einzige Blatt der größeren Parteipresse genannt hätten, das zu der Affäre nicht Stellung genommen habe. Das stimmt schon nicht. Ganz aus dem Holzwege aber ist unser Nürnberger Parteiblatt, wenn es meint, daß wir diese Feststellung getroffen haben, weil wir Sehnsucht hätten, seine gewichtige Stellungnahme zu erfahren. Wir haben lediglich unserer Pflicht genügt, den Parteigenossen ein möglichst objektives Bild der Stellung der Parteipresse zur Sache zu geben. Und so beileben wir uns denn auch, zu berichten, was wir jetzt erfahren, daß die „Frankische Tagespost“ nämlich wegen ihrer „wesentlich anders“ gerichteten „geistigen, politischen und parteipolitischen Interessen“ die Angelegenheit nicht zu behandeln nötig hat, auf die leider die offenbar nicht so gut gerichtete große Mehrheit der Parteipresse hereingefallen ist.

Parteiliteratur.

Das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist in neuer Auflage erschienen. Es ist bedeutend erweitert und vermehrt und die einzelnen Materien übersichtlicher angeordnet. Ein Autoren- und Titel- sowie ein Sachregister vervollständigen und erleichtern die Handhabung des Verzeichnisses. Das 160 Seiten starke Wähelein wird auf Verlangen gratis und franco abgegeben. Wir empfehlen das Verzeichnis der Beachtung aller organisierten Genossen und den Bibliothekaren der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zur besonderen Beachtung.

„Frauenleben und deren Verhütung“ nebst einem Anhang „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zabel. Neue, durchgeführte Auflage mit 7 Illustrationen. 33.-61. Tausend (Arbeiter-Gesundheitsbibliothek Heft 11). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die große Nachfrage nach dem Wähelein ist der beste Beweis für seine Nützlichkeit. Die neue Auflage ist verbessert und vermehrt. Die Illustrationen sollen das Verständnis des Lesers erleichtern. Das Heft kostet 20 Pf., eine Ausgabe auf gutem Papier 30 Pf.

Eine Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den ersten sächsischen Reichstagswahlkreis (Zittau) fand am Sonntag zu Zittau statt. Durch die Annahme einer längeren Resolution bekundeten die Delegierten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Wahlmänner bei der Landtagswahl im 1. sächsischen Landtagswahlkreis. In einem Schlußsatz wird gesagt, daß die Schreibweise der „Leipziger Volkszig.“ in dieser Angelegenheit der schwärzlichen Agitation der Parteigenossen auf dem Lande nicht dienlich sei.

Sodann wurde beschlossen, ab 1. Januar 1908 den 30 Pfennig-Wochenbeitrag einzuführen.

Dem Genossen Liebnecht bekundete die Konferenz mit der Annahme einer Resolution ihre Sympathie.

In bezug auf das noch bestehende Obligatorium der „Kommunales Prolog“ wurde beschlossen, es mit Ablauf dieses Jahres aufzuheben, doch wird für jede der 39 Jahressitzungen des Vereins ein Gegenpart aus Vereinsmitteln weiter abonniert.

Ein mit Sonntag, den 20. Oktober, beginnender Bildungskursus umfasst acht Vorträge. Vorkünftig sollen vier Vorträge an vier Sonntagen nach in diesem Jahre, die übrigen vier Vorträge an vier Sonntagen nach in diesem Jahre stattfinden. Dieser erste Zyklus umfasst folgende Themen: „Der utopische Sozialismus“, „Die materialistische Geschichtsauffassung“, „Die Werttheorie“, „Evolution und Revolution“.

Personalien. Zum Arbeiterssekretär für Wamt wurde am Stelle des als Redakteur nach Ettim gehenden Genossen Sommer der Genosse Thomen aus Heppens gewählt.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 12. Oktober. Im dritten Amsterdamer Wahlbezirk fand am Freitag die Erstwahl für den verstorbenen Genossen Tol Siege im Gemeinderat und den Provinzialstaaten statt. Für ersteren war Genosse Dubegge, Sekretär des Niederländischen Gewerkschaftsverbandes, für letzteren Sitz Genosse Jan van Zuyden, Sekretär des Diamantarbeiter-

verbandes, sozialdemokratischer Kandidat. Von liberaler, speziell von freisinnigdemokratischer Seite wurde gegen die Partei, insbesondere gegen den Genossen Dubegeest, eine bisher nicht gekannte Kampagne geführt, die unter aller Kritik war. Das liberale Wörtchen „Handelsblatt“, prägte gegen ihn das Schlagwort „Leitbündel von 1903“, um die Wähler gegen diesen Kandidaten mit der Erinnerung an den Eisenbahnerstreik und den Generalstreik von 1903 aufzuheizen. Indes die sozialdemokratischen Wähler waren auf ihrem Posten, sodass unsere beiden Kandidaten gleich beim ersten Wahlgange gewählt wurden. Amsterdam III hat somit eine Feuerprobe bestanden, die zum loyalesten Male diesem Wahlbezirk, da die Amsterdamer Genossen in ihrer Aktionsfähigkeit erschlafft schienen und erst die paar letzten Tage vor der Wahl sich in größerer Zahl an der Wahlarbeit beteiligten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ausgleichende Gerechtigkeit. Der verantwortliche Redakteur der Frankfurter „Vollstimme“, Genosse Wilhelm Zander, trat am Dienstag eine zweimonatliche Gefängnisstrafe an, die er wegen Verleumdung der Königsberger Richter in der bekannten Justizbürger Schickaffäre erhielt. — Für den freigesprochenen Gutenspektor Krenfand, der einen Landarbeiter erschoss, mußten sozialdemokratische Redakteure büßen: Genosse Vorchardt vom „Ostpreussischen Landesboten“ mit 300 Mark Geldstrafe, Genosse Seeger von der „Leipziger Volkszeitung“ mit drei Monaten und endlich Genosse Zander mit zwei Monaten Gefängnis. So hatte die freibeiwillige Erschießung eines Landarbeiters genügend „Sühne“. Der Täter wird freigesprochen und die dem Rechtsempfinden des Volkes Ausdruck gebenden Redakteure werden verurteilt.

Soziales.

Wilhelm II. als Förderer des Sparsinnes. Durch Kabinettsorder vom 27. Januar 1906 hat Wilhelm II. auf seinem Landgut Cadinen bei Elbing eine Schulsparkasse begründet. In dieser Kabinettsorder heißt es: „Um den Sparsinn zu fördern bestimme ich:

1. Jedes in Cadinen neugeborene Kind erhält zehn Mark auf ein bis zum vollendeten 14. Lebensjahre gesperrtes Sparsparbuch. Für jedes folgende Kind wird eine Spareinlage von fünf Mark gewährt. Ferner erhält jedes Kind beim Verlassen der Schule eine bis zum 20. Lebensjahre gesperrte Spareinlage von zehn Mark.

2. Bei der Cadiner Schule soll eine Schulsparkasse errichtet werden. Auf jede über drei Mark lautende Spareinlage schenke Ich die ersten zwanzig Pfennig.

3. Um den Sparsinn bei den Erwachsenen zu fördern, will Ich auf jede über 15 Mark lautende Sparte 50 Pf. schenken und einen Fonds überweisen, welcher alljährlich unter den Sparern als Prämie zur Verlosung gelangt.“

Dieses Statut wird einiger Ergänzungen bedürfen. Soll zum Beispiel, wenn ein nach dem 27. Januar 1906 neugeborenes Kind oder ein nach diesem Termin aus der Schule Entlassener vor zurückgelegtem 14. resp. 20. Lebensjahre stirbt, die Sperrung seines Sparsparbuches auch so lange bestehen bleiben, bis das Kind das 14. resp. das 20. Lebensjahre erlebt hätte? Vielen Eltern dürfte eine baldige Auszahlung dann eine Weisheit zu den Kosten sein, die das Begräbnis verursacht. Im übrigen ist der Absatz 1 wohl so zu verstehen, daß jedes nach dem 27. Januar 1906, d. h. nach Gründung der Schulsparkasse geborene Kind 10 M. in ein Sparsparbuch erhält und nicht nur das ergeborene der betreffenden Eltern. In jedem Fall enthält diese Bestimmung eine große Bevorzugung der ersten nach dem 27. Januar 1906 in Cadinen in jeder Familie geborenen Kinder, sowohl ihren etwaigen älteren wie den etwa nachgeborenen jüngeren Geschwistern gegenüber, eine Bevorzugung durch die Nichtstimmung bei den anderen Geschwistern hervorgerufen werden kann. Durch Absatz 3 dürfte weniger der Sparsinn als die Spielerei bei den erwachsenen Cadinern gefördert werden, zumal die betreffenden Prämien doch wohl mehr als 50 Pf. betragen sollen. Wegen die von August Scherl vorgeschlagene Sparteilnahme hat sich bekanntlich die Mehrzahl der deutschen Sparsparvereine ablehnend verhalten; gegen die für obige Sparteilnahme erlassenen Bestimmungen werden das natürlich die Cadiner nicht tun.

Von der Armenpflege in Bayern.

Wie sich bayerische Landgemeinden der Obföhrge für bedürftige Armen zu entledigen suchen, davon erzählen bürgerliche Mütter wieder ein Beispiel. In der Gemeinde Bodenmais in der Oberpfalz ist die 20 Jahre alte ledige Arbeiterin Barb. Rachigall beheimatet, die Mutter eines drei Monate alten Kindes ist und sich in der Heimat infolge schlechter Bezahlung nicht so viel verdienen konnte, um sich und ihr Kind zu ernähren. Um die Armenkasse von der Unterhaltungsbedürftigen zu befreien, gab sie ihr die Gemeindeväter fünf Mark mit der Weisung, sich zu Fuß in eine größere Stadt zu begeben und dort Arbeit zu suchen. Die Kosten für die Bahnfahrt waren der Gemeinde zu teuer. Nach achtstündiger Wanderung auf der Landstraße langte das Mädchen mit dem Kinderwagen völlig mittellos und erschöpft in Fürth an.

Derartige Versuche, sich der Armenlast zu entziehen, sind insbesondere auf ostbayerischen Ödern bis unweit der Tore Berlins im Schwange.

Gewerkschaftliches.

An das verehrte Publikum, insbesondere die Arbeiterschaft!

Unter Berücksichtigung der Berufsart und unter Hinzuziehung interessierter Unternehmerkreise wurde beraten und in Ausführung der Vorschriften der §§ 105b Absatz 1 und 105c der Gewerbeordnung am 11. März 1895 verordnet, daß die Beschäftigung von Arbeitern in photographischen Anstalten gestattet werden kann: 1. an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten zum Zweck der Aufnahme von Porträts, des Kopierens und Retuschierens für 10 Stunden bis spätestens 7 Uhr abends; an allen übrigen Sonn- und Festtagen zum Zweck der Aufnahme von Porträts im Sommerhalbjahr für sechs Stunden bis spätestens um 5 Uhr nachmittags, im Winterhalbjahr für fünf Stunden bis spätestens um 3 Uhr nachmittags. Die Aufnahme unter 2 findet keine Anwendung auf den ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag.

Bedingung: Wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntag für volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages und zwar spätestens von 1 Uhr nachmittags ab von jeder Arbeit freizulassen. Wenn die Arbeiter durch die Sonntagsarbeiten am Besuch des Gottesdienstes behindert werden, so ist ihnen an jedem dritten Sonntag die zum Besuch des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben.

Obgleich diese Gesetzesvorschriften schon über 12 Jahre in Kraft sind und obgleich auf Veranlassung lokaler Cheforganisationen sogar weitergehende lokale Polizeiverordnungen erlassen wurden wie in Warmen, Eibersfeld, Bremen, Düsseldorf, Hannover, Heildronn, Krefeld, Stuttgart, neuerdings auch Darmstadt und wenn wir nicht irren auch Essen und Köln, zwingen die

Arbeitgeber unsere Kollegen zum großen Teil zur längeren Sonntagsarbeit. Vergebens haben wir insbesondere solche Arbeitgeber, die noch nicht einmal eine freie Zeit in der Woche als Erlass für die Sonntagsarbeit gewährten, höflichst um eine Einhaltung der gesetzlichen Freizeit ersucht; ohne daß diese uns eine befriedigende Erklärung gaben, halten sie die Gesetze nach wie vor nicht ein. Diese Arbeitgeber verlangen sogar von unseren Kollegen unterjährliche Einwilligung zur Gesetzesübertretung!

Die Arbeitgeber weisen immer darauf hin, das Publikum komme stets so spät zum Fotografieren. In den seltensten Fällen können die Atelierinhaber die Aufnahmen allein machen. (Das Gesetz erlaubt dem Inhaber, den ganzen Tag zu arbeiten.) Viele umgehen die Freizeit und Innehaltung der Sonntagsruhe nun dadurch, daß sie den Gehülften auf Grund eines fingierten Vertrages zum Teilhaber, aber ohne Anteil machen.

Bei der jetzt ungünstigen Konjunktur würden sich leider unorganisierte Gesetzesübertreter genug finden, deshalb bitten wir das Publikum, insbesondere aber die Arbeiterschaft, sich keinesfalls an Sonn- und Festtagen von vormittags 10 Uhr und in den oben genannten Städten nach 2 Uhr, an allen anderen Orten nach 3 Uhr nachmittags zum Fotografieren zu bemühen, damit den Gesetzesübertretern vor und nach dieser Zeit nichts zu tun bleibt. Wir bitten aber auch die organisierten Arbeiter, uns noch fernstehende Photographengehülften, mit denen sie irgendwie in Verbindung kommen, auf unsere Organisation hinzuweisen und eventuell derselben zuzuführen.

Deutscher Photographengehülften-Verein.
Berlin SO. 16, Josefststraße 7, I.

Berlin und Umgegend. Zum Streik der Töpfer.

Der Kampf im Töpfergewerbe nimmt immer schärfere Formen an. Die Unternehmer machen große Anstrengungen, um Arbeitswillige aus dem Lande heranzuziehen; denn innerhalb Groß-Berlins ist es ihnen nicht möglich, Arbeitswillige zu erhalten. Sogar viele der notorischen Arbeitswilligen sind wieder der Organisation beigetreten. Auch die durch Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Berlin gelockten Verlassenen, nachdem sie über die Ursache des Streiks unterrichtet werden, wieder die Stadt, und so müssen die Unternehmer sehen, daß das Geld für deren Heranziehung umsonst geopfert ist. Hauptächlich hat es sich Herr Töpfermeister P e e s t, Urtreterstr. 11, etwas kosten lassen. Weiter warnen die Unternehmer überall hin, sogar nach dem Auslande (Schweden), davor, Töpfergehülften aus Berlin einzustellen, da in Berlin Streik ist. Trotzdem aber laufen alle Tage Meldungen über offene Stellen aus dem Lande in Streikbureau ein, und so ist es möglich, immer mehr Streikende abzuhelfen. — Die Unternehmer glauben, die Töpfergehülften Berlins seien derartig forumpiert, daß die Hälfte fahnenflüchtig werden würde und den Streik nicht mitmachen; aber gerade das Gegenteil ist eingetroffen. Sogar Leute, welche schon jahrelang bei einer Firma tätig waren, von denen man nie erwartete, daß sie den Streik mitmachen würden, haben die Arbeit niedergelegt und tun ihre Schuldigkeit. In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ solet man, daß sich 200 Arbeitswillige, welche des ewigen Drudes und der Bevormundung müde, sich zu einer „gelben Gewerkschaft“ zusammenschlossen, den Unternehmern zur Verfügung gestellt haben. Wo die 200 Mann herkommen sollen, wissen wir nicht, denn es sind knapp 30 Mann in dem gelben Verein — und was für welche! Auch berichten ja die Töpfermeister selbst nur, daß sie 80 Arbeitswillige haben, von denen sich aber nun schon viele dem Streik angeschlossen haben. Oder rechnet die „Deutsche Arbeiterzeitung“ auch die sogenannten Innungsleiter hinzu, welche hin und wieder einen mittelmäßigen Ofenausschmierer beschäftigen oder gar keinen? Uns soll es recht sein! Diese Art Leute sind ja gezwungen, hin und wieder als Geselle zu arbeiten, damit sie die Innungsbeiträge zahlen können. Die Innung ist oft genug gezwungen, bei derartigen Größen die Beiträge zwangsweise einzutreiben. Die Unternehmer scheinen mit dem Stand des Streiks weniger zufrieden zu sein als die Arbeiter, denn verschiedene namhafte Geschäftsinhaber blafen schon zum Frieden und Herrn Hopps Gesellschaft lodert sich schon. Herr P o p p selbst wird natürlich den Unentwegten weiter spielen, denn er hat ja keine Arbeit.

Die Unternehmer haben an verschiedene bürgerliche Zeitungen einen Bericht gesandt, worin sie erklären, daß sie nicht die Schuldigen an dem Streik seien und den Gesellen in jeder Beziehung entgegengekommen wären. Die Streikleitung hat nun an verschiedene bürgerliche Zeitungen eine Nichtigstellung gesandt. Das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ haben diese Verichtigung gar nicht gebracht, die „Berliner Morgenpost“ sehr gefügt. Der Sachverhalt sei deshalb hier noch einmal dargestellt: Die Töpfer Berlins haben in Anbetracht des ungünstigen Geldmarktes und der Depression im Baugewerbe Berlins von einer Kündigung und Erhöhung des Tarifes Abstand genommen, obgleich sie auf dem Standpunkt stehen, daß bei den jetzigen teuren Verhältnissen eine Erhöhung wohl am Platze wäre. Die Unternehmer poßieren zwar in die Welt hinaus, die Töpfer Berlins verdienen so viel und reiten einzelne Pferde vor. Von den niedrigen Wochenlöhnen, welche die große Mehrzahl der Töpfer verdient, redet man natürlich nicht, und daß Wochenlöhnen von 10 M. usw., und der größte Teil der Töpfergehülften fast alle 14 oder 21 Tage wieder das Pflaster treten muß, und somit fast das Jahr über 30 Wochen bummelt, läßt man unerwähnt. Auch werden die Arbeitsverhältnisse immer schlechter, die Reservearmee wird immer größer. Wie da noch die Unternehmer herkommen können, den Tarif zu kündigen, um Abzüge zu machen, wo durch die ursprünglich beabsichtigten Abzüge bei einigen Osen 30 bis 40 Proz. herankommen, verziehe wer da will. Das alles ist den Herren in der Kommissionsführung vorgezeichnet worden und sie waren nicht imstande, das Gegenteil zu beweisen. Gewiß haben die Unternehmer, nachdem sie wohl doch einsehen mußten, daß sie damit nicht durchkommen, etwas fallen lassen, aber auch die noch jetzt geforderten Abzüge, um die sich jetzt der Kampf dreht, bedeuten eine ganz bedeutende Verminderung der Arbeiterentlohnung. Weiter erklären die Töpfermeister, die Gesellen hätten kein Entgegenkommen gezeigt, sondern hätten sogar noch Forderungen bis zu 30 Proz. gestellt. Gewiß haben sie Forderungen gestellt; aber erst nachdem ihnen der Tarif gekündigt war. Kennt man das aber noch kein Entgegenkommen, wenn die Arbeiterschaft sämtliche gestellten Forderungen fallen läßt und sogar bei einigen Positionen einen Abzug zuläßt, dafür aber nur verlangt, daß der Abzug auf einer anderen Position ausgeglichen oder der alte Tarif auf weitere 2 Jahre festgelegt wird? Die Unternehmer werden sich doch nicht einbilden, daß sich die Töpfergehülften in einer Zeit, wo jeder Mensch nach Verbesserung seiner Lebenslage strebt, einen Abzug gefallen lassen! Die Töpfergehülften werden dies mit der ganzen Kraft ihrer Organisation verhindern und den Kampf siegreich durchführen, selbst wenn den Unternehmern Polizei usw. zur Verfügung stehen, welche schon in bekannter Manier Streikposten festgenommen und das Kostenstehen verboten hat. Die Töpfer sind dessen gewiß, daß sie die anderen Bauhandwerker in diesem Kampfe mit ihrer Solidarität unterstützen und sie um so leichter diesen Kampf gewinnen werden, als er sich nur richtet gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Hoch die Solidarität!

Eine außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Töpfergewerbe Berlins und Vororte im Königs-

städtischen Kasino, Holzmarktstraße, nahm zu den neuerdings auf Veranlassung des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Töpfer Statgebunden unverbändlichen Besprechungen zwecks Anbahnung neuer Verhandlungen Stellung. Die Versammlung nahm nach längerer Debatte einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige Generalversammlung beschließt, im Hinblick darauf, nicht weitere Kreise der Mitgliedschaft des Gesellenverbandes bei der Berliner Bewegung in Mitleidenschaft zu ziehen, auf die Anregung des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Töpfer, Drunfel, einzugehen und nochmals in Verhandlungen einzutreten. Sollten aber diese abermals scheitern, so werden die vorläufig hinausgeschobenen, gemeinsam mit den Fabrikanten in Aussicht genommenen Maßnahmen in Kraft treten müssen, deren Folgen sich die Gesellschaften selbst zuschreiben hat.“

Mit den Töpferträgern soll sofort nach Verständigung mit dem Gesellen in Verhandlungen eingetreten werden.

Achtung, Friseurgehülften!

Zu der von dem Arbeitgeber Herrn G a n n i g, Verlebergerstraße 30, gegebenen Erwidrerung erkläre ich folgendes: Unter Anerkennung der Lohnforderungen befindet sich folgende Rubrik: „Anerkennung der Organisation.“ Herr Gannig läßt mich sagen, daß ich von ihm verlangt hätte, einen anderen Gehülften einzustellen. Das ist absolut unwaar. Vielmehr geschah die Sperre lediglich deshalb, weil Herr Gannig, als ich um Regelung der Angelegenheit ersuchte, dem Auftraggeber erklärte: Ich soll ihn nur so viel sperren, wie ich will. Denn er hätte von den Arbeitern gar nichts. Aus diesem Grunde bleibt das Geschäft nach wie vor gesperrt, sofern die Angelegenheit nicht gütlich geregelt wird. Bewilligt haben ferner noch S c h u l z e, Rixdorf, Bertelsdorferstr. 8 und K a c h e l, Reichenbergerstr. 100.

Verband deutscher Friseur- und Berückenmachergehülften
Berlin, Dirschstr. 46. Der Vorstand. P. Baumgart.

Achtung, Musiker! Die Orchestermitglieder des deutschen Landestheaters in Prag beschloßen, wegen nicht bewilligter Gehaltserhöhung in den Streik zu treten. Direktor Neumann beabsichtigt, wie es heißt, ein Berliner Orchester nach Prag kommen zu lassen. Wir teilen dies zur Warnung mit.

Aus der Frauenbewegung.

Sittensbilder aus unserer herrlichen Weltordnung.

II.

Die Kellnerinnen in den Anierkneipen stehen allgemein in dem Ruße, verkappte Prostituierte zu sein. Dies trifft auch im allgemeinen zu. Und zwar aus leicht erklärlichen Gründen. Auch diese Armeisten haben persönliche Ausgaben, wie Wäsche, Kleider und andere unentbehrliche Dinge; Lohn erhalten sie, wie wir schon erwähnt, nicht. Von den Umsatzprozenten aber allein können sie ihre Ausgaben nicht bestreiten. Es wird deshalb jedem einleuchtend, daß sie auf Nebeneinnahmen angewiesen sind. So bleibt ihnen weiter nichts übrig, als ihren Körper zu verlaufen. Ihr Arbeitsverhältnis aber übersteigt schon den Höhepunkt der schamlosesten, unmoralischsten Ausbeutung. Ihre Arbeitszeit dauert oft von früh bis in die späte Nacht. Und das alles ohne einen Pfennig festen Lohn. Das Schlimmste aber ist der Umstand, daß die Kellnerinnen bei einem Stellenwechsel hilflos den Stellenvermittlern ausgeliefert sind; 10—12 M., oft noch mehr, müssen die Armen für eine Vermittlung opfern. Je „besser“ die Stelle, desto höher die Gebühr. Es ist leicht erklärlich, wenn ein solches Weib schon frühzeitig seelisch und körperlich gebrochen, verwüstet und zerrüttet ist, wenn sie in den besten Jahren den Todesleim in der Brust tragen oder einem langjährigen, grauenhaften Siedtum anheimfallen. Die meisten sind schon in jungen Jahren mit Geschlechtskrankheiten behaftet. Welche Gefahren aber aus diesen Zuständen dem Volkskörper drohen, wie viele und schreckliche Wunden dem Familienleben geflohen werden, wie manches häusliche Glück vernichtet wird, läßt sich nicht ermessen. Rekrutieren sich doch die Gaste dieser Lokale aus allen Klassen und Altersstufen, vom staubdürftigen Jüngling bis herauf zum schloßweihen Lebemann. Die heutige Gesellschaft aber weiß kein anderes Mittel gegen diese Flutwelle des Elends und Unglücks als Volkseingeweihe. Dieses Allerweltsmittel soll auch hier Hilfe — täuschen. Die bürgerliche, kapitalistische Gesellschaft ist nicht imstande, durchgreifende Änderungen zu schaffen, will sie nicht an dem Fundament rütteln, auf dem sie ruht. Alles scheinheilige Augenverdrängen, alles pharisäische Gezeier, alle Kirchen, Gefängnisse, Korrektilionsanstalten und Volksschulen können daran nichts ändern. Nur eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaftsordnung nach sozialistischem Prinzip kann hierin Wandel schaffen. Die Rechtlosigkeit des Dienstboten, die vorantastliche Gewerbeordnung, die Jammerlöhne der Fabrik- und Heimarbeit treiben Scharen junger Wesen in die Arme der Prostitution. Die aufstrebende, revolutionäre Arbeiterbewegung hat eine heilige Mission zu erfüllen: die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten!

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. Heft 16. (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alh. Braun.) Verlag Berlin NW. 6. Preis für das Einzelheft 10 Pf.
„März.“ Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, G. Delle, A. Langen, R. Kram. Erstes Oktoberheft. Preis 1,20 M., im Abonnement: das Quartal (3 Hefte) 6 M. Verlag von Albert Langen in München.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durch Absturz getötet.

Mainz, 16. Oktober. (W. L. B.) Dem „Mainzer Journal“ zufolge stürzten in dem benachbarten Weisenau drei Arbeiter von einem Hängebühnen aus beträchtlicher Höhe ab. Zwei waren sofort tot, der dritte liegt im Sterben.

Voller Sieg der passiven Resistenz.

Wien, 16. Oktober. (W. L. B.) Seit Mitternacht wird auf den Linien wieder normal gearbeitet. Das Personal erhielt sämtliche Forderungen bewilligt, darunter auch die Errichtung von Personal-Kommissionen, einen Pensionsfonds für die Arbeiter und die Befugnis des unbedingten Verzichts auf jede Maßregelung. Die passive Resistenz dauert nur noch auf der unbedeutenden Eisenbahn Wien—Wipacg fort.

Unwetter in England.

London, 16. Oktober. (W. L. B.) Durch wolkendruckartige Regenfälle wurde in Südchottland großer Schaden an den Feldern und unter den Schafherden angerichtet. Die Eisenbahnen sind durch Unterspülungen teilweise unterbrochen. Einige Stadtbahnstrecken in Glasgow stehen sechs Fuß tief unter Wasser.

Erfolgreicher Streik.

Antwerpen, 16. Oktober. (W. L. B.) Der Metallarbeiterstreik in Verdiers ist zugunsten der Arbeiter entschieden. Mit Ausnahme der höchstbezahlten Arbeiter erhalten alle eine Lohnerrhöhung. Morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Fünf Monate im Streik.

Lebz, 16. Oktober. (W. L. B.) Die Arbeiter der drei Tuchfabriken Tomahoff haben nach einem fünfmonatigen Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen und zwar zu den früheren Bedingungen.

Die Parteipresse über den Hochverratsprozeß.

„Damburger Echo“:

Das Gericht hat verurteilt, und wenn die Art und Höhe der Strafe auch nicht nebensächlich ist, zumal nicht für den Genossen Liebnecht selbst, so ist doch das Kennzeichnendste an diesem Prozeß, daß er überhaupt mit einer Verurteilung abschließen konnte.

„Leipziger Volkszeitung“:

Die Justiz ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, also könnte man unter dem frischen Eindruck des Liebnechtschen Hochverratsprozesses das bekannte Wort von Clausewitz variieren; denn es war ein politischer Prozeß, es war ein Lenkungsprozeß im weitesten Sinne des Wortes, der sich in voriger Woche vor den Säulen des Reichsgerichts abspielte.

Man wollte die antimilitaristische Agitation treffen. Seit Jahren schon jammerte in der bürgerlichen und militärischen Hochpresse, daß die Sozialdemokratie immer wirkungsvoller den Militarismus zermürbe, daß sie seine Scheuklappen immer mehr ans Licht ziehe und so das allgemeine Bewußtsein gegen ihn alarmiere. Die Gründung von Jugendorganisationen, die die jungen Leute über ihre Klasseninteressen aufklärten sollten, bezweckten die herrschenden Klassen noch mehr, und als nun vollends eine antimilitaristische Broschüre erschien, geschrieben von dem Mann, der an der Spitze der Jugendorganisationen stand, da war es mit der Besonnenheit aus. Hier ist ein gefährliches Buch!

„Frankfurter Volksstimme“:

Das Verbrechen Liebnechts besteht aber darin, den Wunsch gehabt zu haben, theoretische Lehren zu verbreiten, aus denen nach der Meinung der kaiserlichen Reichsrichter möglicherweise unter gewissen Umständen bestimmte gesetzlich verbotene Handlungen folgen könnten! Das Urteil des Reichsgerichts ist darum keine Abwehr gegen einen bestimmten Angriff auf die bestehende Staatsordnung, sondern ein Eingriff in die geistige Freiheit der Reichsangehörigen.

„Schwäbische Tagwacht“:

Das Wesen der deutschen Klassenjustiz ist der Öffentlichkeit wieder einmal in voller Nacktheit vor Augen geführt worden. Das ist ja an sich kein seltenes Ereignis. Allein eine solche gründliche Belehrung über das ganze Getriebe der Klassenstaatlichen Rechtssprechung, eine solche Woflegung ihrer Absichten wird doch nicht alle Tage geboten und insbesondere nicht unter solch gespannter Aufmerksamkeit von Millionen in höchster Erregung dem Prozeß folgender Menschen.

„Frankfurter Volksstimme“:

Die höchsten Richter des Deutschen Reiches haben es gewagt, Karl Liebnecht wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat auf einhalb Jahre in eine preussische Festung zu schicken. Eine schwerere Kompromittierung der deutschen Justiz in ihren höchsten Beamten war nicht denkbar. Denn das Urteil bedeutet nicht mehr und nicht weniger als, zwar nicht juristisch, aber moralisch, Hochverrat gegen die Grundlage allen modernen Rechts.

„Frankfurter Volksstimme“:

Das ist das Ärgste an dem Urteil, daß es gar nicht wagen darf, sich zu verallgemeinern. Denn sonst würden sich die Herren Richter, sofern sie sich um politische Dinge bekümmern, unverzüglich selbst auf die Anklagebank bringen müssen. Wo ist der Oberreichsanwalt gewesen, als die Leute des Bundes der Landwirte damit drohten, die Throne krachen zu lassen, wenn die Kollektiven nicht den Jollwacher erhielten? Alle die Kriterien der Urteilsbegründung waren bei dieser Vorbereitung zum Hochverrat in viel höherem Maße gegeben. Und wo ist der Oberreichsanwalt, der einschreitet gegen die organisierten Bestrebungen, die wichtigste Grundlage der deutschen Verfassung, das Reichstagswahlrecht zu ändern, wenn es sein möchte, mit Gewalt? Unzählige Äußerungen dieser Art liegen vor; diese Bestrebungen haben sich besondere Organisationen geschaffen. Der also mit der Anklage!

Die Staatsrichter brauchen sich nicht zu ängstigen. Nicht der wirkliche kulturelle Hochverrat an der Entwicklung der Staaten und der Menschheit wird in Deutschland verfolgt, sondern nur die Kämpfer gegen solchen Hochverrat.

Das ist die Bedeutung des Urteils, das soll sie sein, wenn anders es denn überhaupt einen Sinn haben kann: Die Wechsellagerung der demokratischen und sozialistischen Propaganda, die Monopolisierung jedes Staatsstreiks, jeder Verweigerung von Fortschritten und Volksrechten. Wer die wirkliche Politik des Hochverrats treibt, wird geschäft und kann sich schließlich zum Richter aufwerfen über die Parteien und Klassen, die Nation und Menschheit verteidigen gegen ihre schlimmsten Schädlinge.

„Volksstimme“ (Chemnitz):

Mit derselben Logik, mit der das Reichsgericht die Darlegungen der Liebnechtschen Broschüre über Dinge, die in seiner Zukunft liegen, als Vorbereitung zum Hochverrat auffaßt, kann schließlich die Propaganda für jede politische Theorie als gleiches Verbrechen betrachtet werden, sofern man, wie das Reichsgericht im Falle Liebnecht, annimmt, daß die Theorie auf verfassungsmäßigem Wege nicht durchführbar sei.

„Arbeiterzeitung“ (Dortmund):

Es stand für uns fest, daß Liebnecht verurteilt wird, nicht, weil wir ihn des Hochverrats für schuldig hielten, sondern weil sich in uns die Ueberzeugung gefestigt hat, daß, wenn mal gegen einen Sozialdemokraten ein politischer Prozeß angestrengt wird, auch allemal die Verurteilung erfolgt.

„Bremer Bürgerzeitung“:

Wir empfinden den Spruch der fünfzehn obersten Reichsrichter als einen Schlag ins Gesicht, und Worte drängen sich uns in die Feder, die wir unbedenklich nur dann gebrauchen könnten, wenn uns in der Kritik höchster Gerichtsentscheidungen dieselben Ausnahmeregeln wie einem Reichslägerbandgeneral zur Seite ständen. Denn das, was der gesunde Menschenverstand nach diesen Verhandlungen erwartete, war, daß das Verdikt der Fünfzehnmänner nur den realen Tatbestand feststellen würde: daß nämlich das kunstvolle Gebäude der Anklage umgefallen sei wie ein Kartenhaus vom ersten Windstoß. Trotzdem dieses Urteil, dessen Gründe zusammengzureifen die Kunst wahrhafter juristischer Schlangenmenschens erforderte.

Zum Preußentag

nahmen die Berliner Parteigenossen am Dienstag in sechs auf besuchten Versammlungen Stellung. Ueber die einzelnen Versammlungen gingen uns folgende Berichte zu:

Erster Wahlkreis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der bei Dräsel tagenden Versammlung gedachte der Vorsitzende Wolderst des verstorbenen Genossen Rotteler und widmete ihm warme Worte der Anerkennung für seine treue hingebende Tätigkeit im Dienste der Partei. Während Wolderst sprach, erhoben sich die Versammelten von den Sihen. Zum Referat über den Preußentag erhielt Genosse Dr. Krons das Wort. Ehe er auf sein Thema einging, forderte er die Versammlung auf zu einer Kundgebung der Sympathie für den verurteilten Genossen Karl Liebnecht und fand damit die lebhafteste Zustimmung der Anwesenden. Krons erklärte, daß man bei Betrachtung dieses Urteils geradezu gezwungen werde, darin den Ausfluß der Klassenjustiz zu sehen. Unsere höchsten Richter hätten gewiß nach ihrem Rechtsempfinden geurteilt, als sie Liebnecht schuldig fanden, und doch kann man nicht zugeben, daß dieser ungeschicklich gehandelt habe, wie man auch über die Art seiner Agitation denken möge. Unter allgemeinem Beifall erklärte Krons, daß es tief bedauerlich sei, daß Liebnecht durch das Urteil auf verhältnismäßig lange Zeit seiner Familie, seinem Beruf und der Partei entzogen werde. Genosse Dr. Wroh nahm später Gelegenheit, dazu noch zu beantragen, daß die Versammlung dem Genossen Liebnecht für sein mannhaftes Verhalten vor Gericht ihre größte Anerkennung ausspreche. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Genosse Krons erklärte in seinem Referat als wichtigsten Punkt der Tagesordnung des Preußentages die Verurteilung und Feststellung eines Organisationsstatus für die Partei in Preußen. Der vorgelegte Entwurf zu dem Statut findet in vielen Punkten nicht die Billigung des Redners. So fürchtet er, daß die Zahl der Delegierten zu der Landeskonferenz zu groß werden könnte, und wünscht, daß die Höchstzahl der Vertreter eines Vereins von fünf auf drei herabgesetzt werde. — Die Befugnis des preussischen Parteitagess müßte fest umgrenzt und auf Aufgaben beschränkt werden, die wegen der Eigenart der preussischen Verfassung und Verwaltung eine besondere Behandlung erfordern. Notwendig sei es, ein Organ dazu herzustellen, diese Aufgaben fest im Auge zu behalten, und das sollte ein Landesvorstand sein. Große und schwere Aufgaben hätte er zu erfüllen, nämlich in allen Zweigen der Verfassung und Verwaltung auf dem Laufenden zu bleiben, die praktische Tätigkeit im Landtage, in den Provinziallandtagen, den Kreislagern und Gemeinden zu verfolgen und immer die Möglichkeit zu erwägen, den Einfluß der Partei geltend zu machen. Der preussische Landesvorstand sollte seinen Sitz in Berlin haben und aus fünf Mitgliedern bestehen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären — diese vier von der Landeskonferenz gewählt — und einem Mitglied des deutschen Parteivorstandes, das dieser aus seiner Mitte entsendet, wodurch zugleich eine enge Verbindung zwischen beiden Körperschaften hergestellt sei. Dieses Mitglied sollte auch bei streitigen Fragen ein ausschließendes Vetorecht haben. Natürlich müßte der Landesvorstand selbständig über Gelder verfügen können. Genosse Krons erklärte, daß er seine Vorschläge schon im „Vorwärts“ gründlich erörtert habe, daß sie der Kreiskonferenz vorlagen, von dieser aber abgelehnt wurden. Er wolle davon absehen, seine genauer formulierten Abänderungsvorschläge zum Entwurf in der Versammlung zur Abstimmung zu bringen, würde sie aber persönlich auf dem Preußentag vertreten. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung des Preußentages erwähnte Dr. Krons nur kurz. Er hoffe, daß bei dem zweiten Punkt, die Tätigkeit des preussischen Landtages, ein Bild von den Aufgaben des Landtages entrollt werden möge, damit die Genossen erkennen lernen, was für große Aufgaben da vorliegen. Bisher habe man sich in der Partei zu wenig damit beschäftigt. Was den nächsten Punkt, die Landtagswahlen, angeht, so werde darüber nicht viel Neues zu berichten sein; wichtig sei nur die Taktik anderen Parteien gegenüber. Interessant könnte sich der vierte Punkt der Tagesordnung gestalten, die Lage der Staatsarbeiter in Preußen, denn der Staat sei Arbeitgeber für Hunderttausende von Leuten.

Zweiter Wahlkreis.

An der Diskussion beteiligten sich viele Genossen und alle polemisierten gegen die Abänderungsvorschläge von Krons, die nirgends ungeteilten Beifall fanden. Dagegen wurde den lehrreichen Erläuterungen von Krons zu den gebrachten Vorschlägen Anerkennung gezollt. Hervorgehoben wurde noch, daß die Ablehnung der Vorschläge in der Kreiskonferenz aus praktischen Gründen erfolgte. Bestimmte Anträge lagen von keiner Seite vor. Als Delegierte für den Preußentag wurden gewählt: Wittner, Strehl, Wolderst.

Dritter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des zweiten Reichstagswahlkreises hatte das Referat über den Preußentag der Genosse Fritz Ebert übernommen. In seinem Referat erinnert Genosse Ebert zunächst daran, daß der Preußentag bereits Gegenstand einer lebhaften Diskussion unter den Genossen gewesen sei. Ver-

schiedene Genossen hätten im Hinblick auf die Bewegung für die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts eine frühere Einberufung gewünscht, jedoch habe die politische Situation es für geboten erscheinen lassen, diesen Wünschen nicht nachzugeben. Der wichtigen Frage des allgemeinen Wahlrechts hat die Partei allezeit ihre Aufmerksamkeit geschenkt und besonders in den letzten Jahren für die Erringung des allgemeinen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts zum preussischen Landtag eine lebhafteste Agitation entfaltet. Ueber die Art dieser Agitation sind ebenfalls Meinungs-differenzen hervorgetreten, soweit da eine energisichere Propaganda verlangt wurde, läßt sich dagegen nichts einwenden. Der geringe Erfolg, den unsere Agitation aufweist, ist jedoch auf ganz andere Ursachen, als auf die etwa nicht zureichende Agitation zurückzuführen. Der Kampf in Preußen um die Befestigung der Dreiklassenwahlrecht ist ein Klassenkampf, eine Machfrage und unterscheidet sich wesentlich von jenen Kämpfen, die unsere österreichischen Genossen um ihre politische Gleichberechtigung führen. Dort wird bis weit hinein in das bürgerliche Lager und Unternehmertum für das allgemeine Wahlrecht gekämpft, was sich ja auch bei den allerjüngsten Ereignissen in Ungarn wieder erwiesen hat. Dagegen steht in Preußen die ganze bestehende Klasse mit den Junkern auf der einen und das entrechtete Proletariat auf der anderen Seite. Die linksstehenden bürgerlichen Parteien geben zwar an, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten und die Freisinnigen haben sich so gebärdet, als sei es ihnen erstlich um Rechtsgleichstellung in bezug auf das Wahlrecht zum Landtag zu tun. Die Freisinnigen sind mit scheinbarer Energie für das allgemeine Wahlrecht eingetreten, zumal sie merkten, daß bei der Wodpolitik sie die Eingeseiffen sind. — Medner tritt hier die Ausführungen der Abgeordneten Raumann und Träger, welche sich rüchthaltig für das allgemeine Wahlrecht aussprechen. So hatte es den Anschein, als ob die Freisinnigen wirklich mit Nachdruck mobil machen wollten, wogegen sich deren Modbrüder ablehnend zur Wahlrechtsfrage verhielten. Die „Konservative Korrespondenz“ erklärte z. B., mit der Befestigung der Dreiklassenwahlrecht werde die Grundlage des Staates erschüttert. Auch bei den Nationalliberalen fand der Appell Raumanns keinen Widerhall. Diese erklärten sich für die allgemeine Wahl mit der Grundlage eines Pluralstems, das den einzelnen Wählern je nach Besitz, Bildung und Alter ein erhöhtes Stimmrecht einräumt; für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den Landtag seien sie nicht zu haben. Mitte August legte auch die Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen“ ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage dar. In dieser Stellungnahme wird nur wiederholt, was bereits von den Konservativen gegen das allgemeine Wahlrecht gesagt war. Die Regierung will nicht nur Besitz, Bildung und Alter beim Wahlrecht bedorugen, sondern sie hat sich auch für eine besondere Berücksichtigung der Landwirtschaft, also für ein viermal abgestuftes Wahlrecht ausgesprochen.

Bald darauf ist der Freisinn nach rechts abgesehen; seine erst mit großem Aplomb vertretene Forderung ließ er fallen, um sich auf den Kuhhandel zu verlegen. Leute, die sich nicht genug über Spahns „Kompromißpländer“ entrüsten konnten, geben sich selbst der abschaulichsten Schacherpolitik hin. Auf dem freisinnigen Parteitag wurde alles abgelehnt, was nur irgend den Anschein einer Demonstration für das allgemeine Wahlrecht erwecken könnte. Man trat zwar für das allgemeine Wahlrecht ein, erklärte jedoch gleichzeitig, mit dem zufrieden zu sein, was eben auf diesem Gebiete zu erhalten sei. Die Politik Raumanns: „Alles oder nichts!“ hat man auf dem freisinnigen Parteitag als die verkehrteste Politik bezeichnet.

Nicht besser steht es mit der Freisinnigen Vereinigung, aus deren Mitte Puchnide sich in seiner lehthin erschienenen Broschüre dahin ausspricht, daß das allgemeine Wahlrecht keineswegs ein Bild der Vollkommenheit darstelle, sondern wie alles mit „Mängel und schlimmsten Seiten“ behaftet sei. Puchnide fordert für Preußen ein Wahlrecht, wie es eben die Zustimmung der Mehrheit finde.

Medner knüpft an die Stellung der bürgerlichen Parteien eine scharfe Kritik. Das sei eine Stellung, mit der jeder Kampf für das allgemeine Wahlrecht von den Freisinnigen bereits aufgegeben ist, wodurch der Widerstand erleichtert wird. Wie von den Nationalliberalen es Wasser aus dem Parteitag in Wiesbaden für aussichtslos bezeichnete, das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzuführen, schließen sich dem die Freisinnigen beider Richtungen an. So steht es mit Raumanns Fansaten dieses Sommers; man nimmt und ist zufrieden mit allem, was sich bietet. In seiner vortrefflichen Kritik der bürgerlichen Parteien zum Zentrum übergehend, hebt Genosse Ebert hervor, es habe sich dieses zwar immer für das allgemeine Wahlrecht erklärt, jedoch seit dem Jahre 1873 nicht mehr in dieser Richtung unternommen. Das Verhalten des Zentrums hätte noch die Konservativen und hebe sie auf. Spahn habe in einer großen öffentlichen Versammlung zwar die Bewilligungslust des Zentrums für die marinen Forderungen zu betonen gewußt, über die Wahlrechtsfrage sich aber ausgesprochen. Das demokratische Käntelchen des Zentrums ist berechnete Volkstauschung, die leider noch bei vielen Arbeitern Erfolg hat.

Medner will mit diesen Darlegungen zeigen, daß das Proletariat nur aus eigener Kraft, durch eine imposante Volksbewegung zu seinem Rechte kommen kann. Wir müssen mit Recht bestrebt sein, das Verhalten der Wodparteien und des Zentrums zu enttüllen. Der diesen Parteien Folge leistet, verfehlt die Lebensinteressen weiter Volksschichten. Wodparteien und Regierung haben offensichtlich das Bestreben, die Wahlrechtsfrage in den neuen Landtag hinüberzubringen und dort in Schacherpolitik abzutun. Dies muß zu verhindern versucht werden. Denn ist einmal die Wahlrechtsfrage vom Landtage in irgend einer Form abgetan, dann ist uns auf absehbarer Zeit die Möglichkeit genommen, sie neu und mit Erfolg aufzurufen. Wenn in den süddeutschen Staaten, in Oesterreich und Ungarn die Arbeiterschaft das allgemeine Wahlrecht erhalten hat, dann können und dürfen auch wir nicht länger die Dreiklassenwahlrecht ertragen.

Welche Mittel wir in diesem Kampf anwenden, braucht heute noch nicht erörtert werden. Ob Straßendemonstrationen oder politischer Streik, darüber haben wir uns im Augenblick noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Jedenfalls werde man alle Energie aufwenden, die Massen aufzurütteln und den Kampf erfolgreich zu führen. (Beifall.)

In seinen weiteren Ausführungen behandelt Ebert die weiteren Beratungsgegenstände des Preussischen Parteitages. Zur Landtagswahl muß es unsere Aufgabe sein, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Falls wir bei den Wahlen Erfolg haben, so sei die Gelegenheit geboten, durch unsere Vertreter den Wahlrechtskampf in das preussische Parlament hineinzutragen.

Was die Lage der Staatsarbeiter anbelangt, steht fest, daß es unsere Aufgabe sein muß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zu den schlechtesten gehören, zu verbessern. Der Staat deutet die Arbeitskraft nicht nur aus äußerer Aus, er macht auch seinen Arbeitern die politischen Rechte — Wahl- und Koalitionsrecht — illusorisch.

Für das Thema Kommunalpolitik ist der sehr sachkundige Stadtverordnete Genosse Hirtz gewonnen. Im Vordergrund steht hier die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinde, das vom Staate in reaktionärer und rüchthaltiger Weise beschränkt werde. Gegen diese unwürdige Bevormundung der Kommunen sowie gegen die Selbstherrlichkeit des Staates in diesen Dingen müsse entschieden Protest eingelegt werden.

Das Partiestatut dürfte lebhaft erörtert werden. Der Entwurf, dessen Annahme wohl erfolgen werde, beschließt, eine lose Landesorganisation für Preußen zu schaffen. Im Gegensatz dazu ist besonders Genosse Krons für eine straffe Zentralorganisation mit fest angestellten Beamten eingetreten, weil seiner Mei-

nung nach der Zeitung Aufgaben zufallen, die sich im Nebenamt nicht ausführen lassen. Redner beschäftigt sich eingehend mit den Anregungen des Genossen Krons und widerlegt auch den Vergleich mit den Landesorganisationen der süddeutschen Genossen. Dort sei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine gewisse Einheitlichkeit vorhanden, was für Preußen keineswegs zutrifft. Die Organisation muß aber den Landesverhältnissen angepaßt sein. Neue Arbeiten, die Krons den angestellten Sekretären der zu schaffenden Landesorganisation überweisen will, werden heute schon zur Zufriedenheit von den 20 Parteisekretären der Bezirke und Provinzen Preußens verrichtet. Was für Preußen organisatorisch notwendig ist, ist im Entwurf vorgesehen. Zu begrüßen sei besonders, daß der Preußentag nicht mehr nach Bedarf, sondern regelmäßig einberufen werden soll. Den Arbeiten des diesjährigen Preußentages sehen nicht nur im Lande, sondern alle Genossen des Reiches mit Spannung entgegen. Wünschen wir, daß er sich in seiner Bedeutung dem internationalen Kongreß und dem Essener Parteitag würdig zur Seite stellt. (Lebhafter Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht beliebt. Da Anträge ebenfalls nicht vorliegen, wird dem Statutenentwurf zugestimmt.

Bei der Delegiertenwahl zum Parteitag Preußens erhält Barm 244, Köderitz 198 und Reimann 152 Stimmen. Wendel und Wahlbatal bleiben mit 88 bzw. 40 Stimmen in der Minderheit. Nachdem noch Barm und Schwemke energisch zur stärkeren Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen aufgefordert, erfolgt Schluß der Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den dritten Reichstagswahlkreis tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Das Referat hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine. Nach Einweisen auf die allgemeine politische Situation, insbesondere auf die Volkswirtschaft und die durch sie geschaffenen verworrenen Verhältnisse, wandte er sich zu den Hauptpunkten der Tagesordnung des Preußentages. Die trockenen geschäftlichen Angelegenheiten würden in der Schaffung der preussischen Organisation zu ihrem Recht kommen. Was die nach dem bekannten Entwurf vorgesehene regelmäßige Wiederkehr von preussischen Parteitagen beziehungsweise Konferenzen angeht, so sei er nach den Erfahrungen des ersten Preußentages von ihrem Werte überzeugt. Den Delegationsmodus, daß sich die Zahl der Delegierten nach der Zahl der organisierten Genossen des Kreises in näher bestimmter Weise richten sollte, halte er nicht für praktisch. Er meine, man lasse es besser so, wie es für den deutschen Parteitag gelte: jeder Kreis erhalte das Recht, nach Belieben Delegierte zu schicken bis zur Höchstzahl von drei. Gerade bei den Preußentagen wäre es besonders wünschenswert, daß die Genossen aus den abgelegenen Landesteilen, wo die Organisation noch nicht so vorgeschritten sei, in möglichst großer Zahl erscheinen, um zu hören und zu lernen, um zu reden und anregend zu wirken. Die neue preussische Organisation solle in einer Spitze auslaufen. Sie persönlich sei der Meinung, daß alles vermieden werden müsse, was neben dem deutschen Parteivorstande eine Instanz schaffe, die unabhängig neben ihm, also unter Umständen gegen ihn arbeiten könnte. Eine zu große Ausstattung mit Befugnissen müßte dazu führen. — Der Entwurf wolle eine Kommission bilden, die über Preußen verstreut sei, mit der Aufgabe, daß nur ein Mitglied in Berlin zu sitzen brauche. Weil dies eine für die Geschäftsführung unbrauchbare oder schlecht brauchbare Behörde wäre, habe Genosse Leo Krons vorgeschlagen, einen richtigen preussischen Parteivorstand zu schaffen mit eigenen Beamten, und dem Reichs-Parteivorstand durch ein gewisses Einspruchs- und Mitbestimmungsrecht einen Einfluß zu sichern. Er halte den Vorschlag für nicht gut. Bei den preussischen Landtagswahlen habe uns der Parteivorstand trotz Schwierigkeiten mit dem nötigen Material versorgt. Es werde ihm leicht sein, auch diesmal uns zu versorgen. Der Parteivorstand sei ja in der Lage, die nötigen Hilfskräfte heranzuziehen. Ihm ein besonderes Zentralwahlkomitee zur Seite zu stellen, würde nicht sein. Und ein Sekretär für die Bearbeitung der Wahlangelegenheiten wäre anzustellen, möge es ständig oder nur vorübergehend sein. Schädlich aber wäre es, einen besonderen Parteivorstand zu schaffen für eine Politik, die längst erst mal betrieben werde. Es würde ein Topf sein, der erst einen Inhalt kriegen sollte. Die Organisation könne nicht die Politik schaffen, sondern die Politik müsse sich die Organisation schaffen. Eine besondere Leitung neben dem deutschen Parteivorstand zu setzen, liege vor der Hand kein Anlaß vor. Etwas anderes könnte es sein, wenn wir erst eine preussische Landtagsfraktion hätten, woraus sich besondere Pflichten ergäben. Dann wäre es möglich, daß man nicht ausläufe mit einem über ganz Preußen zerstreuten Landeskomitee. Möge sich dann die Kommission einen besonderen Sekretär anstellen oder der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie; jedenfalls sei es nicht angebracht, jetzt einen besonderen Parteivorstand nach dem Vorschlage Krons einzufügen. Er denke, man könne den Entwurfsentwurf, die Landeskommission betreffend, vorläufig annehmen und das andere der Zukunft überlassen.

Zu dem Punkt: „Die Staatsarbeiter und ihre Lage in Preußen“ streift Redner kritisch die preussische Eisenbahnpolitik und geht auf die prägnanten Ausführungen die fiskalische Arbeiterpolitik, die nicht nur nicht mäßig, sondern geradezu erbärmlich sei. Er gibt einige Beispiele aus dem reichen Tatsachenmaterial, das schon die Öffentlichkeit beschäftigt. — Zu: „Selbstverwaltung und Gemeinden“ betont er, daß es kein traurigeres Blatt in Preußen gebe als gerade dieses. Die „Selbstverwaltung“ hätten wir, aber wie sehr sie aus! Nicht nur in Schulfragen mische sich die Regierung ein, sondern an allen Ecken und Enden tue sie es. Es sei System darin. Man wolle die Selbstverwaltung „zermürben“, wie der moderne Ausdruck lautet. (Heiterkeit.) Die Stadtverwaltungen hätten schon so gut wie nichts zu sagen. Auf dem Kongreß der Gesellschaft für Sozialreform sei viel Gutes über das Thema gesagt worden. Allerdings habe man dort auch wieder mit einem im bürgerlichen Sinne „heilsamen Einfluß“ einer freien und wirklichen Selbstverwaltung auf die Sozialdemokratie geredet. Nun, man gebe uns recht viel Gelegenheit, und in der Selbstverwaltung nach unserer Ueberzeugung zu betätigen und überall ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Man würde dann sehen, daß nicht wir aufhören würden, Sozialdemokraten zu sein, weil nirgends unmittelbar sozialistische Ideen sich durchzusetzen ließen als gerade in der Selbstverwaltung in der Gemeinde usw. Nun sei gesagt worden, die Radikalen wollten gar nicht mitarbeiten. Er glaube erklären zu können, daß es mit Bezug auf die praktische Mitarbeit auf den in Betracht kommenden Gebieten keinen Unterschied zwischen radikalen und nichtradikalen Sozialdemokraten gebe. Es sei einer der wichtigsten Versuche der Leute von der Sozialreform, in der Sozialdemokratie einen Zwiespalt zu legen, der gar nicht vorhanden sei.

Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung seien wohl: „Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages“, und: „Die Wahlrechtsfrage in Preußen und die Landtagswahlen 1908“.

Sachlich getrieben Redner die geistreiche Wahlrechtstheorie des Herrn v. Bethmann-Hollweg, des „Philosophen auf dem Ministerfesse“, der ein Wahlrecht entdecken wollte, das „nach oben“ führt. Nach oben führe nur, meinte Heine dann unter anderem, das gleiche, geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht. In vierzigjähriger Praxis sei dies bewiesen worden. Aus stimmen Sklaven mache es Staatsbürger, aus gleichgültigen Philistern Leute, die für den Staat und was für ihn gut sei, mit ihrer Stimme einträten und dafür tätig wären. Dies Wahlrecht sei auch das beste Mittel, denen, die etwas können, den Einfluß zu sichern, der ihnen zukomme. Redner stellt in Gegenstand dazu das preussische Wahlrecht, das zur geistigen Inzucht und damit nach unten führe. Er begründete dies näher, ging mit der sommers liberal-konservativen Paarung scharf ins Gericht und zeigte an dem Verlauf der ersten Session des neuen Reichstags, daß aus der Volkspolitik nicht das geringste Gute herauskommen könne. — Die Volkspolitik habe die wirkliche Möglichkeit einer preussischen Wahlrechtsreform wesentlich verschlechtert. Für die Freisinnigen sei die Parole, die Entscheidung hinauszuschieben so

lange als möglich, wenigstens über die Landtagswahlen 1908 hinaus. Sie wollen noch einmal die Sonne der Hoflust genießen. Aus Furcht, bei der beschränkten neuen Wahlkreisteilung einige Siege zu verlieren, wollten sie sich die Nationalliberalen und Konservativen bis zu den extremsten Antisemiten warm halten. Von diesem Standpunkte betrachteten die Wortführer des Freisinn die Sache; daher ihre Entzweiung gegen alle Leute, die drängeln (Raumann, Barth usw.). Er sei fest überzeugt, daß auf der freisinnigen Konferenz auch nichts geschehen werde. Diese schöne Rechnung habe nur die eine schmerzliche Seite, daß spätestens 1912 die nächsten Reichstagswahlen stattfinden und daß dann dem Volk von uns die Rechnung präsentiert werde. Man könnte ja nun sagen: Lassen wir den Freisinn sich diskreditieren, soweit als möglich. Solche Vorkriegspolitik trieben wir aber nicht. Genosse Singer erklärte, wir unterstützen jede Partei, die den erblichen Versuch machen würde, in der Wahlreform vorwärts zu kommen. Da sei denn doch zu überlegen, daß die Angst vor dem Tag der Rache bei der nächsten Reichstagswahl doch vielleicht Einfluß bringen könne. Bei den Fischbeck, Rugsdanz usw. sei Einfluß ja nicht zu erhoffen, aber vielleicht doch ein Einfluß der Angst. Darum müßten wir mit aller Entschiedenheit die kleinen Anträge, die zu einer Verringerung der liberalen Lager zeigten, unterstützen. Man müsse immer wieder dem freisinnigen Vortage sagen, daß es selber den Schaden habe, wenn nicht mehr herausgeholt werde. Wir Sozialdemokraten brauchen uns ja nicht anzustrengen; wir wählten ja, was wir wollten und was wir zu tun hätten. — Was die Freisinnigen mit Billow abgemacht hätten, wählten wir nicht, könnten es aber ahnen. Wir wissen, daß einige der Freisinnigen darauf eingehen wollten, daß an der Wahlkreisteilung in Preußen nichts geändert werde. Das heiße, die Macht des Junkertums festlegen. Man müsse dem Bürger sagen, daß es keine Wahlreform gebe, die nicht den großen Städten an Vertretern gibt, was ihnen nicht bloß nach der Einwohnerzahl, sondern auch nach ihrer kulturellen Bedeutung zukomme. Eine ständische Vertretung der Agrarier sei angeklagt. Das ganze Bürgertum müsse scharf gemacht werden, denn das sei eine Verhöhnung der Städte zugunsten des Landwirts. Man wolle Pluralstimmen einführen und spreche von solchen für Besitz, Alter und Bildung. Redner charakterisiert näher die für Besitz als Klassenrechte, die für das Alter und für Bildung als unsinnig und albern. Es gebe auch alte Fasel, und wer im Alter reich an politischen Erfahrungen und politischem Wissen sei, werde so wie so einen größeren Einfluß haben. Andererseits sei Bildung noch keine politische Bildung und Reife. Wie überhaupt den Wahlkreis finden? Vom Einjährigexamen habe man gesprochen. Alles das müsse auch die Massen des Bürgerturns aufbringen gegen einen derartigen Handel. Wollte der Freisinn solchen Handel treiben, dann werde er Wasser auf unsere Mühlen setzen. — Redner geht dann auf Barth's neuesten Vorschlag ein, der Freisinn solle als Abschlagszahlung für den Bloß, die sofortige Einführung des geheimen Wahlrechts fordern. Er beleuchtet die Bedeutung des geheimen Wahlrechts und betont, daß uns das allein ja lange nicht genüge. Indessen, meint er, wenn der Freisinn selbst in diesem Punkte versage, dann könnten wir ihn auch vielen Angehörigen des Bürgerturns als Vertreter kennzeichnen. Er meine, auch unser Preußentag sollte der Konstantierung dienen, daß jetzt mehr denn je der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Freisinnigen zeigen könnten, ob sie überhaupt noch freisinnig sind. — Wir würden das unsere tun, den Kampf um das gleiche, geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht mit Energie zu führen, wie Singer sage. Das übrige müßten wir ihnen überlassen. Der preussische Parteitag werde neuen Einfluß, neue Macht und neue kulturfördernde Tätigkeit für unsere Partei einleiten. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Diskussion wurde ein Antrag der Bezirksführer angenommen, der eine Überberung des Entwurfs zur Organisation in Preußen dahin verlangt, daß jeder Wahlkreis zu den Preußentagen unter sich selbst bis zu drei Delegierten wählen dürfe. Als Delegierte wurden Gottfried Schulz, Karl Hölzli und Alexander Fröhlich sowie als Ersatzmann Günter gewählt.

Einmütig wurde unter großem Beifall folgende Resolution angenommen: „Die Versammelten sprechen dem Genossen Karl Liebknecht ihre Anerkennung für die kraftvolle und mutige Art aus, in der er in seinem Prozeß die Grundzüge und Ehre der Partei verfochten und die gegen ihn erhobene Anklage zu einer Anklage gegen den Militarismus und gegen die heutige Justiz gewendet hat. Der wahrhaft Verurteilte ist nicht Genosse Liebknecht, sondern der heutige Klassenstaat.“

Die Bezirksführerkonferenz stellt folgenden Antrag: „Die Parteigenossen protestieren aus das schärfste gegen die Teilnahme der badischen Genossen Kolb und Frank an der Leichenfeier des badischen Großherzogs.“

Der Antrag wird gegen mehrere Stimmen angenommen. Dagegen stimmt auch Genosse Heine. Er stellt fest, daß der Vorliegende keine Wortmeldung dazu übersehen habe. Er würde sonst gesagt haben, weshalb er sich verpflichtet halte, dagegen zu stimmen. Jetzt könne er es nicht mehr.

Vierter Wahlkreis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt die Versammlung der unermüdbaren Tätigkeit des verstorbenen Genossen Rotteler und ehrt ihn in der üblichen Weise durch Erhebung von den Söhnen. Sodann referiert Genosse Paul Singer über die Tagesordnung des preussischen Parteitages. Als wichtigste Aufgabe des Parteitages bezeichnet Redner die Aufgabe, eine Organisationsform zu finden, bei der die preussische Organisation auf keinen Fall mit der deutschen, der Organisation der Gesamtpartei, in Reibung und Widerspruch geraten könnte. Die preussische Landesorganisation müsse mit der deutschen Hand in Hand arbeiten, unter Zuhilfenahme des Zentralorgans der Partei. Auch heute schon werde ein großer Teil der Parteiarbeit von den preussischen Genossen geleistet, was ja auch schon in der Anzahl der preussischen Genossen seine Erklärung finde. Heute schon würden auch von den preussischen Genossen enorme Mittel zur Agitation in den minder entwickelten Landesteilen, wie in Posen, Ost- und Westpreußen, Pommern, Neudenburg, ja selbst im Rheinland usw. aufgebracht. Über auch die preussischen Genossen haben das Recht, für ihre besondere, spezifisch preussische Agitation und Organisation eine Zentralfeste zu schaffen. Weil aber die preussischen Genossen auch zugleich das Rückgrat der Gesamtpartei bilden, müssen sie um so mehr alles vermeiden, was diese irgendwie schädigen könnte. In unserer durch Klassenkämpfe zerklüfteten Zeit müssen aber auch alle Kräfte zusammengefaßt werden und allen Bestrebungen, die auf Zersplitterung hinausläufen, sei energisch Einhalt zu bieten, da sie der Arbeiterbewegung großen Schaden verursachen. Deshalb müßten aber auch alle partikularistischen Bestrebungen, die sich etwa geltend machen könnten, von vornherein bekämpft werden. Wir könnten von den preussischen Genossen verlangen, daß sie mit und für die Gesamtpartei alle Kräfte anstrengen würden. Nehme man nur einmal die Möglichkeit an, auch die preussischen Genossen wollten von jetzt an nur 20 Proz. ihrer Gesamtinnahme an die Gesamtpartei abgeben, so würde der schwerste Schaden für die Partei entstehen. Nach Landesgrenzen könnten die Ausgaben nicht festgesetzt werden, sondern nach dem Bedürfnis und dem Wohle der Gesamtpartei entsprechend. Die Aufgabe, die der Preußentag habe, sei, durch die Wahl des preussischen Landesvorstandes der Gesamtpartei und dem Parteivorstande ein wirkungsvolles Hilfsorgan an die Hand zu geben, natürlich ausgestattet mit all den Rechten, die das Organisationsstatut gestatte. Die Berliner Genossen haben diese Beschränkung ja auch schon früher, bei der Vertagung des preussischen Organisationsentwurfs anerkannt und gefordert, und er habe die Zuversicht, daß derselbe Geist auch die anderen Delegierten besitze. Neben der Organisationsfrage sei aber zweifellos die Frage des preussischen Wahlrechts die wichtigste, die zur Verhandlung komme. Wir stehen jetzt vor einem Kampfe, wie ihn die preussischen Genossen noch nicht geführt haben. Redner spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß es nicht einen einzelnen

Genossen in Preußen gebe, der nicht seine ganze Kraft und Energie einsetze, bis in diesem bedeutungsvollen Kampfe das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht errungen sei. Dieser Kampf werde an Dimension und an Opfern alle vergangenen Kämpfe weit in den Schatten stellen. Das preussische Volk sei in dieser Hinsicht noch der Varia unter den deutschen Volksgenossen. Bayern, Württemberg, Baden usw. haben das von uns geforderte Wahlrecht, deshalb sei dieser Kampf zugleich ein Kampf um die allgemeine Menschenwürde. Redner wolle keinen Vortrag halten über das Anrecht der preussischen Dreiklassenwahl, er erinnere nur an unseren ersten energischen Angriff. Neuer denkwürdiger Sonntag werde jedem Proletarier im Gedächtnis bleiben, der ihn mitgemacht habe. Die Klassenbewußten Arbeiter haben nur ein Hochschädeln übrig für die Vorbereitungen, die dozumal getroffen wurden, um das Volk bei Vertretung seiner elementarsten Rechte niederzuschlagen. Wir wollen uns aber auch von unseren ausländischen Genossen, wie den Oesterreichern, nicht beschämen lassen. Der Kampf sei aber auch kein Kampf des Augenblicks, sondern ein andauernder, der große Energie erfordere und darum müsse auch jeder Genosse Gut und Blut für diesen Kampf zur Verfügung stellen. Wir würden aber nach reiflicher Erwägung nur die Mittel anwenden, die uns notwendig erscheinen, denn bis jetzt seien dieselben noch keineswegs erschöpft. Alles, was die bestehenden Gesehe uns gefallten, werde anzuwenden sein. Freilich werden wir unsere Kräfte nicht unnützlich verschleppen und die Arbeiter mutwillig vor die Kleinlabrigen Gesehe stellen. Aber aus den vergangenen Kämpfen haben wir auch zu lernen und eine gewisse Richtlinie für diesen Kampf zu finden, werde Aufgabe dieses Parteitages sein. Redner erwähnt dann mit beifolgendem Spott die Wallfahrten der bürgerlichen Politiker der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken nach dem modernen Vella-Nordrethen. Authentische Nachrichten über etwaige Abmachungen fehlen freilich; denn die Konservativen hätten keine Ursache, schon jetzt einen Sturm der Entrüstung zu entfachen, und die sogenannten Freisinnigen hätten erst recht Ursache, zu schweigen. Der einzige Grundlag der Liberalen sei ja nur noch die Grundhabglosigkeit. Man stelle sich doch nur diese Payer, Wassermann usw. als eifrige Kämpfer für das allgemeine, gleiche Wahlrecht vor und man werde sofort das lächerliche dieser Situation einsehen. Wer auf eine Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien in diesem Kampfe rechne, sei ein ganz gefährlicher Illusionist. Das Proletariat müsse aber schon von dem heutigen Landtage mit aller Bestimmtheit die Wahlreform fordern. Wollte man überhaupt eine Reform, so müsse man sie auch gleich wollen. Aber es bestehe die Absicht, die ganze Angelegenheit zu verschleppen. Die Liberalen sollten doch einfach die Wahlreform fordern oder ihren Austritt aus dem Bloß erklären. Redner erläutert dann noch das Pluralwahlrecht mit seinen Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiterklasse und erklärt, daß die Sozialdemokratie auf ihren prinzipiellen Forderungen verharre und sich nicht abhandeln lasse. Aus diesem Grunde verlangten wir auch das Wahlrecht für die Frauen. Gätten wir aber erst das allgemeine Wahlrecht für die Männer, so sei auch der entscheidende Schritt für das Frauenwahlrecht getan. Wir dürfen uns auf keine Kompromisse einlassen, sondern müssen grundsätzliche Forderungen stellen, damit unser Schicksal blank und rein bleibe und in diesem Sinne sei unser Schlußruf: „Heran mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!“ Redner bespricht sodann noch den Vorschlag Dr. Barth's und die Stellung der Freisinnigen dazu. Er fordert auch die Gewerkschaften und die Frauen auf, sich unseren Forderungen anzuschließen, damit der Kampf die Macht und den Umfang erreicht, die notwendig seien, um zum Siege zu gelangen. Es heiße jetzt, eine verdoppelte Agitation zu entfalten, dann würden auch die Berliner einige Mandate erobern. Zum Schluß bespricht Redner noch kurz die letzten Punkte der Tagesordnung: „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ und „Selbstverwaltung und Gemeinde“, um an einigen Beispielen zu zeigen, wie auch dabei noch alle Arbeit vor uns liegt. Er geht auf die reaktionäre Politik der Regierung gegen die Staatsarbeiter, die nicht nur unmäßig ausgebeutet, sondern auch noch zu politischen Delikten entwürdigt wurden. Anstatt die Staatsverwaltungen zu Musterwerkstätten zu machen, werden alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt mit dem Hinweis auf die Lage der Arbeiter in der Privatindustrie, die nicht überboten werden dürfe. Auch aus seinen reichen Erfahrungen über die Selbstverwaltung in den Städten gibt Redner einiges zum besten. Er könne jetzt bald sein 25jähriges Jubiläum als Berliner Stadtverordneter feiern; aber leider könne er nur sagen, daß die Selbstverwaltung der Städte ein Märchen sei, was er an einigen Beispielen illustriert.

Lebhafter Beifall lohnte den Redner. Ein Änderungsantrag zum § 10 des Organisationsentwurfs, der fordert: „Die Landeskommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorstand, bestehend aus fünf Personen, und zwar einem ersten Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer und zwei Beisitzern. Dieser Vorstand hat seinen Sitz in Berlin“, wird abgelehnt, nachdem sich Genosse Paul Hoffmann dagegen ausgesprochen. Ohne Diskussion wird sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis erwartet von den für den preussischen Parteitag zur Vertretung des Kreises gewählten Delegierten, daß sie bei Behandlung des 1. Punktes der provisorischen Tagesordnung, Organisation für Preußen, ihr Verhalten und ihre Abstimmung ganz im Sinne der von Genossen Singer dargelegten Auffassung einrichten und den von der Organisation Groß-Berlins vorgelegten Entwurf zur Annahme verhelfen, da sie nur dadurch ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Landes- und Parteioorganisation gewährleisten sieht.“

Fünfter Wahlkreis.

Im Alten Schützenhause fand die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den fünften Wahlkreis statt. Das Referat erstattete Genosse Liepmann. Er führte unter anderem aus: Der bevorstehende preussische Parteitag werde der Eingangspunkt zu unseren Wahlrechtskämpfen in Preußen sein. Aber der Parteitag habe auch die Aufgabe, ein Organisationsstatut für die Partei in Preußen zu schaffen. Der Redner besprach den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf. Im Anschluß an diesen Entwurf habe sich eine Diskussion über die Form der preussischen Parteioorganisation entsponnen. Einwendungen seien gegen den Entwurf gemacht worden, deren wesentliche dahin gehe, daß für Preußen eine selbständige Parteioorganisation geschaffen werde, die unabhängig vom deutschen Parteivorstande sein solle. Der Entwurf sehe dagegen eine Organisation vor, welche den deutschen Parteivorstand nicht für die preussischen Angelegenheiten ausschaltet, sondern in enger Fühlung mit ihm arbeitet. Nicht eine Sonderorganisation solle für Preußen geschaffen werden, sondern eine Organisation, deren Leitung sich dem deutschen Parteivorstande angliedert und nur die besonderen preussischen Angelegenheiten zu erledigen hat. Zur Begründung der Vorschläge, welche die Schaffung einer von der deutschen Parteileitung völlig abgeordneten Organisation bezwecken, sei auch gesagt worden, der Parteivorstand habe versagt. Diese Annahme sei völlig unbegründet. Einen Fehler habe der Parteivorstand ja gemacht, nämlich den, daß er nicht unmittelbar nach der Aufhebung des vereinsgesetzlichen Verbotsverbotens an die Schaffung einer geschlossenen Parteioorganisation gegangen sei und doch wir erst bis zum Jänner Parteitage warten müßten, ehe die Zentralorganisation der Partei für ganz Deutschland beschlossen wurde. Wir hätten die Zentralorganisation seit 1900 haben können, und dann wären die Fortschritte unserer Organisation bedeutend größer gewesen als jetzt, wo wir die Zentralisation erst kürzere Zeit haben. Im übrigen habe der Parteivorstand gezeigt, daß er volles Vertrauen verdiene. Man könne ihm deshalb die Geschäfte der preussischen Parteioorganisation ohne Bedenken übertragen. Die Durchsicht des letzten Jahresberichts des Parteivorstandes lasse erkennen, daß die Partei in Preußen unter der Leitung des Parteivorstandes recht gut fortgekommen sei. Im letzten Geschäftsjahre seien für Preußen ausgegeben 510 028 M. Eingegangen seien aus Preußen 246 600 M.;

so daß also Preußen aus den Einnahmen der Gesamtpartei einen Zuschuß von 208.420 M. erhalten habe. Dieser Zuschuß stamme aber hauptsächlich aus Geldern, die von Groß-Berlin aufgebracht worden seien, denn 374.000 M. seien der Parteikasse aus Berlin zugeflossen. Berlin habe also mit seinem Gelde nicht nur Preußen aufrechterhalten, sondern noch darüber hinaus die Parteigenossen unterhalten. — Offensichtlich werde der preussische Parteitag den von der Kommission ausgearbeiteten Organisationsentwurf annehmen, was einen großen Schritt nach vorwärts bedeuten würde. — Als zweiter Punkt stehe auf der Tagesordnung des Parteitag die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages. Wenn wir von der bisherigen Tätigkeit des preussischen Landtages sprechen, so entrolle sich vor unseren Augen ein wahres Jammerbild. Der Redner ging auf die Entstehungsgeschichte der preussischen Verfassung und des zurzeit noch herrschenden preussischen Dreiklassenwahlrechts ein. Er zeigte, wie es die Reaktion von jeher verstanden hat, ihren Willen durchzusetzen, ohne daß sie bei den Liberalen auf ernstlichen Widerstand gestoßen wäre. Nichts haben die liberalen Parteien getan, um das elende Wahlrecht, welches dem Volke aufgezerrt worden ist gegen Gesetz und Verfassung, welches deshalb noch keinen Augenblick zu Recht bestand, wieder zu Falle zu bringen. Noch nie haben die Liberalen für die Rechte des Volkes etwas getan. Es sei ein großer Fehler unsererseits, daß wir die freisinnige Partei nicht längst hätten verschwinden lassen. Nur mit unserer Hilfe habe sich diese Partei noch am Leben erhalten können. Der Essener Parteitag habe ja die Anträge auf Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Besser wäre es gewesen, wir hätten einen Parteitag beschickt, der uns verpflichtet, keine bürgerliche Partei bei Stichwahlen zu unterstützen. Dann wäre es aus mit der freisinnigen Partei, und den wirklich demokratisch Gesinnten, die jetzt mit dem Freisinn gehen, bliebe nichts übrig, als sich der Sozialdemokratie anzuschließen. — Wir werden die Freisinnigen jetzt im Wahlrechtskampfe gewähren lassen, aber erwarten können wir von ihnen nichts. Wer auf den Wahlrechtskampf der Freisinnigen auch nur die bescheidensten Hoffnungen setzt, der ist mit Blindheit geschlagen. Der Wahlrechtskampf wird mit Entschiedenheit und Nachdruck nur von unserer Partei geführt werden. — Bei der Besprechung des Parteitag über die Landtagswahlen im Jahre 1908 werde es sich darum handeln, allgemeine Richtlinien für unsere Taktik festzusetzen. Wir würden es nicht wieder so machen wie 1903, wo wir unsere Pläne im voraus bekannt gaben und dadurch den Gegnern die Möglichkeit gaben, sie zu vereiteln. Es sei auch nicht angebracht, auf den Wahlenden unsere Taktik zu diskutieren. Das werde unterbleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dagegen eingemeldet werde, es verhoffe gegen die demokratischen Grundzüge. Es genüge, wenn der Parteitag der Parteiteilnahme allgemeine Richtlinien vorzulegen, nach denen dann die Taktik des Wahlkampfes im einzelnen bestimmt werden könne. Zum Parteivorstand könne man das Vertrauen haben, daß er in dieser Hinsicht das Richtige treffen werde. — Nach einer kurzen Beleuchtung der beiden letzten Punkte der Tagesordnung des Parteitag sprach der Redner zu dem Schluß: Der preussische Parteitag werde eine Organisation für Preußen schaffen, er werde lebhaften Anstoß zur Agitation geben und vor allem unseren Wahlrechtskampf einleiten. Wenn an die Parteigenossen der Ruf ergeht, sich in den Kampf zu begeben für die Erringung eines demokratischen Wahlrechts in Preußen, dann muß jeder auf dem Posten sein, eingedenk des Dichtervortes: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los, wer legt noch die Hände feig in den Schoß?“ (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm nur ein Redner das Wort, der ebenso wie der Referent das jämmerliche Verhalten des Freisinnis kritisierte.

Als Delegierte zum preussischen Parteitag wählte die Versammlung die vom Vorstände vorgeschlagenen Genossen Wels, Friedländer und Schadow.

Sechster Wahlkreis.

In der Versammlung, die den großen Saal von Ballschmiedern in der Bodstraße füllte, wurde zuerst die Wahl der Delegierten zum preussischen Parteitag vorgenommen. Gewählt wurden die Genossen F. H. Row, Hönisch und Albert Werth. Sodann gab der Vorsitzende Freythaler eine kurze Uebersicht über die Tagesordnung des Parteitag. Er skizzierte den Statutenentwurf für die preussische Organisation und hob besonders hervor, daß bei der Ausarbeitung Rücksicht darauf genommen wurde, daß Reibungsflächen zwischen der Landesorganisation und der Gesamtpartei vermieden werden. Der gemeinsam mit dem Parteivorstand berathene Entwurf sei ja den Einzelorganisationen zugestellt worden und diese hätten ihm im wesentlichen zugestimmt.

Hierauf sprach Genosse Ledebour über den preussischen Parteitag. Er führte aus, daß mit den Reichstagswahlen die politische Lage in Preußen-Deutschland sich insofern verändert habe, als die freisinnigen und konservativen Parteien den Regierungsbund schlossen, der seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt. Seit den Wahlen habe sich jenes Verhältnis der Liberalen zur Regierung nicht etwa gelockert, sondern vielmehr noch befestigt, obwohl die Regierung den besonderen Wünschen der Freisinnigen nicht entgegengekommen sei. Was sie auf Nordernern mit der Regierung ausgemacht haben, sei ja lüchelig Geheimnis der Herren. Für und komme nun besonders die Bedeutung des Wotzes für die Landtagswahlen in Betracht. Bei der auf dem Parteitage in Mainz 1900 angenommenen Resolution über die Wahlbeteiligung sei man von der Voraussetzung ausgegangen, daß bei den Abgeordnetenwahlen die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien möglich wären. Die Entwicklung habe nun gezeigt, daß die Genossen, die die Freisinnigen überhaupt nicht für bündnisfähig mit der Sozialdemokratie hielten, recht hatten. Das sei schon bei der Landtagswahl von 1903 hervorgetreten, als die Freisinnigen Mandate preisgaben, die sie mit Hilfe der Sozialdemokratie hätten gewinnen können, und damit zeigten, daß sie schon alle demokratischen Instinkte verloren hätten. Nun, nachdem sie den berühmten Bund geschlossen, verachteten ja die Freisinnigen nur noch durch Verhandlungen mit der Regierung die „liberalen“ Interessen zu fördern, aber nicht etwa mit Hilfe der Sozialdemokratie irgendwelche ihrer Forderungen durchzusetzen. Daraus gehe wieder deutlich hervor, daß wir ausschließlich auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, was aber keineswegs ein Nachteil, sondern vielmehr gut für die Partei sei, die, seit an ihren Grundzügen haltend, ihr Ziel verfolgt. Daß die Reaktion, gestützt auf den Wotz, stärker geworden ist in Deutschland, dafür habe man ja eine Fülle von Beweisen. Mit größter Schärfe und Ueppigkeit werde gegen die Volksworte vorgegangen. Nicht in den reaktionären Regierungsmahnahmen selbst zeige sich die eigentliche Stärke der Reaktion, sondern darin, wie sie von der großen Masse der herrschenden Parteien ausgeführt werden. Der Redner erinnerte an die Ausbreitung der Reaktion gegen die Genossen Pannetoe und Hilferding, eine Folge ihrer rein wissenschaftlichen Tätigkeit an der Parteischule; an die erbärmliche Haltung, die die freisinnige und sonstige bürgerliche Presse dieser reaktionären Maßregel gegenüber eingenommen hat, und äußerte sich dann über die Rechtspflege. Die Richter sähen ja nicht ihre Aufgabe darin, die Rechte des Volkes zu wahren, sondern fühlten sich als Teile der Bureaucratie; nicht als Volksworte, sondern als Justizbedienstete, Angehörte des Staates mit der Verpflichtung, im Interesse des Staates einzuschreiten, wo versucht wird, der geltenden Rechtsordnung Opposition zu machen. Der Redner erwähnte den Strafentwurf wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Königsberger Volkszeitung“, der bekanntlich wegen Veröffentlichung historischer beglaubigter Tatsachen gestellt wurde, die sich auf Friedrich Wilhelm III. und die Königin Luise beziehen. Darin zeige sich wiederum, daß, was wir gesunden Menschenverstand nennen, den Justizbeamten offenbar als beschränkter Intelligenzverstand erscheint. Das trat auch in dem Prozeß Liebknecht zutage. Die ganze Sozialdemokratie sei von Freude erfüllt darüber, daß der Genosse Karl Liebknecht so manhaft sei, und tapfer die Angriffe bekämpfe hat, sich auch nicht abschrecken ließ dadurch, daß der höchste Anklagebeamte Justizhausstrafe gegen ihn beantragte, sondern nur umso schärfer seinen sozialdemo-

kratischen Grundzügen Ausdruck gab. Wenn irgend etwas imstande sei, den Kampf gegen den Militarismus mächtig zu fördern, so sei es gerade dieser Prozeß, der der sozialdemokratischen Agitation einen gewaltigen Impuls gegeben habe, der aber auch wiederum gezeigt habe, wie die uns gegenüber stehende Presse gänzlich verrotte. Haben sich doch die bürgerlichen Blätter mit wenigen Ausnahmen ganz lächlich benommen. Welchen Wert der Prozeß für die Partei habe, werde erst recht klar werden, wenn das Urteil schriftlich ausgefertigt vorliegt. Die Regierung suche nun den Wotz zu schärferen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, gleichsam Versuchsproben mit der Wotzbrücke anzustellen. In dieser Beziehung bedeute es gar nichts, daß einzelne Mitglieder der freisinnigen Parteien zu einem energischen Vorstoß für das allgemeine Wahlrecht Propaganda machten. Bei der Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe sei es ganz natürlich, daß die bürgerlichen Massen die dadurch gewonnene Auffassung auch auf das politische Gebiet übertragen, daß die bürgerlichen Parteien sozialistenfeindlicher werden. Um so mehr sei bei den nächsten Landtagswahlen ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen. Den bevorstehenden Parteitag der preussischen Sozialdemokratie werde ja nun vor allem die Wahlrechtsfrage beschäftigen. Die geringen Änderungen der Wahlrechtsordnung, die Verlegung Berlins in 12 Wahlkreise mit je einem Abgeordneten machten es wohl möglich, zwei bis drei Kandidaten aus eigener Kraft durchzuführen, und das sei besser als die doppelte Zahl von vielleicht mit bürgerlicher Hilfe gemonnener Mandate. In der Wahlrechtsfrage müsse man nun damit rechnen, daß die bürgerlichen Parteien irgend einem Vergleiche zustimmen, vielleicht einem Pluralwahlrecht mit künstlicher Entzerrung des Volkes. Daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien das allgemeine gleiche Wahlrecht geben, sei ja ganz ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie werde selbstverständlich an dieser Forderung wie an der des allgemeinen Frauenwahlrechts festhalten und sich nicht mit solchem faulen Zauber begnügen. — Zu dem Punkt: „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ äußerte sich der Redner über die erbärmliche Lage und Rechtlosigkeit dieser Arbeiter und hob hervor, daß der Genosse Legien als Referent ganz besonders imstande sein wird, hierüber Aufklärung zu geben. Zur „Selbstverwaltung in Gemeinde und Staat“ bemerkte der Redner, daß es so etwas wie Selbstverwaltung in Preußen eigentlich nicht gibt. Darauf müsse immer wieder hingewiesen werden. Er schildert treffend das System der Bureaucratie, den Vorgesetzten, die Bevormundung des Volkes durch ein Heer von der Regierung abhängiger Beamter. So wichtig diese und andere Punkte seien, so sei es doch die Hauptsache bei dem ganzen Parteitage, daß er eine gewaltige Demonstration für das allgemeine Wahlrecht werde. Hierfür müsse das ganze Volk seine Kraft einsehen. Unmöglich sei nichts für ein Volk, das seinen Willen durchsetzen will. Auf schwere Kämpfe müsse man vorbereitet sein, eventuell den politischen Massenstreik anwenden. (Lebhaftes Bravo!) Man höre es oftmals ausprechen, das Volk sei nicht reif für das allgemeine Wahlrecht. Wenn aber irgendeine Klasse gezeigt habe, daß sie politisch nicht reif ist, so die bürgerlichen Parteien Deutschlands, die, was politische Bildung und Mut anbetrifft, tief unter den bürgerlichen Parteien anderer Länder stehen, welche wenigstens in früheren Jahren den Kampf gegen den Absolutismus siegreich durchgeführt haben. In Deutschland sei die Arbeiterchaft in diesem Kampfe, wie in dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht in Preußen, allein auf sich angewiesen. Nur in unserem eigenen Kampfe mut und Entschlossenheit liege unsere Kraft. Wir mühten zeigen, daß wir es ernst meinten. Sicherlich würden, wenn es gelte, dies zu beweisen, auch die Genossen vom sechsten Kreise an der Spitze marschieren. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion sprach Genosse Wuffe, der seiner Entrüstung über die Verurteilung Liebknechts wie seiner Freude über dessen mannhaftes Verhalten lebhaften Ausdruck gab. — Zum Parteitag lag ein Antrag des Genossen Louis Rieker vor, der eine Petition für das allgemeine Wahlrecht zum Ziele hatte. Der Antrag wurde jedoch zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß ein solcher Antrag nicht wie gewünscht, erst in der Versammlung gestellt, sondern vorher hätte eingereicht werden sollen, und ja im übrigen auf dem Parteitag über die Mittel zur Erringung des Wahlrechts gründlich beraten werden solle.

Zum Schluß forderte Genosse Freythaler zur eifrigsten Beteiligung an den Arbeiten für die Partei für den „Vorwärts“ wie für die Kommunalwahlen auf. Bei der bevorstehenden Wahlrechtsbewegung solle jeder mit voller Kraft eintreten, sich ganz in den Dienst der Propaganda stellen, um so in jeder Hinsicht die Ziele der Partei, damit auch die Ziele des Proletariats der ganzen Welt, zu fördern. — In diesem Sinne schloß die Versammlung mit rauschenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

Der Metzgerboykott vor dem Mannheimer Schwurgericht.

Telegraphischer Bericht.

Unter gewaltigem Andrang fand am Mittwoch eine Verhandlung wegen angeblichen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung vor dem Mannheimer Schwurgericht gegen die Genossen Pilowski und Nagel statt. Der Prozeß betrifft eine gemeinschaftlich und politisch sehr wichtige Frage. Die Angeklagten sind beschuldigt, durch Flugblätter, die namens der Genossen zum Boykott gegen Metzger aufzuforderten, um vorhandene Mißstände zu beseitigen, den § 153 der Gewerbeordnung verletzt zu haben, weil die Flugblätter suchten, andere durch Erbreuerung für die Verabredungen gefällig zu machen, die auf Besserung insbesondere der Logis- und Wohnverhältnisse und der hygienischen Einrichtungen bei einer Reihe von Schlächtern abzielten.

Die Angeklagten Pilowski und Nagel schützten den Sachverhalt. Nagel, Gewerkschaftssekretär, war von den mit den vorhandenen Mißständen unzufriedenen Gesellen zum Eingreifen aufgefordert. Alle Versuche scheiterten aber an dem Widerstand der Metzger. Die Verurteilung der Forderungen ergab sich aus dem zum Teil geradezu erbärmlichen Wohnungsverhältnissen, besonders bei der Großfirma Zimmhoff, die 26 Gesellen beschäftigt, von denen 12 im Hause des Meisters schlafen. Wiederholt ist der Meister wegen Verstoßes gegen die polizeilichen Wohnvorschriften mit Geldstrafen bis 150 M. bestraft. Die Gesellen klagten über das Essen, über Ungeziefer und über die Räumlichkeiten: in ein Zimmer regnete es hinein. Da ähnliche Zustände auch bei anderen Meistern herrschten, kam es zur Forderung der Aufhebung des Logis- und Logiszwanges und der Anerkennung der Organisation. Da aber trotz der Abmachungen des Obermeisters der Metzgerinnung, Stadtrats Groß, der Innungs Vorstand sich nicht zu Verhandlungen herbeiliess, vielmehr neue Maßregelungen vornahm, kam es zum Boykott erst gegen Zimmhoff, dann gegen mehrere Firmen. Die Zeugenerklärung bestätigte das von den Angeklagten entworfene Bild. Einige noch jetzt bei Zimmhoff beschäftigte Gesellen erklärten, nach dem Boykott sei es besser geworden, vor allem sei dann für ausreichende Waschl- und Reinigungsgelegenheit gesorgt. Der Staatsanwalt Jungmann verfolgte die Ansicht, daß entsprechend der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts § 153 der Gewerbeordnung so auszuulegen sei, daß auch andere, zur Gruppe der Besserung der Arbeitsbedingungen erstrebenden Gesellen nicht gehörigen Verionen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung beeinträchtigt werden könnten und plädiert auf schuldig. Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Dr. Franz legt dar, daß der Gesetzgeber nur die Beeinträchtigung der gleichen Gruppe Angehöriger, also Arbeitnehmer durch Arbeitnehmer, oder Arbeitgeber durch Arbeitgeber im § 153 der Gewerbeordnung gemeint haben könne und gemeint hat und verlangt Freisprechung.

Nach einer Beratung von kaum zwanzig Minuten werden die Schuldfragen von den Geschworenen verneint, und darauf

beide Angeklagten freigesprochen, die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Die Geschworenen — in Baden urteilen über alle durch die Presse begangenen Straftaten Geschworene — haben damit die von uns wiederholt abfällig kritisierte ausdehnende Rechtsprechung des Reichsgerichts in betreff des § 153 der Gewerbeordnung zurückgewiesen und gleichzeitig die Berechtigung des Boykotts zur Unterstüzung der um Besserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfenden Gesellen anerkannt.

Aus Industrie und Handel.

Fiskus und Kohlenyndikat.

Ruf schon der Beschluß des Kohlenyndikats, die bisherigen Preise auch für das nächste Jahr aufrecht zu erhalten, Unwillen, Empörung hervorzurufen, um so mehr noch die Haltung des Fiskus als Kohlenkäufer. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte vornehmlich eine Notiz, die offensichtlich von der Absicht diktiert war, das Publikum schonend auf einen großen Sündenfall vorzubereiten. Es wurde mitgeteilt, das Kohlenyndikat hätte sich mit dem Fiskus bezüglich der neuen Kohlenabschlüsse für die Staatsbahn auf einer mittleren Linie geeinigt. Wie die mittlere Linie aussah, wagte man noch nicht bekanntzugeben. Der „Börsen-Courier“ konnte allerdings schon mitteilen, daß der Fiskus in Rücksicht auf die gestiegenen Löhne einen etwas höheren Preis bewilligt habe. Das Kohlenyndikat war so kühn, angesichts der veränderten Marktlage für die privaten Abnehmer die alten Preise aufrecht zu erhalten, der Fiskus war noch kühner: er bezahlte noch über die bisher hohen Preise hinaus. Und es ist ein ganz ansehnlicher Zuschlag. Das Wolffsche Telegraphenbureau teilt heute folgendes mit:

Nach einer Information der Rhein-Westfälischen Zeitung, wurde bei dem jüngsten Abschluß der preussischen Staatsbahnverwaltung mit dem Kohlenyndikat ein Mehr von etwas über 1 Mark per Tonne erzielt. Für Kohlen, Stoks und Bricketts als Ganzes genommen, wird die Erhöhung etwa 1,25 M. betragen.

Die Abschlässe gelten für drei Jahre. Für diese Zeit hat das Syndikat die hohen Preise gesichert. Was die Verurteilung auf die gestiegenen Löhne anlangt, so braucht nur auf die äußerst günstigen Geschäftsabschlüsse der Vergewerkschaften hingewiesen zu werden, um darzutun, daß eine Erhöhung der Preise durchaus nicht gerechtfertigt ist. Der Fiskus hat zur Verteidigung seines Bewilligungserlasses anders keine Entschuldigung als die, daß er nicht wagt, den Kohlengehaltigen den Gehorsam zu versagen. Vielleicht hat diesmal auch noch die Wotzpolitik bei dem Handel mitgespielt. Es ist auf Kosten der Steuerzahler das gleiche Spiel entriert worden wie im Jahre 1900. Die Kohlenproduzenten hatten es verstanden, durch Beeinflussung der Presse und die Politik des Syndikats, die Angst vor einer Kohlennot auszulösen. In geschickter Weise wurde dazu auch die Reichstagsdebatte benützt. Der Abgeordnete Hilke erklärte „beruhigend“, das Kohlenyndikat werde alles ausbieten, die Kohlenknappheit nicht zu einer Kohlennot auszuwaschen zu lassen. Nach wenigen Tagen hatte das Syndikat einen Abschluß mit dem Fiskus in der Tasche, der „unter Berücksichtigung der Verhältnisse“ einen erhöhten Preis festlegte. Und kurze Zeit darauf ordnete das Syndikat die erste Förderbeschränkung an! Daß auch jetzt schon eine Abschwächung auf dem Kohlenmarkt vorhanden ist, ist wahrlich kein Geheimnis mehr, man braucht sich auch nicht zu wundern, wenn das Kohlenyndikat demnächst Förderbeschränkung beschließt. Der Fiskus hat sowohl bei seinen Abschlässen mit dem Stahlverbande, als auch mit dem Kohlenyndikat die Interessen der Steuerzahler und die der Konsumenten gründlich verlegt.

Kochkonjunktur in der Zementindustrie. Die jetzt herauskommenden Dividendenberechnungen aus der Zementindustrie zeigen durchweg ein starkes Ansteigen der Gewinnsurbe. Die Dividende des Germania-American-Portland-Zementwerks für das am 30. v. M. zu Ende gegangene Geschäftsjahr ist mit 20 Proz. in Aussicht genommen. Die Hemmoor-Portland-Zementfabrik verteilt für dieses Jahr 9 Proz. (im Vorjahre 0). Für andere Werke liegen folgende Schätzungen vor:

Leutonia, Wismburger Zementfabrik circa 20 Proz. (im Vorjahre 15 Proz.).
Vortwähler Portland-Zementfabrik 17 Proz. (13 Proz.).
Norddeutsche Portland-Zementfabrik 11—12 Proz. (9 Proz.).
Bunstorfer Portland-Zementfabrik circa 8 Proz. (5 1/2 Proz.).

Die Kochkonjunktur in der Zementindustrie war auch das Signal für neue Konzentrations- und Organisationsbestrebungen. Die Sprengung des Zementyndikats, das pilgertartige Entstehen neuer Werke, die außerordentlich forcierte Vergrößerung der meisten alten Fabriken, alles das zeitigte anfanglich einen wilden Wettlauf und niedrigere Preise. Es kam dann zu einer Verständigung zunächst unter den benachbarten Fabriken. Das Ende war eine Gruppierung nach den einzelnen Gebieten, und zwar bildete sich eine hannoversche, eine unterelbische, mit Deutsche, rheinisch-westfälische, süddeutsche, Berliner und Stettiner Gruppe, die nun sämtlich seit etwa drei Jahren bestehen (eine schlesische Gruppe besteht schon länger). Diese Gruppierung, die mit dem Abschluß eines Kartellvertrages zwischen den einzelnen Verbänden gekrönt wurde, erwies sich der konzentrierten Einzelherzeugung günstiger als das frühere Syndikat, in dem ohne irgendwelche Untergruppierung alle deutschen Zementwerke zusammengeschlossen waren.

Zuletzt sieht die Erneuerung der einzelnen Konventionen, wie auch der Kartellvereinbarung zur Diskussion. Die Verhandlungen über die Erneuerung der hannoverschen Kartellvereinbarung der Zementwerke sind bereits von Erfolg gekrönt. Es stehen nur noch einige Werke außerhalb der Vereinigung, so Hardegen, Harzer Kalkindustrie usw. Jedoch diese haben sich auf dem Gebiete der Ergründung nicht als Störenfriede gezeigt. Bei der im September erfolgten Verbindung von 1.000.000 Kilogramm durch die Stadt Hamburg hat beispielsweise Hardegen ein Gebot von 8,23 M. abgegeben, das höher war als die Forderung des Sineburger Werkes, das mit dem Gebot von 8,10 M. pro 100 Kilogramm den Auftrag erhielt. Von den neu gegründeten Werken wie der Harzer Kalkindustrie, wird man ebenfalls den Anschluß an die Vereinigung zu erwarten haben. Die dahinter stehenden Konkrete, die hier wie überall dem „freien Spiel der Kräfte“ das Grad schaukeln, sind auch bei den anderen großen Zementwerken interessiert und werden keinesfalls einen Konkurrenzkampf zulassen. Ebenso wird der einige Wille zur Vereinerung wohl schließlich zu dem erneuten Abschluß der Kartellverträge führen, der auf einer in Bockum abgehaltenen Gesellschafterversammlung einfließen auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Harpener Bergbau.

Die größte „reine“ Vergewerkschaft „Harpener Bergbau“, hat für das letzte Jahr mit einem Bruttogewinn von 21,8 Millionen Mark abgeschlossen. Die Ergebnisse der beiden letzten Jahre veranschaulicht folgende Tabelle:

Arbeiterzahl	Bruttogewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Durchschnittslohn pro Schicht	Reingewinn p. Arbeiter	
1905/6	25.085	20.548.833	8.422.930	8.649.326	4,28	845
1906/7	25.867	21.807.008	9.281.843	9.449.560	4,91	876

Aus dem Reingewinn wurden im Vorjahre 11 Proz. Dividende verteilt, für das letzte Jahr erhalten die Aktionäre 12 Proz. Das Aktienkapital beträgt 72.200.000 M. In den beiden letzten Jahren ist ein Viertel des gesamten Aktienkapitals abgeschrieben worden.

A. WERTHEIM

PORZELLAN

Besonders preiswert:

Weiss		
Speiseteller	tiefl 18 Pz.,	flach 11 Pz.
Dessertteller	10 Pz.	
Kompotteller	8 Pz.	
Terrinen	90 Pz.,	1.35, 1.60 Mk.
Kartoffelschüsseln	mit Deckel	68, 85 Pz.
Saucieren	45 Pz.	
Bratenschüsseln	oval	18 bis 68 Pz.
Kompottieren	20, 30, 35, 38 Pz.	
Kaffeekannen	30, 45 Pz.	
Teekannen	38 Pz.	
Milchtöpfe	8, 10, 15 Pz.	
Tassen	9 Pz.	
Salatieren	Satz 6 Stück	1.05 Mk.
Ein grosser Posten		
Puddingformen	12, 16, 20, 25 Pz.	

Bunt		
Kaffee-Service	8 tellig	4 Mk., 4.50, 6 Mk.
Kaffee-Service	16 tellig	6 Mk., 7.75, 8.50
Kuchenteller	1 Mk.,	1.15 Mk.
Tassen	20, 26, 33, 38 Pz.	
Dessertteller	15, 18, 30, 35 Pz.	

Weiss		
Neu eingeführt		
Weisses Feston-Tafelgeschirr		
Erstklassiges Fabrikat		
Speiseteller	tiefl und flach	38 Pz.
Dessertteller	25 Pz.	
Kompotteller	17 Pz.	
Terrinen	rund und oval	2.85, 4.50, 5.60 Mk.
Kartoffelschüsseln	rund	1.20, 1.60, 2 Mk.
Kartoffelschüsseln	oval	2.40, 3 Mk.
Saucieren mit Henkel	1.20, 1.60 Mk.	
Saucieren ohne Henkel	80 Pz.,	1.20 Mk.
Bratenschüsseln	oval	50 Pz. bis 4.80 Mk.
Bratenschüsseln	rund, tiefl und flach	2.25 Mk.
Salatieren	viereckig	30 Pz. bis 1.90 Mk.

Bunt		
Leuchter	25 Pz.	
Fruchtschalen	1 Mk.	
Geleedosen mit Fruchtdekor	45 Pz.	
Butterdosen	42, 58, 85 Pz.	
Hyazinthentöpfe weiss	32 Pz., m. Goldrand	45 Pz.

Tafelgeschirr		
geschweifte Form mit rotem Bandmuster und Goldverzierung		
Service für 6 Personen	30 tellig	18 Mk.
Service für 12 Personen	60 tellig	35.50
Service für 12 Personen	78 tellig	52 Mk.
Einzelpreise:		
Speiseteller tiefl und flach	40 Pz.	
Dessertteller	35 Pz.	
Kompotteller	28 Pz.	
Salatieren	45 Pz. bis 1.60	
Saucieren mit Henkel	1.20, 1.50	
Bratenschüsseln oval	58 Pz. bis 2.20	
Terrinen	3.60, 4.50	
Kartoffelschüsseln	2.25, 2.70	
Beleggeschüsseln	48 Pz.	
Salz- u. Pfeffergefässe	35 Pz.	
Senfgefässe	95 Pz.	

GLAS

Bierbecher mit Goldrand	7, 10, 15 Pz.
Bierbecher mit Bordüre	12 Pz.
Butterdosen	15, 24, 28 Pz.
Butterkugelständer gepresst	25 Pz.
Bierkannen gepresst	35, 42, 50 Pz.
Fussbecher gepresst	11 Pz.
Käseglocken gepresst	42 Pz.
Leuchter gepresst	16, 24 Pz.
Salatieren Satz 3 Stück, gepresst	45 Pz.
Kompotteller gepresst	6, 10 Pz.
Peri-Sturzflaschen mit Goldrand	28 Pz.
Wassergläser gepresst	5, 6, 9 Pz.
Hyazinthengläser	7 Pz.
Salatieren Press-Kristall (Steinschliff-Imitationen)	17, 25, 38, 48, 70, 98 Pz., 1.30
Sturzflaschen geschliffen	42 Pz.
Wasserflaschen geschliffen	42 Pz.
Wassergläser geschliffen	18 Pz.

Bierbecher mit Perlrand, geschliffen	26 Pz.
Käseglocken geschliffen	58 Pz.
Bowlkannen 3 Reihen Öffnen geschliffen	55, 90 Pz., 1.10, 1.40, 1.60, 2 Mk.
Römer	28, 28, 55 Pz.
Sturzflaschen bunt getreift	65 Pz.
Bowlen mit 12 Gläsern und Glaskablen	10 Mk.

Trinkgarnitur Schleifenmuster

Rotweingläser	30 Pz.
Rheinweingläser	30 Pz.
Madeiragläser	27 Pz.
Likörgläser	25 Pz.
Bowlngläser	38 Pz.
Sektgläser	38 Pz.
Bierbecher	27 Pz.
Seiterbecher	24 Pz.
Teebecher	25 Pz.

STEINGÜT

Majolika-Blumenkübel	48 Pz. bis 2 Mk.
Majolika-Blumenkübel mit Metall- und grünen Glasuren	15 bis 35 Pz.
Majolika-Vasen mit Blumenbeleg	25, 43 Pz.
Englische Teekannen	40 Pz. bis 2.10

Ein Waggon dekorierter Waschgarnituren zu besonders billigen Preisen.

Ein grosser Posten	
Fayence-Vasen	mit blauem Unterglasur-Dekor in japanischer Art
	42, 60, 70 Pz., 1.15, 1.40 Mk.
Wandbrunnen mit Hobkronsch	6 Mk.
Dekorationsteller mit Sprühen	38 Pz.
Obstteller Majolika	10 Pz.
Waschschüsseln	60 Pz., 1.50
Wasserkannen	40, 50, 90 Pz.
Tortenplatten	30, 40 Pz.

EMAILLE-GESCHIRRE

Kasserollen ohne Ring, 6 Grössen	25 Pz. bis 1 Mk.
Kasserollen mit Ring, 6 Grössen	50 Pz. bis 1.30
Schmortöpfe ohne Ring, 8 Grössen	45 Pz. bis 2 Mk.
Schmortöpfe mit Ring, 8 Grössen	55 Pz. bis 2 Mk.
Fleischtopfe	6 Grössen 70 Pz. bis 2 Mk.
Fleischtopfe hohe	6 Grössen 1.20 bis 3.50
Obstkocher ohne Ring, 4 Grössen	70 Pz. bis 1.25
Ringtopfe	6 Grössen 65 Pz. bis 1.50
Waschtopfe	3 Grössen 2.75 bis 4.25
Gaskochertöpfe mit Deckel, 5 Grössen	65 Pz. bis 2.25
Bratpfannen mit Stiel, 6 Grössen	25 bis 80 Pz.
Milchkocher	4 Grössen 75 Pz. bis 2.25
Kochkistentöpfe	4 Grössen 1.50 bis 2.50
Kaffeeflaschen	4 Grössen 55 bis 80 Pz.
Milchkrüge	2 Grössen 40 und 45 Pz.

Becher	2 Grössen 15 und 20 Pz.
Brotkörbe oval	45 Pz.
Reibeisen	3 Grössen 45 und 60 Pz.
Senfgefässe	20 Pz.
Eierbecher weiss	5 Pz.
Teller flach und tief	4 Grössen 12 bis 35 Pz.
Essnäpfe	10 Grössen 15 Pz. bis 1 Mk.
Gemüseschüsseln viereckig, 5 Grössen	25 Pz. bis 1.10
Gemüseschüsseln oval, 4 Grössen	25 bis 50 Pz.
Milchschüsseln	2 Grössen 40 und 50 Pz.
Bratenschüsseln oval, 4 Grössen	40 Pz. bis 1.50
Bratenschüsseln rund, 2 Grössen	40 und 50 Pz.
Küchenschüsseln tief, 8 Gr.	45 Pz. bis 1.35
Schüsseln flach, rund	14 Gr 15 Pz. bis 3.25
Waschschüsseln dekoriert	2.75
Wasserkannen	4 Grössen 90 Pz. bis 1.60

Seifnäpfe viereckig	25, dekoriert 80 Pz.
Seifenhalter mit Haken	12, mit Rückwand 30 Pz.
Zahnbürstenschalen dekoriert	40 Pz.
Toiletteneimer weiss, 3 Sorten	2 Mk., 2.25, 4.25
Toiletteneimer dekoriert, 3 Sorten	4 Mk., 6 Mk., 7 Mk.
Wassermasse m. Konsole	45 und 90 Pz.
Scheuergarnituren mit 3 Bechern	1.75
Scheuergarnituren dekoriert	2.50, 2.75
Behälter f. Zwiebel od. Semmel dekoriert	2 Mk.
Löffelbleche mit 4 Löffeln	2.85, 3.50, 4 Mk.
Gemüsesiebe 4 Grössen	1.75 bis 2.75
Wannen oval, ohne Fuss, 6 Grössen	1 Mk. bis 2.40
Wannen oval, mit Fuss, 6 Grössen	1.25 bis 5 Mk.
Wannen rund, mit Fuss, 3 Grössen	1.75 bis 2.75
Wassereimer ca. 28 cm Durchmesser	grün 85 Pz., hellblau 85 Pz., marmor 90 Pz.

Marktkörbe mit email. Einsatz 1.90 | Glühkörper Karton 4 Stück 50 Pz. | Gaskocher mit 2 Brennern 9.50 und 2 Wärmestellen 12.50

PHOTOGRAPHISCHE ATELIER

ORIGINAL-AUFNAHMEN = REPRODUKTIONEN = VERGRÖSSERUNGEN

AUFNAHMEN BIS 8 UHR ABENDS

Hente Donnerstag abend von 7 Uhr an:

Massenverbreitung des „Vorwärts“.

Die Genossen werden aufgefordert Mann für Mann an den bekannten Stellen anzutreten.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Von den „allerdämmpsten Rälhern“.

In Moabit feiern die Konservativen im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen schon jetzt „Siegesfeste“. Am Dienstag hatten sie dort für die Wahlbezirke 44 und 45 eine gemeinschaftliche Kommunalwählerversammlung veranstaltet, zu der sie „alle bürgerlichen Wähler“ und auch Gegner eingeladen hatten. Trotz dieser Massenveranstaltung war es ihnen nicht gelungen, volle Besetzung des Saales zu erzielen. Aber ihrer Hoffnungslosigkeit tat es keinen Abbruch.

Im Rathaus vertritt den 44. Bezirk Genosse Theodor Glöckle, den 45. Bezirk Genosse Karl Liebknecht und beide sind auch diesmal wieder als Kandidaten der Sozialdemokratie aufgestellt worden. Die Konservativen haben für den 44. Bezirk einen Kaufmann Popiersch für den 45. Bezirk einen Eisenbahnsekretär Liebig aufgestellt, doch bekam man in ihrer Versammlung nur Herrn Liebig zu hören. Der Versammlungsleiter Rechtsanwalt Ulrich erklärte mit unverwundlicher Zuversichtlichkeit, für den 45. Bezirk gelte ihm die Niederlage der Sozialdemokratie als absolut sicher, aber auch für den 44. Bezirk habe er große Hoffnungen. Im 45. Bezirk versprechen sich die Konservativen davon viel, daß sie gegen Liebknecht jetzt den Hochverratsprozeß auszuspielen. Schon am Dienstag laien sie das nach Kräften, wobei die Redner in ihren Schimpfleistungen jedermann zu überbieten suchten.

Gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Rathaus wurde eigentlich von keinem der Redner — weder von dem Referenten Fabrikant Pregel, noch von Ulrich, Liebig usw. — eine sachliche Einwendung vorgebracht. Was die Sozialdemokratie für die werktätige Bevölkerung von der Kommune fordert, das „wollen“ — auch die Konservativen. So hören wir's allemal dann, wenn Wahlen kommen. Herr Liebig „will“ die schwachen Schultern möglichst von Steuern entlasten, er „will“ den Arbeitern, den kleinen Gewerbetreibenden, den kleineren und auch den mittleren Beamten helfen, „will“ den Gemeindefunktionären freie Lehrtitel geben, die begabtesten als Freischüler auf höhere Schulen bringen usw. usw. Was will er nicht? Nur dies Eine will er nicht, daß jemand im Rathaus den Wünschen der Hausbesitzer entgegentritt. Er sagte über diesen Punkt nichts, aber sein Schweigen war berechtigt, als tausend Worte es sein könnten.

Dieser Herr Liebig, der da vor die Wähler der dritten Abteilung nur als Eisenbahnsekretär hintritt, ist nämlich ein Vertrauensmann der Hausagrarier, wie wir schon kürzlich mitteilten. Der Grundbesitzerverein „Nordwest“ agitiert eifrig für ihn, weil er ihn als ein „seit langer Zeit bewährtes“ Vorstandsmittelglied zu schätzen weiß. Das erklärt es, daß Herr Liebig keine Silbe gegen die Sonderinteressen der Hausbesitzer vorbrachte. Und so versteht man auch, daß in seinem ganzen Vortrage sowie in den Ausführungen aller anderen Redner die Hausbesitzer gar nicht erwähnt wurden. Alles, was in der Berliner Gemeindevorwaltung der Freisinn genötigt hat, ist ja ein Werk der Hausagrarierclique, die im Rathaus bei einander sitzt. Und gegen alles, was die Sozialdemokratie zur Verbesserung unferer kommunalen Zustände vorschlägt, wehrt sich am heftigsten und zähfesten dieselbe Hausagrarierclique, um die Durchführung solcher Reformen möglichst lange zu verhindern. Herr Liebig deklamierte: „Nur die aller-dämmpsten Rälher wählen ihren Regier selber!“ — und empfahl sich den Wählern.

Die Siegesfeier der Konservativen Moabits gründet sich auf die Erwartung, daß die Freisinnigen in 44. und 45. Bezirke diesmal gar keine eigenen Kandidaten aufstellen werden. Herr Ulrich gestand, er hoffe das, mindestens aber rechne er für etwaige Stichwahlen auf Hilfe vom Freisinn. Deshalb riet er auch, den Kampf gegen den Freisinn mit Vorsicht zu führen. Wir können den Konservativen mitteilen, daß ihre Hoffnung sie zum Teil betrogen hat. Schon hat ein Bezirksverein Moabits, der sich unpolitisch nennt, sich dafür ausgesprochen, daß im 45. Bezirk der Maurermeister Bredered aufgestellt werden soll. Bredered ist ein Freisinnsmann, der in Moabit schon früher als Jährländkandidat gedient hat, im übrigen aber gilt auch er den Hausagrarier als „bewährt“. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie predigte in diesem Verein der Apotheker Scharer, ein hervorragender Hausagrarierführer. Auch er läßt es am liebsten, wenn die „Ordnungsparteien“ sich gegen die „Roten“ zusammenschließen. Hierin begegnet er sich mit Herrn Ulrich und insofern bleibt den Konservativen einstreifen wenigstens für eventuelle Stichwahlen noch ein Rest ihrer Hoffnung.

Wir erwarten allerdings, daß die Wähler der werktätigen Bevölkerung in Moabit wie allüberall in Berlin nicht die Rolle der „allerdämmpsten Rälher“ übernehmen werden, die ihnen von den konservativ-freisinnig gepaarten „Ordnungsparteien“ des Hausagrarierkultus zugebach ist. Sorge jeder nach Kräften dafür, daß am 6. November jegleich in der Hauptwahl die Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt werden.

Eine unbewachte Kritik der Freisinnsherrschaft im Roten Hause leistet sich der Gewerkschafter P. Kröger in der Halbmonatschrift „Walder“. Er schreibt:

„Ist denn unsere Stadtverordnetenversammlung wirklich so auf der Höhe, daß es nicht lohnt, darauf zu setzen, daß bei den neuen Wahlen ein paar Leute mit großem Gewicht — Kreis und volkstümlichen Ansichten da hineinkommen? Noch bei jeder großen Frage, die die Reuzzeit geboren, und die dem engen Kreis, aus dem sich die Stadtverordneten der Mehrzahl nach rekrutieren, fernliegt, hat es sich gezeigt, daß unsere Stadtverwaltung dringend neuer Männer bedarf.“

Wir wollen die Sünden heute nicht aufzählen, aber daran erinnern wollen wir, daß man Ursache hat, Einkehr zu halten.

Man sollte es nur einmal versuchen, mit der nichtsozialistischen Arbeiterchaft Sühnung zu gewinnen, und man wird staunen, mit welchen Waffen der Freisinn in Berlin für sich zu rechnen hat. Man gebe es auf, sich in engen Konventikeln einzulapeln. Hinaus ins Leben, hinaus in eine stolze Wahlbewegung, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.“

Herr L. gibt sich in seinen Darlegungen einer groben Täuschung hin, indem er glaubt, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu können. Gegen die kleinliche engherzige Kommunalpolitik des Freisinn kam nur die Wahl von Sozialdemokraten helfen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 27. Oktober, abends 6 Uhr, findet im großen Saale der Neuen Arminhallen, Kommandantenstraße 55/59, eine Versammlung mit Frauen statt. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Entree inkl. Tanz 20 Pf. Garderobe frei.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 20. Oktober, mittags 12 Uhr, Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Wahlkreis bei Groterjan, Schöndauer Allee 123.

Tagesordnung. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder städtischer Kommissionen. Referent: Stadtv. Koblenzer.

Wahlvereinsbuch legitimiert. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Die Genossen werden ersucht, alle nicht verlaufenen Billets zu dem am Sonntag, den 27. Oktober, in den Pharus-Sälen, Müllerstraße, stattfindenden Kabarett-Abend bis zum Mittwoch, den 23. Oktober, an die Bezirksführer zurückzugeben, anderenfalls alle bis dahin nicht zurückgegebenen Billets bezahlt werden müssen.

Rixdorf. Heute, Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, beginnt der zweite Lehrkursus bei Hoppe. Genosse Bruno V o r c h a r t behandelt das Thema: „Der Bau des Weltensystems“. Die Parteigenossinnen und Genossen werden hierauf aufmerksam gemacht.

Johannisthal. Die Flugblattverbreitung findet heute abend von 7 Uhr ab von Alb. Gobin, Koonstraße 2 aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Am Sonnabend, den 19. d. M. feiert der Wahlverein sein 13. Stiftungsfest bei Alb. Trautmann, Friedrichstraße 61. Willets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 19. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen J o h n - K u m m e l s - b u r g über den Parteitag in Essen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichem und pünktlichem Besuch bittet Der Vorstand.

Rosin. Die Parteigenossen werden hiermit aufgefordert, sich heute abend Punkt 7 Uhr im Lokale Schimke behufs Verbreitung von Handzetteln zur Versammlung am Freitagabend und Verbreitung des „Vorwärts“ zur Gewinnung von Abonnenten einzufinden. Der Wahlvereinsvorstand fordert die Genossen auf, sich reger als bisher an den Parteiarbeiten zu beteiligen.

Reinickendorf-Ost. Die Flugblattverbreitung findet heute abend von 7 Uhr ab von den folgenden Stellen aus statt: 1. Bezirk: Restaurant Hermann, Reichenstraße, Ecke Holländerstraße; 2. Bezirk: Genossenschaftsbäckerei, Willestr. 62; 3. Bezirk: Restaurant Wollen, Seestraße, Ecke Gesellschaftstraße; 4. Bezirk: Restaurant Wöh, Kamekestraße, Ecke Grüner Weg; 5. Bezirk: Restaurant Schiller, Probirstr. 79; 6. Bezirk: Restaurant Bräuner, Probirstr. 82. Genossen! Es ist eure Pflicht, rechtzeitig und vollständig zu erscheinen, je mehr sich beteiligen, desto leichter ist die Arbeit.

Vorsigwalde. Der Gesangverein „Waldchor“ in Vorsigwalde feiert am Sonnabend, den 19. Oktober, in Zegel in Krapps Feststätten sein achttes Stiftungsfest. Da die Mitglieder dieses Vereins sich zu allen Parteiarbeiten bereitwillig zur Verfügung stellen, werden die Genossen gebeten, dessen Veranstaltungen zu unterstützen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat gestern folgende Anträge bei dem Bureau der Stadtverordnetenversammlung eingereicht:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Dem Magistrat zu ersuchen, die Vorschriften über das städtische Submissionswesen einer Neuordnung zu unterziehen und hierbei festzusetzen, daß:

die Lieferungen und Arbeiten für die Stadt öffentlich ausgeschrieben werden und daß den Submittenten die Verpflichtung auferlegt wird, für die mit der Ausführung städtischer Aufträge beschäftigten Arbeiter die von den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufs festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Dem Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten:

in welchem Umfange die gegenwärtig an Privatunternehmer vergebenen städtischen Arbeiten in eigener Regie der Gemeindeverwaltung ausgeführt werden können.

Zum Achtuhr-Ladenschluß.

Eine von zirka 50 Ladeninhabern am Dienstag in Dräsel's Festsaal angenommene Protestresolution gegen den Achtuhr-Ladenschluß war das Resultat einer Versammlung, bei welcher die Eintretenden auf ihren Standpunkt zu dieser Frage ergründet und eventuell abgewiesen wurden. Was in der Diskussion von den geschworenen Gegnern jedes sozialen Fortschrittes an reaktionärer Intoleranz geäußert wurde, spottet jeder Beschreibung. Aus Verzweiflung über die schlagenden Argumente, die trotz aller Vorsichtsmaßnahmen für den Achtuhr-Ladenschluß vorgebracht wurden, wußte man keinen anderen Ausweg, als den betreffenden Rednern durch Majorität die Sachlichkeit abzuspüren und ihnen das Wort zu entziehen. Dagegen aber mußten sich die Zuhörer, besonders die Damen, alle Mühe geben, ernst zu bleiben, als z. B. folgende Probe von Sachlichkeit vom Vorstandesmitglied des „Bund der Ladeninhaber“ vom Stapel lief: „Wenn sich jemand in der Familie nach 8 Uhr ein Bein bricht oder Fieber bekommt, dann mußte er beim Achtuhr-Ladenschluß nach der Unfallstation und schließlich könnten auch die Hebammen nach 8 Uhr den Dienst verjagen.“ — HOFFENLICH nehmen alle Beteiligten hierauf Rücksicht.

„Der Verein der Tabakinteressenten“ hat sich an den Polizeipräsidenten gewendet, um für den Fall des Achtuhr-Ladenschlusses wenigstens für die Inhaber offener Ladengeschäfte der Zigarren- und Tabakbranche eine Ausnahme zu erzielen. Der Verein hat eine Abstimmung unter den Ladeninhabern der Branche vorgenommen. Diese soll ergeben haben, daß 35 Inhaber für und 2861 sich gegen die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erklärt haben. Diese Abstimmung würde gar nichts beweisen. Bekannt ist, daß es große Geschäfte gibt, die zahlreiche Filialen in Grob-Berlin haben und daß die Verkäufer gleich für Dutzende von Läden ihre Stimme abgeben. Interessant ist aber folgende Begründung: „Andere Waren, wie Handschuhe, Seide, Bijouterien und dergleichen, die nicht zum augenblicklichen Bedarf dienen und infolge früheren Ladenschlusses am Abend des einen Tages nicht gekauft werden, gehen dem Konsumenten und Verkäufer keineswegs verloren. Die Zigarre oder die Zigarette aber, die mangelnd der Einkaufsgelegenheit am Abend nicht mehr gekauft werden kann, wird nicht mehr gerettet und dadurch endgültig dem Konsum

entzogen; der Einkauf kann am nächsten Tage nicht mehr nachgeholt werden, und der am nächsten Tage nachgeholt Einkauf ist kein Ersatz für den am Tage vorher noigedungen unterlassenen, sondern würde auch vor sich gegangen sein, wenn am Abend vorher der andere Einkauf möglich gewesen wäre.“

Diese Begründung ist ein recht alter Ladenhüter. Sie erinnert an die Ausreden und Klagen, die seinerzeit vorgebracht wurden, als es sich um Einführung der Sonntagseruhe handelte. Welche Gefahren wurden nicht ausgemalt angesichts der Tatsache, daß kein Schlächter, kein Bäcker usw. Sonntagabend dem Publikum etwas Eßbares verkaufen darf. Wenn alles das eingetroffen wäre, was man damals voraussetzte, hätten Tausende von Menschen Hungers sterben müssen. Die gleichen „Argumente“ wurden wiederholt beim Keunmuh-Ladenschluß.

Hoffentlich bekommen wir baldigst den Achtuhr-Ladenschluß und zwar ohne Ausnahmen; letztere sind durch nichts gerechtfertigt.

Zur Charakteristik der städtischen Sozialpolitik.

Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter Berlins erhalten wir nachstehende Zuschrift:

„In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ wird über eine Sitzung der Gewerkschafts-Deputation berichtet, deren Verlauf in den Reihen der Arbeiter nicht ohne Wirkung bleiben wird; denn selbst dem Blödesten muß die Art, wie die Arbeiteranträge behandelt wurden, die Augen öffnen. Die acht „freisinnigen“ Ausschüsse des Herrn Stadtrat Ranslau über das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter kommen noch gerade recht, um auch den letzten derselben bei den bevorstehenden Wahlen an die Urne zu bringen. Allerdings nicht mit einem liberalen Stimmzettel in der Hand, sondern um durch Wahl sozialdemokratischer Kandidaten eine Sozialpolitik in Berlin zu schaffen, die diesen Namen verdient. Wenn der Herr Stadtrat von der Organisation der Gemeinbearbeiter als „außenstehende Stelle“ spricht und gar den letzteren verbieten will, in öffentlichen Versammlungen Forderungen zu stellen, so läßt das zwar einen tiefen Blick in das liberale Gemüt dieses Herrn tun, wird aber sonst die Arbeiter nicht im geringsten berühren, sondern nur um so mehr anspornen, mit aller Kraft sich ihr Koalitionsrecht zu wahren. Daran ändert auch der sehr, sehr nervöse Ausruf des Herrn Stadtrat: „Wir sind auf alles vorbereitet!“ nicht das geringste; denn auch die Arbeiter sind gewappnet.“

Und nun zu dem Hinweis auf die Arbeiterausschüsse, welche die einzige Instanz für Verhandlungen sein sollen. Abgesehen davon, daß für Forderungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Ausschüsse gar keinen Wert haben, weil sie nichts bewilligen können, so sollte doch der Dezent der Gewerkschaft am wenigsten diese Institution preisen. Gerade die Ausschüsse der zu seinem Refort zählenden Betriebe werden durch ihre Vorherrschaft (die Betriebsdirigenten) in einer Weise behandelt, die den Arbeitern jedes Vertrauen rauben muß. Hat es doch ein solcher Vorherrscher fertiggebracht, den Ausschuhmitgliebrern gelegentlich einer Aussprache einfach die Rückseite seines geschätzten Körpers zuzudrehen. Es ist also kein Wunder, wenn die Arbeiter schließlich zur Ausschaltung der Ausschüsse kommen. Nun ist das aber gar nicht einmal gesehen und die von Herrn Stadtrat Ranslau in der Deputation gegebene Darstellung, nach welcher die Anträge der Arbeiter von den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse ohne Vermittlung der Vorherrscher derselben eingereicht worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. Das Gegenteil ist richtig! Die betreffenden Schriftstücke sind — wie ausdrücklich festgesetzt sei — von den Ausschuhmitgliebrern ihrem jeweiligen Vorherrscher überreicht worden mit einem Anschreiben, worin letzterer um Kenntnisnahme der Anträge und gefällige Weitergabe an die zuständige Stelle ersucht wird. Redigiert eine formelle Sitzung der Ausschüsse haben die Arbeiter für überflüssig gehalten, weil sie wissen, daß Bewilligungen doch nur die Deputation ausprechen kann, und weil in früheren gleichen Fällen die Dirigenten die Beratungen nach langem Hin und Her mit Hinweisen auf ihre Machtlosigkeit in diesen Dingen abbrachen. Deshalb kamen die Arbeiter ganz mit Recht zu dem Schluß, sich und den Vorherrscher unnötige Auseinandersetzungen zu ersparen, umso mehr, als die Anträge in umfangreicher Weise schriftlich begründet waren. Nach alledem ist es nicht recht verständlich, wie es der Herr Stadtrat den Arbeitern nachsagen kann, daß sie den Instanzenweg nicht innegehalten hätten. Der Vortwurf wäre ja gewiß zu ertragen, trotzdem entbehrt er aber jeder Unterlage. Es bleibt als Erklärung für den Ausfall des Herrn Stadtrats nur eins: der Jörn über die Einmütigkeit der Arbeiter, mit welcher diese hinter ihren Forderungen stehen. Das mag unangenehm berühren, sollte aber doch zur Einkehr mahnen; jedenfalls sind solcher Geschlossenheit gegenüber brüste Abweisungen vom Uebel. Also: nicht zu hoch zu Ross!“

Wieder Paraden Schulen. Nach einem Beschluß des Magistrats soll in der Seestraße eine neue 20klassige Paraden Schule errichtet werden.

In der städtischen Säuglingsfürsorgeanstalt Poststr. 7 wird Freitag, den 1. November, 1/2 Uhr, Dr. Zugenreich einen unentgeltlichen Kursus der modernen Säuglingspflege beginnen. Bei wöchentlich zwei Stunden dauert der Kursus drei Wochen. Vorherige schriftliche oder mündliche Anmeldung im Institut von 1—4.

Die Schlossbrücke sollte für die Automobillinie 19 Alexanderplatz-Moabit gesperrt werden, weil die Polizei annahm, daß die Brücke die starke Belastung nicht tragen könnte. Gestern ist aber die Brücke für die Linie 19 wieder freigegeben worden. Eine bautechnische Besichtigung hat ergeben, daß eine Einsturzgefahr für die Konstruktion nicht vorhanden ist, wenngleich beim Passieren der schweren Automobillwagen eine starke Durchbiegung der Brücke erfolgt. Um jedoch die Durchbiegung zu verringern, ist angeordnet worden, daß die Automobillinienbuswagen mit der geringsten Geschwindigkeit die Brücke befahren. — Demgemäß ist der Verkehr auf der Linie 19 am gestrigen Morgen wieder aufgenommen worden.

Die Ausrückung der Septonfabrik droht wieder die Anwohner des Wiesen- und Schlachthofes mit ihren lieblichen Gerüchen bedrücken zu wollen. Zwar sollen nach einem dem Kuratorium vorgelegten Antrag die Gase durch den Einbau eines Ofens zur Verbrennung gelangen und somit unschädlich gemacht werden, aber man wird es wirklich keinen Menschen übel nehmen, wenn er nach den Erfahrungen, die mit derartigen Experimenten gemacht worden sind, diesen neuen Versuchen mehr als skeptisch gegenüber steht. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der neue Ofen jährlich 10 000 Zentner Koks verfrachten soll. Das Kuratorium konnte natürlich nach Lage der Sache nichts anderes tun, als die Genehmigung zu dem auf Kosten der Gesellschaft zu erfolgenden Umbau geben. Kuratorium und Polizei liegt es aber ob, darüber zu wachen daß auch die Resultate des Ofens den polizeilichen Vorschriften voll und ganz entsprechen und darin werden den beiden Behörden die Anwohner des Wiesen- und Schlachthofes energisch unterstützen.

Ein schrecklicher Straßenunfall hat sich gestern vormittag in der Hufschmiedstraße zugetragen. Die Frau des Mechanikers Bangro, Hufschmiedstr. 42, hatte ihren achtjährigen Sohn Walter fortgeschickt, damit er etwas einkaufe. Als der Knabe den Fahrweg überquerte, geriet er in die Gefahr, von einem Automobil überfahren zu werden. Beim Ausweichen wurde er jedoch von einem aus entgegengesetzter Richtung herankommenden hochbeladenen Lastwagen erfasst und umgerissen. Die Räder gingen dem unglücklichen Kinde über den Kopf, über die Arme und Beine hinweg. Am ganzen Körper wurden ihm schwere Verletzungen zugefügt. Der rechte Unterarm wurde fast vollständig geschmettert. In hoffnungslosem Zustande brachte man den Knaben in das städtische Kinder-Krankenhaus.

Selbstmord eines Studenten. In der Wohnung seiner Mutter in dem Hause Luisenstraße 15 erschoss sich gestern Abend der 21-jährige Stud. phil. Julius Robin. Der junge Mann hatte sich in seinem Zimmer vor den Spiegel gestellt und jagte sich dann aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Das Geschoss durchschlug die Schädeldecke und durchbohrte das Gehirn vollständig. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod des R. feststellen. Wie der jugendliche Selbstmörder in einem zurückgelassenen Schreiben mitteilte, hat er die Tat infolge Lebensüberdruß begangen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehr in der Hufschmiedstraße 29 zu tun, wo die Verpackung eines Kanalisationsrohres in Brand geraten war. Wegen eines kleinen Wohnungsbrandes erfolgte ein Alarm nach der Kraussstr. 34 und wegen eines Schornsteinbrandes nach der Vorjägerstr. 31b. Ferner hatte die Wehr in der Kottbingerstr. 33, Brangelstr. 8, Kiltzerstr. 7, Schornsteinstr. 13 und am Straußberger-Platz zu tun. Dort brannten Papier, Fleisch u. a.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Abend 9 Uhr: Beginn des Kurzes in der 3. Abteilung für Schöneberg bei Bielow, Brunenwaldstraße 110, und der 4. Abteilung für Lichtenberg - Krummholz bei Lindner, Grünbergerstr. 10. Vortragsthema in beiden Abteilungen über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers). Vortragende Herren Dr. Schwab und Dr. Hirschfeldt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Kampf um die Stadtverordnetenmandate scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Es ist ein erbauliches Schauspiel, zu sehen, wie die bürgerlichen Richtungen, die — das kann nicht oft genug wiederholt werden — vor zwei Jahren noch ein Herz und eine Seele bildeten, sich gegenseitig in den Haaren liegen. Der Wahlspruch „Freie Vereinigung“ versendet Flugblätter über Flugblätter, wobei er entsprechend dem Klassensystem zwischen den Wählern der verschiedenen Klassen sehr fein unterscheidet. Die große Masse, die in der dritten Klasse zusammengepackt ist, bekommt Flugblätter auf ganz gewöhnlichem Zeitungspapier, die Wähler der ersten und zweiten Klasse dagegen werden mit fein säublicher auf Wattenpapier gedruckten Schriften beglückt, deren Umschlag das Charlottenburger Stadtwappen ziert. Die Herren lassen es sich etwas kosten, um den Sieg zu erringen.

Dah die Freie Vereinigung den Sozialdemokraten den entschiedensten Kampf ankündigt, nimmt weiter nicht Wunder, das beruht auf Gegenseitigkeit, denn auch wir bekämpfen natürlich aufs entschiedenste diese Richtung im Stadtparlament. Allerdings wird die Sozialdemokratie in den Flugblättern der Freien Vereinigung nur ganz nebenher erwähnt, in der Hauptache wendet sich die Schrift gegen die liberale Fraktion, die als eine „von machtgierigen Führern willenlos dirigierte Fraktion“ bezeichnet wird. Wir wagen dem nicht zu widersprechen, die Herren werden sich ja aus der Zeit her, wo noch einige Beziehungen unter ihnen bestanden, genau kennen. Wenn es in dem Flugblatt weiter heißt, daß maßgebender Einfluß einer politischen Parteielique in der Stadtverwaltung unrettbar zur kommunalen Versumpfung führt, so hat das zweifellos in gewissem Sinne seine Richtigkeit, nämlich dann, wenn es sich in Wirklichkeit um eine Clique handelt, und nicht vielmehr um eine politische Partei. Eine politische Partei wird natürlich ihr Programm durchzuführen suchen, und wenn dies Programm, wie es bei der Sozialdemokratie der Fall ist, die Interessen der Gesamtheit berücksichtigt, so erwächst daraus der Kommune nur Vorteil. Anders, wenn eine Clique zur Herrschaft gelangt. Sie wird ihre Macht ausnützen nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern in eigenem persönlichen Interesse, sie wird hinten herum unter Umgehung des vorgeschriebenen Weges ihre Pläne zur Ausführung zu bringen suchen. Vor diese Gefahr ist Charlottenburg gestellt, wenn die Herren die Mehrheit erlangen, die sich als liberale Fraktion bezeichnen. Das ist auch der Grund, warum unsere Genossen im Stadtparlament einen so heftigen Kampf gegen die sogenannten Liberalen führen, die in Wirklichkeit eine Clique sind und deren Herrschaft die Stabilisierung des Cliquenwesens in Charlottenburg bedeuten würde.

Die Liberalen wieder bezichtigen die Mitglieder der Freien Vereinigung reaktionärer Gesinnung. So richtig das an sich ist, so ist es doch von den Liberalen sehr unvorsichtig, dies anzupreisen, denn es gibt keine kommunalpolitische Frage von Bedeutung, über die nicht zwischen beiden Gruppen volles Einverständnis herrscht. Indirekt geben also die Liberalen damit zu, daß auch sie reaktionär gesinnt sind. Wir nehmen davon gern Notiz, auf welchen Ton die gegnerischen Flugblätter gesinnt sind, geht daraus hervor, daß die „Unpolitischen“ den Liberalen „dreiste und bewusste Unwahrheit“ vorwerfen, während diese wiederum mit dem Vorwurf einer „unehrlichen und gefährlichen“ Kampfmethode antworten.

Neben den allgemeinen Flugblättern werden noch in jedem Bezirk Sonderflugblätter in Hülle und Fülle verbreitet. Jedem Flugblatt liegt eine frankierte Karte bei, durch die die Wähler, die sie unterschreiben, ihre Erlaubnis dazu geben, daß ihr Name unter die Wahllisten gesetzt werden darf oder durch die sie sich verpflichten, für diesen oder jenen bürgerlichen Kandidaten zu stimmen. Ein Aufruf an die Wähler des zweiten Bezirks für Herrn Fabrikdirektor Hehl z. B. trägt bereits circa 500 Unterschriften, fast ausschließlich von Beamten, die sich auf diese Weise haben einfließen lassen. Auch ein Hausvater aus Glogau und ein Wandredner des Bundes der Landwirte fählen sich gemüßigt, Herrn Hehl als „nationalen“ Kandidaten zu empfehlen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie, „den gefährlichsten Feind unserer Gesellschaftsordnung“ mit rücksichtsloser Energie „durch engen Zusammenschluß sämtlicher vaterländisch gesinnter Bürger ohne Rücksicht auf die einzelnen Parteiunterschiede“ zu predigen. Ihren Freunden vom Bloß, denen Bülow in höchst eigener Person die nationale Gesinnung attestiert hat, wird vorgeworfen, daß sie unter der Bezeichnung liberal „nur ihre freisinnigen, demokratischen Machtgelüste vergeblich zu verbergen suchen, ihren engen Parteistandpunkt über das Wohl der Gesamtheit zu setzen“ wagen. Aber, so rufen die Beamten, der Hausvater und der Wandredner prophetisch aus, dieser Mißzug wird an den gesunden Menschenverstand der Charlottenburger Bürger scheitern.

Rum, auch wir appellieren an den gesunden Menschenverstand. Der gesunde Menschenverstand und die politische Einsicht wird die Wähler der dritten Klasse den richtigen Weg weisen und ihnen klar machen, daß einzig und allein die Wahl der sozialdemokratischen

Kandidaten im Interesse der Weiterentwicklung der Gemeinde liegt. Mögen unsere Parteigenossen die wenigen Wochen, die uns noch von dem Wahltage trennen dazu benützen, um dort, wo diese Einsicht noch nicht vorhanden ist, die Wähler von der Notwendigkeit der Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten zu überzeugen!

Rigdorf.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurden die Gürtler Richard Reander und Karl Opitz. Reander, der in der Hoberstraße 3 wohnt, errichtete gemeinsam mit einem Hochschollegen eine Gürtlerwerkstatt. Am Sonnabendabend entstand in der Wohnung Reanders ein Brand, der bei seiner Entdeckung schon einen ziemlichen Umfang angenommen hatte. Dennoch gelang es der Feuerwehr das Feuer zu löschen, bevor die Wohnung ausgebrannt war. Dabei wurde mit Spiritus getränkte Holzwole vorgefunden, woraus auf Brandstiftung geschlossen werden mußte. Reander, der bei Ausbruch des Brandes nicht zu Hause war, behauptete, daß bei ihm eingebrochen und unter anderem ein heller Leberzieher und eine Geldkassette gestohlen worden seien. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben nun, daß in der Werkstatt des Reander eine Kiste mit Holzwole gestanden hatte, die seit Freitag voriger Woche von dort verschwunden war. Hausbewohner hatten ferner den Reander am Sonnabendabend, mit dem angeblich gestohlenen Sommerüberzieher besetzt, fortgehen sehen. Dieses Kleidungsstück wurde dann auch in der Wohnung des Opitz, wohin sich A. begeben hatte, vorgefunden. Auch die angeblich entwundene Geldkassette wurde gestern früh bei einer Toilettin entdeckt, die dieselbe schon am Freitag von einem Manne, der nach der gegebenen Beschreibung mit Reander identisch sein dürfte, gekauft hatte. Diese Ermittlungen gaben Veranlassung, daß Reander und Opitz am Dienstag unter dem Verdacht der Brandstiftung resp. der Beihilfe verhaftet worden sind.

Ein bedauerlicher Vorfall wird aus der Berlinerstraße gemeldet. Die Frau des in der Berlinerstraße 88 wohnhaften Holzarbeiters Lehmann nahm nachts ihr vier Monate altes Kind zu sich ins Bett. Als sie gestern morgen erwachte, fand sie zu ihrem Entsetzen den Kleinen zwischen ihrem Bett und einer daneben stehenden eisernen Bettstelle als Leiche hängend auf. Es wird angenommen, daß die Mutter das Kind während des Schlafes ahnungslos an den Rand des Bettes gestoßen hat, so daß es aus dem Bett heraus mit dem Hals auf eine eiserne Stäbe der zweiten Bettstelle fiel. In dieser Lage mußte das kleine Geschöpf elend erliden. Die Leiche ist durch die Polizei beschlagnahmt worden.

Rummelsburg.

„Moderne Ehe“ lautet das Thema, über das in der am morgigen Freitag im Lokale der Witwe Weigel, Türschmidtstraße, stattfindenden öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Frauen des Kreises Nieder-Barnim Genosse A. Hoffmann referieren wird. Ferner steht noch auf der Tagesordnung: Wahl einer Delegierten zum Parteitag der Sozialdemokratie Preußens und Bericht und Neuwahl der örtlichen Vertrauensperson. — Es wird den tätigen Genossinnen des Kreises zur Pflicht gemacht, für eine gute Versammlung zu sorgen.

Die Kreis-Vertrauensperson.

Friedrichshagen.

Selbstmord verübt hat der 40 Jahre alte Handschuhmacher Paul Schmidt. Früher ein sehr reges Mitglied seiner Gewerkschaft, ging es mit ihm bergab, seit er sich von ihr zurückzog. In den letzten Jahren suchten ihn schwere Anfälle heim. Schon einmal versuchte er sich in der Spree zu ertränken und nur mit großer Mühe und Gewalt konnte er zurückgehalten werden. Seit Sonntag wurde Schmidt vermißt, gestern wurde er auf der Rahmsdorfer Feldmark bei den Piltbergen an einem Baum hängend als Leiche aufgefunden.

Wilhelmsruh.

Die Postagentur Wilhelmsruh wird nach einer Bekanntmachung der Kaiserl. Oberpostdirektion zum 1. November in ein Postamt III umgewandelt.

Zegel.

Unter dem Verdacht eines schweren Sittlichkeitsverbrechens ist vorgestern der Sohn des Oberlehrers L. aus Zegel, der 23 Jahre alte Techniker L., verhaftet worden. Der junge Mensch, der in Berlin wohnt, hatte seine Eltern in Zegel besucht und soll bei dieser Gelegenheit an einem Kinde unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Die Sache wurde ruchbar, worauf die Verhaftung des Sittlichkeitsverbrechens erfolgte.

Waidmannslust-Babars.

Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung hatte die letzte Gemeinderatsitzung zu erledigen. Zunächst stand die Einführung der Gemeindegrundsteuer nach dem gemeinen Wert und Erlaß einer Steuerordnung zur Beratung. Auffällig war bei der Gruppierung der Tagesordnung die Einschlebung der Hundsteuer zwischen den Grundsteuerentwürfen und die Trennung der Wertzuwachssteuer von denselben. Diese Gruppierung gab Anlaß zu einer Geschäftsordnungsdebatte und hatte den Erfolg, die Wertzuwachssteuer mit der Grundwert- und Umsatzsteuer beraten zu können. Von unseren Genossen waren am 14. August 1906 und 14. April 1907 Anträge dem Gemeindevorstand unterbreitet worden, die die Einführung der Grundwert- und Zuwachssteuer sowie diesbezügliche Steuerordnungen verlangten. Hierdurch sowie durch die steigende Finanzklemme getrieben, kamen auch die bürgerlichen Vereine mit ihren Petitionen betreffs der Grundwert- und der Umsatzsteuer.

Von diesen Steuerordnungen wurden angenommen: die Hundsteuerentwurf, die Einkommensteuerordnung, die Grundwertsteuer (Vesteuerung des gemeinen Werts der bebauten und unbebauten Grundstücke) sowie die Umsatzsteuer mit der Vesteuerung der bebauten Grundstücke mit 1 Proz., der unbebauten mit 2 Proz.

Die Einführung der Wertzuwachssteuer wurde mit 8 gegen 1 Stimme verlagert. Der Gemeindevorsteher glaubt durch die angenommenen Steuern die Finanzklemme beseitigen und für 1909 die Gemeindeeinkommensteuer von 120 Proz. auf 100 Proz. herabsetzen zu können.

In demselben Sinne äußerten sich auch die acht bürgerlichen Gemeindevorsteher. Eine definitive Festlegung konnte jedoch nicht erreicht werden. Wir werden warten, ob diese acht Vertreter der Grundbesitzer zum Frühjahr noch derselben Meinung sind, oder ob die durchaus unnötig erhobenen 20 Proz. der Einkommensteuer auch im Jahre 1908 für „Potemkinsche“ Wegeverbesserungen nötig sind. — ?

Renzdorf.

Eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins tagte am Sonntag nachmittag im Knorr'schen Saale. Genosse Albrecht Külle aus Berlin sprach über „Die politischen Leistungen der Sozialdemokratie“ und zersplitzte an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials die Wahlsünder unserer Gegner, angefangen vom Reichstagsminister Bülow bis herab zu den Schlingens des Reichstagsgewerbandes, in erbarmungsloser Weise. Am Schluß seines 1 1/2 stündigen Vortrages nahm der Redner Veranlassung, im Hinblick auf die Verteilung des Genossen Viehnecht die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus in knappen, scharfen Umrissen zu markieren. Wer etwa glaube, daß das drakonische Urteil des Reichsgerichts und der noch drakonischere Strafentwurf des Oberreichsintendanten gegen Viehnecht zu einer veränderten Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Militarismus führen werde, der täusche sich gründlich. Im Gegenteil wird dieses Urteil dazu beitragen, den Kampf gegen den volksfeindlichen, kulturverwüstenden Militarismus auf breiterer Basis zu organisieren und in noch viel lautstärkerer Weise als bisher zu führen. In diesem Kampfe werde die Sozialdemokratie gewißlich Sieger bleiben, denn er werde geführt im Namen der Brüderlichkeit, der Humanität und Zivilisation des Menschengeschlechts der ganzen Erde! Diese Schlussfolgerungen des Redners fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Eine

Diskussion wurde nicht beliebt. — Wünschenswert wäre es, wenn vor allem die organisierten Genossen den öffentlichen Versammlungen weniger fern blieben. Der bevorstehende Wahlrechtskampf macht es notwendig, daß auch der letzte Genosse, wenn es gilt, am Platze ist. Möge unsere dringende Mahnung Beherzigung finden!

Vermischtes.

Die Opfer der Pulverexplosion.

Ueber die Pulverexplosion bei Fontanet berichten mehrere Telegramme aus Newyork: Die Pulverfabrik war mit Aufträgen für die amerikanische Marine beschäftigt. In dem Augenblick der Explosion waren in der Fabrik 70 Arbeiter beschäftigt, von denen die Hälfte getötet, die andere schwer verwundet wurde. In Fontanet wurden, wie verläutet gegen 40 Leichen auf der Straße gefunden. 600 Personen sind sonst noch verletzt und 1200 obdachlos geworden. Eine Schule, die eine halbe Meile von der Unglücksstätte entfernt liegt, ist eingestürzt, dabei sind 50 Schulkinder verletzt, unter diesen einige schwer. — Von den Angestellten der Fabriken sind mehrere in den Flammen vor den Augen der Retter verbrannt, die, ohne auf die Gefahr weiterer Explosionen zu achten, die Trümmer aufsuchten, sich schließlich aber doch wegen der Hitze zurückziehen mußten.

Es werden über die Katastrophen noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Einwohner der Stadt Fontanet stürzten aus den Häusern und retteten sich so vor der Gefahr, unter den Trümmern begraben zu werden. An derthalb Stunden nach der ersten Explosion flog das einige hundert Meter entfernte, in einer Senkung gelegene Pulvermagazin auf, wobei mehrere der am Rettungswerk Beteiligten verletzt wurden. Die Erschütterung hierbei war die furchtbarste von allen. Ein in der Nähe der Pulverfabriken stehender Güterzug geriet in Brand. Die Hitze der brennenden Trümmer machte die Rettung vieler unter dem Schutt begrabener lebender Personen unmöglich. 18 schrecklich verstümmelte Leichen sind in der Leichenhalle aufgebahrt. Ueberall liegen Verletzte umher, man sorgt für sie, so schnell es geht. Die Wände und Dächer vieler Häuser sind fortgerissen und die Einrichtungen in alle Winde geblasen. Aus dem zwanzig Kilometer entfernten Orte Brazil eilten Aerzte und Pflegerinnen in Automobilen herbei, andere kamen mit Extrazug von Terre-Haute, wohin viele Verletzte geschafft wurden. Die Retter vollführten ihr heroisches Werk in fortwährender Lebensgefahr, sie wurden oft von den Flammen zurückgetrieben und mußten Verletzte verbrennen sehen. Die Erschütterung der ersten Explosion wurde in dem 100 Kilometer entfernten Indianapolis deutlich vernommen, ebenso in Cincinnati, wo man sie für ein Erdbeben hielt.

Ein Luftmörder. Die „Times-Zeitung“ meldet aus Köslin: Das Schwurgericht verurteilte gestern den Maurer Breich, der die 16-jährige Dienstmagd Kerchenwitz vergewaltigt und ermordet hatte, wegen Mordtats zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und wegen Mordes zum Tode.

Die Typhusepidemie in Velden ist noch nicht erloschen. Neuerdings ist ein zwölfjähriger Knabe aus der Kolonie der Ziegelei-Arbeiter sowie ein bisher in Velden wohnhaft gewesener und von dort vor einigen Tagen verzogener Arbeiter erkrankt. Im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus, wohin mehrere der von der Seuche Befallenen gebracht wurden, sind vorgestern eine Frau und zwei Männer gestorben. Seitens der Amtsbehörde sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden, um die weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern und die vorhandenen Seuchenherde zu vernichten.

Die Toten. Von den vorgestern durch den Einsturz eines Neubaus in Stuttgart verunglückten Arbeitern ist einer noch gestern Abend im Krankenhaus verstorben, so daß die Zahl der Toten nunmehr vier beträgt; drei Verletzte befinden sich im Krankenhaus, ihre Befinden ist befriedigend. Alle sieben Arbeiter sind Italiener.

Großes Aufsehen erregt in Herne die vorgestern abend erfolgte Verhaftung des Bankiers Stämer. S. ist in Herne reich begütert, früher der Nationalliberalen und Stadtverordneter. Die Verhaftung ist wegen Verleitung zum Meißel erfolgt.

Aus Secout gerettet. Die Rettungsstation Wardenmünde-West der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 15. Oktober sind von dem deutschen Staffelschoner „Anna“, Kapitän L. Jelden, gestrandet westwärts vom Wardenmünder Hafen, mit Verste von Hamburg nach Koffok bestimmt, drei Personen durch das Rettungsboot Dr. Friedrich Wittke der Weststation gerettet worden.

70 Häuser ein Raub der Flammen. Budapest Meldung zufolge ist die Ortschaft Jankahid größtenteils niedergebrannt. Mehr als 70 Wohnhäuser samt Nebengebäuden, das Gemeindehaus und die Schule sind ein Raub der Flammen geworden.

Ein pikantes Prozedere vor dem italienischen Senat. Aus Rom wird uns geschrieben: Nach Erledigung des Prozesses Rasi wird der Senat sich mit einem recht pikanten Prozedere befassen müssen, um eines seiner Mitglieder zu richten, da ja die Senatoren nicht den gemeinen Gerichten unterliegen. Der Senator Tajani, ein 57-jähriger Herr, der auch einmal Justizminister war, wird von der Privatklägerin Baroness Cornaro bezichtigt, sie als Minderjährige verführt und zur Prostitution aufgefordert zu haben. Ganz so böse, wie es klingt, hat es nun freilich der alte Herr nicht getrieben. Die „verführte“ Baroness scheint bei dem ganzen Idyll mit dem damals 51-jährigen Senator die Initiative auf ihrer Seite gehabt zu haben. Hat sie doch durch eine Annonce in der „Tribuna“ die Bekanntschaft mit einem alleinstehenden Herrn gesucht, um sich seiner Pflege zu widmen. Auf die Annonce stellte sich der Exminister ein, genoh die ausbedungene Pflege und hatte die Befriedigung, den Spätherbst seines Lebens noch durch die Geburt eines Sohnes verschönert zu sehen. Dann soll allerdings der bellagte Senator die junge Mutter verlassen haben und ihr geraten, sich noch einem anderen Beschützer umzusehen. Hier liegt die Aufforderung zur Prostitution. Die Baroness, die aus einer angesehenen Familie Roms stammt, fordert nun, da sie damals noch nicht 21 Jahre alt war, Schadenersatz für die erlittene Verführung und Anerkennung des Kindes. Der Exjustizminister seinerseits gibt an, dem Urteil mit Ruhe entgegen zu sehen: er meint, daß man ihm, jenseits der achtzig, gewisse Komplimenten nicht mehr zur Last legen dürfe.

Gesunken. Wie aus Stockholm gemeldet wird, kollidierte das am Dienstag der vergangenen Woche von Norepbergen abgegangene schwedische Dampfschiff „Capella“ Montag nacht im Nordmeer mit dem Göttinger Dampfer „Lanfen“ im dichten Nebel. „Capella“ sank binnen weniger Minuten; bei der herrschenden Dunkelheit und Verwirrung war es unmöglich, Boote auszufahren. Der Steuermann sowie sechs Mann der Besatzung sind gerettet, der Kapitän und drei Mann sind ertrunken. Die Geretteten sind in Jarnsund gelandet.

Eine Erdschütterung von großer Heftigkeit wurde nach einer Meldung aus Washington gestern vormittag von den Seismographen im staatlichen Wetterbureau verzeichnet. Die Bewegung der Apparate dauerte sechs Minuten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Ruder Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof. Dritter Eingang, vier Treppen. 20 Pf. Fahrlohn. 10 Pf. wochentags von 7 bis 9 Uhr abends fast. 10 Pf. 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Eintrag in ein Buch und eine Zahl als Werkzeichen beizubringen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

Mag 100. Wird verwendet. — Abraham. Der Hundebesitzer ist zum vollen Erlös des von dem Hund angegriffenen Schädens verpflichtet.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische Springer 16
Edi Blum,
der beliebte Komiker.
12 internationale Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert | Theaterbes. frei.

Sanssouci

Kottbuser-Str. 6.
Dir.: Wilhelm Reimer.
Heute sowie jeden Sonntag und Montag:
Hoffmanns World-Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Durchschlagender Erfolg des neuen Elite-Programms.
Sonnt. Ab. 8, wochentl. 8 1/2.
Freitag: Gastspiel des Berliner Volkstheater.
Zum erstenmal:
Zum Heile der Menschheit.

Buggenhagen
Vorprogramm.
Täglich Vorstellung
Das neue Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags reserviert 1 R., Entree 50 Pf.)
Familienbilletts a 40 Pf.
Täglich **Militär-Konzert.**
Weber, Braunmühl, Görlitz, Neumann, Dienes und Lüttich.

Aepfel! Gralesheimer, Staller Alexander, Kalenköpfe, 10 Pf. 1.30. Birnen alle Sort. 10 Pf. 80 Pf. Lüneburgerstr., Stadtbahn. 353.

Stolas, Kollers, Krawatten Muffen,

schick garnierte Damenhüte, Barett, Herren-Mützen und Pelzkragen, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Wagentaschen, Pelztopfe und Bettvorleger.
Nur eig. Fabrikat.
Große Auswahl. Bestes Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Sämtliche gangb. Pelzarten am Lager.

F. Kalman, Kürschnermeister.
Jetzt nur: Kommandantenstraße 15 1.
(gegenüber Beuthstraße).
Verkauf auch Sonntags. Wochentags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

Steppdecken

Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unter-nirgends Filialen!

Gelegenheitskauf!
Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 3 00
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 5 25 7 50
Wollatlas 6 75 8 50
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
Reisedecken (engl.) gefügert 6, 8, 10 M.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

H. Greifenhagen Nachfolger

Brunnenstr. 17-18

Veteranenstr. 1-2

3 Waggon Porzellan u. Emaille

nur so lange Vorrat

Porzellan

Kaffeesevice bunt, für 1 Person 98 Pf.
Kaffeesevice bunt, 9 teilig { 275 335 / 435 495
Kaffeesevice bunt, f. 12 Pers. (Rosenm. od. Vergissmeinn.) 875
Kaffeesevice bunt, für 12 Personen (Perlmutter-Decor) 1085
Tafel-service bunt, 23 teilig 1085
Tassen weiss 10 Pf., bunt 18 Pf.
Milchtöpfe weiss 8 Pf., bunt 28. 38 Pf.
Satz Töpfe bunt 6 Stück 98 Pf.
Satz Näpfe bunt 3 Stück 98 Pf.

Emaille

Eimer ca. 28 cm, weiss 68 Pf., neublau 88 Pf.
Bunte Eimer mit Deckel 195
Kehrschaufeln neublau 38 Pf.
Nachtgeschirre weiss 50 Pf.
Behälter für Sand, Seife, Soda mit Consol 98 Pf.
Ovale Wannen neublau 45 80 55 cm 185 235 295
Emaillierte Heizrohre 98 Pf.

Grosse Posten Emaille m. kleinen Fehlern
sehr billig! Schmoröpfe, Wasserkessel, Wandhock, Essentrieger, Casserollen, Kaffeekannen, Esentrieger, billig!

Besonders preiswerte Haushaltartikel

Kaffeemühlen 78 Pf. | Leitern 38 Pf.
Kohlenschuppen 15, 18, 25 Pf. | Tischlampen 350
Kohlenplättisen 275 | Waschservice Stalgut 98 Pf.
Theesiebe mit Stiel 5 Pf.

Ein Waggon neue Gemüse-Konserven

Junge Brechbohnen 2 Pfund-Dose 28 Pf. | Brechspargel mit Köpfen 1 Pfund-Dose 46 Pf.
Junge Schnittbohnen 2 Pfund-Dose 28 Pf. | Brechspargel mit Köpfen 2 Pfund-Dose 83 Pf.
Gemüse-Erbsen 2 Pfund-Dose 36 Pf. | la. Schnitt-od. Brechbohnen 2 Pfund-Dose 32 Pf.

Union-Festsäle

Greitswalderstr. 222, am Königstor.
Jeden Donnerstag:
Norddeutsche Sänger. 4035*
Anfang 8 Uhr. — Bons gelten.
Nachdem: **Freitanz.**

Gegründet 1864.

Polzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21.
(Ordnanzhaus.)
Kein Laden
II. Etage
Einzelverkauf
wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas, Muffen etc.
zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst.

Ein Triumph der deutschen Zigaretten-Fabrikation!

Selowsky's Caruso-Zigaretten

trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit
nur **3 Pf. per Stück!**

Gewerkschaften! Achtung! Vereine!

Neubau Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59
eröffnet seit Sonnabend, den 5. Oktober er.
Säle, verschiedener Größe bis 1100 Personen fassend und 5 Vereinszimmer, zu Festlichkeiten, Versammlungen usw.
empfehlen **Gebrüder Mielitz.**
Telephon. Amt IV. No. 16 155. 330L*

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Berlin II.
Die Beerdigung des Kollegen
Hermann Schneider
findet heute, Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Theodor Hartmann
am 14. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
154/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Steinsetzer (Plasterer) und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin I. Unterbezirk Berlin-Osten.
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Kollege
Gustav Grohmann
nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Jakob-Kirchhofes aus statt.
174/13 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. d. M. nach langen Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Blütereinhaber

Franz Ungering
im 52. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stilles Beileid bitten

Wwe. Minna Ungering
geb. Wendt
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sonntag abend 7 Uhr verstarb nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden unser lieber Vater und Schwiegervater

Gottlieb Sallmann
im 68. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten

Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 15. Oktober 1907.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Andreas- und Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt. 659b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. d. M. nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Kerndmacher

Hermann Vollprecht
im 67. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten
Ww. Amalie Vollprecht
geb. Köhler.
Max Hügeler
nebst Familie.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 17. Oktober, pünktlich nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weissensee aus statt.

Todes-Anzeige.
Sonntag, den 13. d. M., verstarb plötzlich meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Emma Mücke
geb. Puppke
im Alter von 33 Jahren.
Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen
Otto Mücke und Kinder.
Postfachtr. 36.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weissensee-Kirchhofes in Weissensee aus statt. 660b

Es ist vielfach noch unbekannt,

Man lasse **MAGGI** Würze nur in Maggi's Originalfläschchen nachfüllen.

daß **MAGGI's** altbewährte Suppenwürze fast bei jedem Kaufmann in feine **MAGGI**-Fläschchen

billiger nachgefüllt werden kann.

Originalfläschchen: 35 Pf. nachgefüllt: 25 Pf.
Nr. 0 65 Pf. Nr. 1 75 Pf. Nr. 2 1.10 Nr. 3 1.50 Nr. 4 2.25



13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Dieselfeld, 14. Oktober. Nachmittags-Sitzung.

Dänisch-Striegau ist für Erweiterung des Gauleitersystems. Sparlichkeit sei in diesem Falle nicht am Platze. Bezüglich der Gewinnung weiblicher Mitglieder solle man sich an die Gewerkschaften anderer Berufe wenden...

Stoll-Ladenburg erklärt die süddeutschen Verhältnisse, die infolge der Ausnützung der traurigen Lage der Arbeiter im Odenwald, überhaupt in entfernten ländlichen Orten durch die Fabrikanten, schädlich für die ganze Industrie seien.

Küller-Berlin: Zwischen den Ausführungen Elms in der Leipziger Generalversammlung und seinen heutigen Ausführungen bestehe ein Widerspruch. Von der Leitung des Sortiererverbandes werde darauf hingearbeitet, daß es zu keiner Verschmelzung kommen soll.

Wenzel-Halle zweifelt an der Auslegung des Wortes Draufgängerpolitik durch Elm's heutige Ausführungen; v. Elm habe sich auch in Düsseldorf sehr unfreundlich gegen den Verband ausgesprochen.

Doffmann-Leipzig hatte früher Bedenken gegen das Gauleitersystem, er sei aber bekehrt worden durch Erfahrungen und Erfolge mit dem Gauleitersystem. Die Leipziger Tabakarbeiter haben schlechtere Löhne als schlechte oder süddeutsche Arbeiter.

Berle-Bremen: Kollege v. Elm hat heute einen außerordentlich milden Ton angeschlagen, das tat er nicht immer. Die Verschmelzungsfrage hat im Sortiererverband zur Urabstimmung geführt, die Verschmelzung ist abgelehnt worden.

Domeyer-Bremen: Unbedingt hätte v. Elm sein Wort „Draufgängerpolitik“ früher sofort berichtigt oder erklären müssen, denn mit dem Wort habe er den Fabrikanten eine Waffe in die Hand gegeben.

Arnhold, Vorsitzender des Sortiererverbandes: Die Verschmelzungsfrage werde von recht mißverständlichen Gesichtspunkten aus behandelt. Dem Vorstand des Sortiererverbandes seien verschiedene Vorwürfe gemacht worden, aber er teile die Ansicht, daß es besser wäre, wenn die Arbeiter der Tabakindustrie einheitlich organisiert sein würden.

Reichmann-Bremen: Wohl habe ich gesagt, daß ich über die Vor schläge des Sortiererverbandes reden ließe, aber ich habe auch gesagt, daß aus dem Verhalten des Vorstandes des Sortiererverbandes hervorginge, daß er die Einigung wolle, weil er nicht annehme, daß die Vorschläge von den Mitgliedern seines eigenen Verbandes angenommen würden.

Ein an Raub grenzender Ueberfall auf eine Verkäuferin, beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen verächtlicher räuberischer Erpressung wurde sich der 21jährige Verkäufer Otto Barke vor den Geschworenen verantworten.

hielten. Eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses und der Gauleiter unseres Verbandes beschloß daher, die Verhandlungen abzubrechen, die Einigung aufzugeben. Das waren wir unserem Verbands schuldig. Kollege v. Elm hat seinem Verhalten eine Auslegung gegeben, die im Gegensatz zu seinem Auftreten steht.

Gerichts-Zeitung.

Eine Schredenszene auf dem Tegeler See.

welche am 9. Juli d. J. durch den Arbeiter Albert Göb herbeigeführt worden war, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III. Wie noch erinnert sein dürfte, hatte sich am Abend des 9. Juli d. J. auf dem Tegeler See eine furchtbare Tragödie abgespielt, bei welcher sich der Arbeiter Göb gegen seine frühere Geliebte, die Näherin Frau Auguste Wolter, mit einer viehischen Roheit vergangen hatte.

Ein an Raub grenzender Ueberfall auf eine Verkäuferin, beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen verächtlicher räuberischer Erpressung wurde sich der 21jährige Verkäufer Otto Barke vor den Geschworenen verantworten.

läufer Otto Barke vor den Geschworenen verantworten. Am 6. August d. J. war die in dem Futtergeschäft von Schmar in der Schwedterstraße, Ecke der Fürstenbergerstraße, angestellte 19jährige Verkäuferin Gertrud Gudel gegen 9 Uhr abends gerade im Begriff Kasse zu machen, als es plötzlich gegen die Flurtür in der Fürstenbergerstraße klopfte.

Wie weit sind Verhandlungsberichte geschützt?

Eine Anklage wegen Nachdrucks, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II gegen den Schriftsteller Selmutz v. Gerlach zur Verhandlung anstand, hat schon verschiedene Stadien durchgemacht. Der Angeklagte war seinerzeit Chefredakteur der „Verl. Btg.“

Ein schüngeistig beanlagter Seelforger.

In den letzten beiden Jahren hatte man besonders an den Sommerlagern an der Witterfelder Badeanstalt, wenn die Mädchen badeten, einen besser gekleideten Herrn bemerkt, der häufig 18- bis 14-jährige Schulmädchen beschäftigte.

Verband der Freigeistlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Sororte. Donnerstag, den 17. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhallerstraße 11/12: Versammlung und Vortrag.

Eingegangene Druckschriften.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgegeben von Dr. A. Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Witterungsübericht vom 16. Oktober 1907.

Table with 12 columns: Station, Barometer, Wind, Windstärke, Regen, Temperatur, Station, Barometer, Wind, Windstärke, Regen, Temperatur.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. Oktober 1907.

Zeitweise etwas neblig, sonst meist heiter und trocken, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden.

